

Dienstag, 1. März 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 50 - 9.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts.

General Jaruzelski droht den Schriftstellern und Lehrern

„Administrative Maßnahmen" angekündigt / Vor Schauprozessen?

AFP/dpa/DW. Warschau

Mit der offenen Drohung, auf „staatsfeindliche Aktivitäten" nicht-konformistischer Intellektueller mit „administrativen Maßnahmen" zu antworten, hat der polnische Partei- und Regierungschef General Jaruzelski eine weitere Etappe der von ihm angekündigten „Normalisierung" eingeleitet. Die Äußerungen Jaruzelskis auf einer Parteiversammlung in Warschau ließen keinen *Zweifel* daran, daß nach den kritischen Journalisten und den lange zähen Widerstand leistenden Schauspielern *nun die Schriftsteller an der Reihe* sind.

Der General warf „gewissen intellektuellen Kreisen" vor, „regierungsfeindlich", „zerstörerisch" und „abenteuerlich" zu handeln. Seinen Drohungen fügte er Versprechungen an die Adresse der „Reumütigen" hinzu. Jenen Intellektuellen, die etwa aus Naivität vom rechten Weg abgekommen seien, werde das Regime mit „Geduld und Nachsicht" begegnen, wenn sie ihren Irrtum nur einsähen.

Die „kulturelle Normalisierung" war praktisch im März 1982 mit der Auflösung des Journalistenverbandes eingeleitet worden. Im Dezember folgte die Auflösung des Verbandes der Film- und Theaterschauspieler. Diese Entscheidung wurde von einer „Säuberung" der großen Warschauer Theater von nicht genehmen Direktoren und Schauspielern begleitet.

Die Politik der Warschauer Führung richtet sich nun konzentriert gegen den seit Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 suspendierten Schriftstellerverband. Politbüro-Mitglied Kazimierz Barcikowski hatte am Wochenende den künftigen „Nutzen" des Verbandes *davon abhängig* gemacht, daß es in dessen Vorstand zu personellen Umbesetzungen komme. Im Klartext heißt das: Der *Verband hat die Wahl* zwischen einer Rückkehr zur Parteilinie oder der definitiven Auflösung.

Daß die Warschauer Führung eine Kampagne gegen unbequeme Intellektuelle führt, zeigt auch die massive Kritik Jaruzelskis an den Bildungseinrichtungen. In einer gestern von der amtlichen Presse verbreiteten Rede hieß es, Bildungseinrichtungen seien benutzt worden, „um im Sozialismus feind*liche Ideen zu verbreiten* und Gewissenskonflikte heraufzubeschwören und dadurch unsere Jugend ideologisch und moralisch zu verkrüppeln". Die „angemessenen administrativen Maßnahmen" würden und müßten deshalb ein „unverzichtbares Instrument gegen diese destruktiven Aktivitäten sein".

„Arbeitsscheue" Polen sollen künftig zwangsweise bei der Befestigung von Deichen eingesetzt werden, General Jaruzelski kündigte dies ebenfalls in Warschau an.

Offenbar werden in Polen auch Schauprozesse gegen inhaftierte Regimegegner vorbereitet. Wie aus einer 24seitigen vertraulichen Broschüre mit dem Titel „Die Extremisten" hervorgeht, sollen die inhaftierten Funktionäre der „Solidarität" nach den Paragraphen 123 und 128 des Strafgesetzbuches angeklagt werden (Verschwörung zum Sturz des Regimes).

Dem UNO-Sonderbeauftragten für die Untersuchung der Menschenrechte unter dem Kriegsrecht in Polen, Hugo Gobi, ist von den Warschauer Behörden keine Einreisegenehmigung erteilt worden.

DER KOMMENTAR

Moskaus Geist

CARL GUSTAF STRÖHM

Was bedeutet eigentlich das Wort „normal" in Polen, so hört man ... sich die Lage „normale Po- – aber kommunis... Auswei- lizei kontrolliert ... gern und se von Kirch... tige" gleich nimmt „Ver... dienst mit. aus dem G... Jaruzelski verGene... ene Parteimitglie- künde... aus der KP ausge- der... seien, könnten wieder treten. Zugleich fordert ... die polnischen Intellektuellen zur „Mitarbeit" auf. Aber fast im selben Atemzug richtet er einen massiven Angriff gegen die polnischen Bildungseinrichtungen, in denen es Tendenzen gebe, die Jugend „moralisch und ideologisch zu vergiften".

Wie will der General mit den Intellektuellen zusammenarbeiten, wenn er solche pauschale Verdächtigungen und Verurteilungen gegen jenen Bereich des polnischen Lebens richtet, in dem die Intellektuellen nun einmal zu Hause sind – nämlich die Universitäten und Hochschulen?

Gleichzeitig verstärkt das Jaruzelski-Regime Pressionen gegen die Schriftsteller. Ein gewisser Kaziemierz Bolek, stellvertretender Leiter der Kulturabteilung des ZK, erklärte unumwunden: „Der Einfluß, den die Feinde des Sozialismus weiterhin auf die Führung des polnischen Schriftstellerverbandes ausüben, macht es noch unmöglich, diesen wieder zuzulassen."

Literatur ist im östlichen Europa und auch in Polen stets ein Gradmesser für die wirkliche Lage der jeweiligen Nation gewesen. Daß ei*ne polnische Regierung* den polnischen Schriftstellerverband auflöst, ist indes ein Novum. Bisher waren solche Gewaltakte den russischen oder deutschen Besatzungsmächten vorbehalten.

Da sich ferner fast die gesamte künstlerische und intellektuelle Elite Polens nach wie vor weigert, mit dem kommunistischen Regime zusammenzuarbeiten, nimmt besagter ZK-Funktionär Zuflucht zu der absurden Behauptung, es handle sich da eben um „*hauptberufliche Angestellte fremder Geheimdienste*". Es liegt nahe anzunehmen, daß es sich hier um den alten stalinistischen Trick handelt, unbequeme Leute als „Spione" und „Agenten" zu kategorisieren. Der Geist der Moskauer Schauprozesse scheint in Warschauer Partei- und Polizeikreisen *sehr* lebendig zu sein.

POLITIK

Unruhe in den griechischen Streitkräften

SAD, Athen

In den vergangenen Wochen haben sich nach Presseberichten zahlreiche hohe griechische Offiziere über Versuche beschwert, die Streitkräfte zu politisieren. Insbesondere beklagten sich die Offiziere beim zuständigen Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Antonis Drossogiannis, über die „Störung der Disziplin und Hierarchie" in allen drei Waffengattungen. Viele höhere Offiziere sind offenbar besorgt, daß vor allem jüngere Offiziere, die sich als Anhänger der sozialistischen Regierungspartei PASOK verstehen, möglicherweise mit Duldung der Regierungsparteispitze die Militärhierarchie ignorieren. Diese Offiziere sollen nach Angaben von zuverlässiger Seite *Schlüsselstellungen in* der Armee bekleiden und gelegentlich auch gegen andersgesinnte Offiziere opponieren. Auch die Bil*dung von Soldatenausschüssen* stößt kaum auf Verständnis. Diese Ausschüsse sollen weitgehend kommunistisch unterwandert sein.

„Finanzierung der Bildung durchdenken"

dpa, Dortmund

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) hält es angesichts der knappen öffentlichen Finanzen für unumgänglich, „das System der Bildungsfinanzierung insgesamt neu zu durchdenken". Während der Eröffnung der 8. „Interschul" in Dortmund meinte die Ministerin gestern, daß „Krisenzeiten wie heute wesentlich eher die Möglichkeiten für Verbesserungen" böten als „Zeiten von Wohl*standseuphorie*". Frau Wilms forderte eine stärkere Verbindung der Bildungspolitik zur Familienpolitik, zur Beschäftigungspolitik und zur Sozialpolitik. Die Förderung der Bildung von Schülern sei beispielsweise „zunächst und in erster Linie eine Frage des Familienlastenausgleichs", sagte die Politikerin. Familien müssen generell in den Stand versetzt werden, für die Ausbildung der Kinder aufzukommen. Erst dann schlössen sich gezielte staatliche Förderungen für bestimmte Gruppen, Benachteiligte oder Begabte an.

ZITAT DES TAGES



„Eine Meldepflicht für Ausbildungsplätze wäre nicht nur ein Angriff auf unsere Grundordnung, die die Freiheit der Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes garantiert. Damit würde auch ein wesentlicher Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft angegriffen."

Josef Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit. FOTO: POLYPRESS

Flucht aus der „DDR"

dpa, Kassel

Ein 23jähriger Facharbeiter aus *der „DDR" überwand gestern den* Metallgitterzaun an der hessisch-thüringischen Grenze und kam unverletzt im Kreis Hersfeld-Rotenburg *in die Bundesrepublik* Deutschland. Dies teilte das Grenzschutzkommando Mitte in Kassel mit.

Anschlag auf US-Firma

dpa, Düsseldorf

Sachschaden in Höhe von mehreren hunderttausend Mark entstand in der Nacht zum Montag bei einem Sprengstoffanschlag auf die Düsseldorfer Filiale eines US-Elektronik-Konzerns. Politische Hintergründe werden nicht ausgeschlossen. Über den Täterkreis und die Art des Sprengsatzes lagen noch keine Erkenntnisse vor.

Wieder höhere Exporte

rtr, Tokio

Die japanischen Autoexporte sind im Januar erstmals seit 18 Monaten im Jahresvergleich wieder angestiegen. Der Verband japanischer Automobilhersteller teilte gestern mit, im Januar seien 471 890 Fahrzeuge ausgeführt worden, nach 461 062 im Dezember und 453 131 im Januar 1982. Der Wert der Ausfuhren sei mit 2,48 Milliarden Dollar unverändert im Vergleich zum Januar 1982. Bei Personenwagen sei der Export mit 333 279 um 7,2 Prozent höher gewesen als im Januar 1982. *Der Export von Lkw sei um 2,7* Prozent auf 135 189 gefallen und der von Bussen um 0,7 Prozent auf 3422.

Bonn zurückhaltend

dpa, Bonn

Die Bundesregierung sieht gegenwärtig keine Möglichkeit, die eingefrorene Entwicklungshilfe für El Salvador wiederaufzunehmen. Maßstab für die Entwicklungspolitik in dieser Region sei, ob es in den einzelnen Ländern wirkliche Entwicklungschancen gebe oder ob das Herrschaftssystem so ausgelegt sei, „daß wir keine echte Entwicklungsmöglichkeit sehen", sagte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Volkmar Köhler, gestern in einem Interview der Deutschen Welle. Seite 10

WIRTSCHAFT

Hilfe für Vulkan-Werft

AP, Bremen

Bremen hat eine weitere Finanzhilfe für die in Schwierigkeiten geratene Bremer Vulkan-Werft in Höhe von 28 Millionen Mark beschlossen. Ein Sprecher der Landesregierung meinte, dadurch solle mehr Zeit für eine Konjunkturanpassung *gewonnen werden. Voraussetzung* für diese finanzielle Regelung ist, daß die Banken eine Betriebsmittelsicherung vornehmen. Seite 11

Skepsis bei Hoesch

rtr, Düsseldorf

Die Hoesch-Werke AG stehen dem Konzept der drei Moderatoren zur Neuordnung der deutschen Stahlindustrie nach Angaben eines Sprechers „äußerst distanziert" gegenüber. „So wie die Urgruppe im Moderatoren-Konzept, der Zusammenschluß von Hoesch, Klöckner und Peine-Salzgitter zur Gruppe *Ruhr, vorgesehen ist, machen wir es* sicher nicht", sagte ein Sprecher des Unternehmens gestern. Insbesondere was die Voraussetzungen des *Hauses Klöckner angehe, habe die* vorgeschlagene Gruppe Ruhr keine Basis. Seite 3

Entscheidung im März?

AP, Fürth

Die Grundig AG strebt weiterhin die Fusion mit dem französischen Staats-Konzern Thomson-Brandt an. Firmensprecher Schmidt sagte gestern, man warte auf die Entscheidung des Bundeskartellamtes, die *wahrscheinlich im März fallen* werde. Grundig könne sich aber im Interesse des Gesamtunternehmens weitere Verzögerungen nicht leisten. Deshalb habe das Unternehmen „seine Planungen so ausgerichtet, wie es den eigenen Notwendigkeiten entspricht".

Renner AEG-Aktie

DW. Frankfurt

Die Aktienmärkte schlossen mit einer schwächeren Tendenz. Lediglich die AEG-Aktie war stark gefragt. Ihr Kurs erhöhte sich von 38,50 auf 61,00 DM. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 118,4 (119,3). Dollarmittelkurs 2,4212 (2,4148) Mark. Goldpreis pro Feinunze 408,50 (464,75) Dollar.

WETTER

Wechselhaft

DW. Essen

Überwiegend starke Bewölkung und wiederholt schauerartige Nie*derschläge, die in höheren Lagen als* Schnee fallen. Tagestemperaturen 3 bis 7 Grad, in Lagen ab 2000 m Höhe nahe minus 7 Grad. Mäßiger Wind um Nordwest.

„Weltwährungssystem nicht bedroht"

Studie des Bonner Finanzministeriums beurteilt Entwicklung am Weltölmarkt positiv

HEINZ HECK, Bonn

Die Ölimportländer werden bei einem Preisrückgang von etwa fünf Dollar je Faß (159 Liter) um rund 70 *Milliarden Dollar jährlich* entlastet. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Bonner Finanzministeriums („Aus*wirkungen des Ölpreisrückgangs*"), das, wie das Wirtschaftsministerium (WELT vom 23. Februar), die derzeitige Entwicklung *am Weltölmarkt überwiegend positiv* beurteilt.

Die mehr auf die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen zielende Untersuchung des BMF kommt zu dem Fazit: „Eine Krise des Weltwährungssystems ist ... weder unter dem Verschuldungsaspekt einzelner Länder oder Ländergruppen noch unter dem Aspekt des internationalen Bankensystems zu erwarten. Schwierigkeiten für einzelne Länder und damit einzelne Banken können dagegen nicht ausgeschlossen werden. Probleme dieser Art können aber durch ein vernünftiges Verhalten der zuständigen Währungsbehörden gelöst werden."

Die Untersuchung macht an den Beispielen Mexiko und Brasilien die länderbezogene Wirkung des Preisrückgangs *deutlich. Mexiko* hatte bei einer Preissenkung um fünf Dollar etwa drei Milliarden Dollar Einnahmeverlust hinzunehmen, *bei Brasilien würde sich die* Ölrechnung um etwa zwei Milliarden Dollar verringern. Da nach Meinung internationaler Experten *ein solcher* Rückgang die Inflationsrate um etwa ein Prozent und im Gefolge den Zinssatz um etwa ein Prozent senken würde, stünden dem Einnahmeausfall Mexikos auch Zinsminderausgaben von fast einer Milliarde Dollar gegenüber. Brasilien hingegen würde bei beiden Rechnungen profitieren.

Einzelne Banken oder Bankengruppen, die bei hochverschuldeten Ölexportländern besonders engagiert sind, könnten „unter ganz erheblichen zusätzlichen Druck geraten". heißt es (Das ungesicherte Gesamtengagement deutscher Kreditinstitute einschließlich ihrer Auslandstöchter gegenüber Mexiko, Venezuela, Nigeria und Indonesien beträgt 18 bis 20 Milliarden Mark). Sollten mögliche Verluste nicht aus Kapital und Reserven der Banken oder durch „private" Stützungsmaßnahmen innerhalb bestimmter Bankengruppen abgedeckt werden können, so müßten *bei entsprechender Bedeutung der* Bank „die nationalen Währungsbehörden einspringen, damit Kettenreaktionen, die wegen des vielfältigen Einlagen- und Kreditgeflechts zwischen den Banken eintreten könnten, vermieden werden" empfiehlt das BMF-Papier. Allerdings werden hier keine unüberwindlichen Schwierigkeiten gesehen.

Gestützt auf Schätzungen der Opec und der Internationalen Energieagentur (IEA) über den Weltölverbrauch (rund 45 Millionen Faß täglich), beziffert das BMF den Rückgang der weltweiten Ölumsätze bei fünf Dollar Einbuße je Faß auf etwa 80 Milliarden Dollar jährlich. Rechnet man für den internen Ölverbrauch aller Exportländer zehn Milliarden, so bleibt eine Verbesserung der Ölbilanz von rund 70 Milliarden Dollar, die sich im Verhältnis 60 zu 10 auf Industrie- und Entwicklungsländer verteilen dürfte. Der daraus resultierende mutmaßliche Gewinn an Wirtschaftswachstum wird von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf 0,6, der Inflationsrückgang auf knapp ein Prozent veranschlagt.

Seite 10: Öl-Länder müssen sparen

Zusage für Lehrstellen bekräftigt

rtr/DW. Bonn

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geht davon aus, daß jeder Jugendliche in diesem Jahr – wie angekündigt – einen Ausbildungsplatz erhalten wird. Bereits vorliegende Zusagen von Großbetrieben, ihre Einstellungszahlen nochmals zu steigern, wie auch entsprechende Umfrageergebnisse bestätigten, daß die Ankündigung der wirtschaftlichen Spitzenverbände „eine realistische Zielposition beinhalte".

Der Ausschuß für Berufsbildung der Arbeitgebervereinigung bezeichnete deshalb die „derzeitige Panikmache mit dubiosen Zahlenspielen" als unverantwortlich.

Die optimistische Einschätzung der Wirtschaft über die Lage auf dem Ausbildungsmarkt sei auch vor dem Hintergrund gerechtfertigt, *daß 1982 wie 1981* rund *96* Prozent der Bewerber einen Ausbildungsplatz erhalten hätten. 1983 laufen darüber hinaus zahlreiche *Ausbildungsverträge* eines geburtenstarken Jahrgangs aus.

Auch Bundeskanzler Helmut Kohl hat nach den Worten eines *Regierungssprechers keinen* Zweifel daran, daß die Ausbildungsplatz-Zusage eingehalten wird: Er verlasse sich auf die Versprechen *der Industrie und des Handwerks*. Danach wird die Wirtschaft über den geschätzten Bedarf von 655 000 Ausbildungsplätzen hinaus noch 30 000 zur Verfügung stellen.

Die Themen Ausbildungsplätze und Jugendarbeitslosigkeit standen gestern auch im Mittelpunkt eines Gesprächs, zu dem Kohl Spitzenvertreter der Wirtschaft und des DGB ins Kanzleramt geladen hatte.

Kardinal mahnt das Regime in Belgrad

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Freiheit ... und Glaubensfreiheit für die Bürger Jugoslawiens hat der zum ... Kardinal ernannte Erzbischof von Zagreb, Franjo Kuharic, verlangt. ... In der überfüllten Kathedrale der kroatischen Hauptstadt forderte Kuharic „echte Religionsfreiheit sowie das Recht eines jeden Menschen, nach seiner Überzeugung zu leben".

Jeder Soldat der Armee, *jeder* Lehrer und jeder Schüler, so der Kardinal, habe einen Anspruch auf Ausübung seiner Religion. Mit dieser Formulierung spielte Kuharic darauf an, daß in staatlichen Institutionen des kommunistischen Jugoslawien der Atheismus als obligatorische Weltanschauung gilt. Kardinal Kuharic verwies aber darauf, daß das Recht auf Religionsfreiheit in internationalen Dokumenten verbrieft sei.

Als Gradmesser für die Humanität eines politischen Systems bezeichnete der katholische Würdenträger die Behandlung der Gefangenen. In Jugoslawien dürften Häftlinge im Gefängnis nicht von Priestern besucht werden. Aber, auch ein Gefangener – ob es sich *nun* um einen aus kriminellen oder aus politischen Gründen Verurteilten handele – habe ein Recht auf Menschenwürde.

Der Erzbischof von Split, Franic, bezeichnete während des Pontifikalamts die Kroaten als „Bollwerk der römisch-katholischen Kirche *auf* dem *Balkan*". *Die kroatische* Kirche werde das Wort Gottes ohne Rücksicht darauf verkünden, ob es genehm sei oder nicht. Zu Kardinal Kuharic *gewandt rief* der Erzbischof von Split aus: „Gehen Sie uns voran in Wort und Tat, wir werden Ihnen folgen!"

Vor Warnstreiks in der Metallindustrie

gba. Bonn

Außerhalb der zwischen IG Metall und dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall geführten Tarifverhandlungen sind nach Gewerkschaftsangaben jetzt die ersten Haustarifverträge von Metallunternehmen in diesem Jahr geschlossen worden. Die Lohnerhöhungen mehrerer Unternehmen im Kreis Lippe liegen zwischen 3,2 und 3,8 Prozent. Von heute an stehen in der Metallindustrie Warnstreiks bevor, wie von der IG Metall bestätigt wurde. Die Friedenspflicht der Gewerkschaft ist heute um null Uhr zu Ende gegangen.

Die baden-württembergischen Metall-Arbeitgeber haben gestern in Stuttgart *darauf hingewiesen*, daß zumindest in Baden-Württemberg nicht gestreikt werden dürfe. Das Landesarbeitsgericht habe im April 1982 entschieden, daß gleichartige Streiks des Frühjahrs 1981 rechtswidrig gewesen seien. Ob die von der IG Metall geführten Warnstreiks mit regulären Erzwingungsstreiks nach Urabstimmungen gleichzusetzen und damit erst nach Ausschöpfen aller Verhandlungsmöglichkeiten zulässig seien, muß das Bundesarbeitsgericht klären.

Seite 2: Aktionismus

Paris deutet Kurskorrektur der Wirtschaft an

SAD/AFP, Paris

In Frankreich verdichten sich die Vermutungen, *daß die* Links-Regierung eine härtere Wirtschaftspolitik einschlagen wird. Der jüngste Hinweis darauf kam von Premierminister Pierre Mauroy, der in einem Rundfunkinterview durchblicken ließ, daß Paris „Korrekturen" nach den anstehenden Kommunalwahlen für notwendig erachtet. Nach Ansicht von Experten werden sie auf ein weiteres Andrehen der Steuerschraube und eine verschärfte Lohn- und Preispolitik hinausiaufen.

Indirekte Kritik am französischen Wirtschaftssystem hat Außenhandelsminister Michel Jobert *geäußert*. Auf das hohe Außenhandelsdefizit für Januar von 9.6 Milliarden Franc angesprochen, sagte er in einem Interview der Tageszeitung „*Libération*", *selbst für einen* Außenhandelsminister „ist es schwierig, etwas zu verkaufen, was nicht produziert wird. Ich habe keine Zuständigkeiten, ich habe keine Mittel, und ich habe keine Macht." Die Wirtschaftszeitung „Les Echos" warnte, daß „Frankreich im Begriff ist, seinen Rang auf internationaler Ebene zu verlieren".

Seite 6: Mauroy will durch die Krise

Adam-Schwaetzer rechnet mit bis zu 6 Prozent

hey/m.s. Bonn

Mit einem Zweitstimmenanteil von bis zu sechs Prozent für die FDP rechnet die FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer bei den Wahlen am 6. März. Gegenüber der WELT sagte die FDP-Politikerin gestern, sie gehe allerdings auch davon aus, daß die Grünen die Fünf-Prozent-Hürde nehmen werden. Sie würden wahrscheinlich einen ähnlichen Stimmenanteil wie die FDP erhalten. Für ihre Partei könne „eigentlich nichts schiefgehen", wenn all diejenigen, die der FDP ihre Zweitstimme zugesagt haben, sie „auch in der Wahlkabine ankreuzen". Die Einschätzung des Wahlausganges *am kommenden Sonntag durch die* FDP-Generalsekretärin, wird zumindest im Trend von der jüngsten Meinungsumfragen bestätigt. Infas hat bei einer Umfrage, die vom 7. bis 20. Februar unternommen wurde, einen Zweitstimmenanteil der CDU/CSU von 48 Prozent, der SPD von 41 Prozent und der FDP von fünf Prozent ermittelt. Die Grünen werden dabei mit 5,5 Prozent veranschlagt. Ähnliche Ergebnisse soll auch eine bisher unveröffentlichte Umfrage von Allensbach ergeben.

Washington sieht Ende der Rezession

Anhaltender Aufschwung / US-Bruttosozialprodukt soll um drei Prozent real steigen

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA ist nach Meinung der wichtigsten wirtschaftspolitischen Exponenten der Reagan-Regierung die Rezession überstanden. Für 1983 wird ein Wachstum des Bruttosozialproduktes um real drei Prozent erwartet.

Reagans ökonomischer Chefberater Martin Feldstein, Finanzminister Donald Regan und der Vorsitzende des Federal Reserve Board, Paul Volcker, kamen in getrennten Interviews mit den drei größten amerikanischen Fernsehgesellschaften zu einer übereinstimmenden Lagebeurteilung. Sie waren sich auch darüber einig, daß die Wirtschaft zwar rascher als erwartet wachse, aber nur etwa halb so kräftig wie in den seit 1945 vorangegangenen Erholungsphasen.

Nach ihrer Prognose wird das US-Bruttosozialprodukt im Jahre 1983 real um mehr als drei Prozent wachsen. Bei den bisher registrierten Nachkriegs-Konjunkturaufschwüngen lag diese Marge bei jeweils rund sieben Prozent.

Wie Feldstein sagte, ist „das Wachstumstempo genau richtig, weil so nicht die Gefahr neuer Inflationsschübe heraufbeschworen wird". Der Aufschwung werde auch länger anhalten als die bisherigen Konjunkturschübe. Volcker nannte als Bremsfaktoren die zunächst weiter sinkenden betrieblichen Investitionen und den anhaltenden Ausfuhr-Rückgang – in der Hauptsache Folge der schwachen Konjunktur im Ausland. Feldstein ergänzte, daß darüber hinaus die *Beschleunigung* durch die nach wie vor ungewöhnlich hohen Realzinsen sowie durch ein neues Rekord-Handelsdefizit behindert werde, „das sich in diesem Jahr gegenüber 1981 vermutlich auf 75 Milliarden Dollar verdoppelt".

Das US-Haushaltsdefizit bezeichnete Regan als die größte Belastung. Es könne bis zum Jahre 1988 ohne legislative Eingriffe auf 300 Milliarden Dollar ansteigen. Dies gebe auch den Banken das Recht, skeptisch zu sein: Eigentlich dürfte der „Spread" zwischen Nominalzins und Inflationsrate außerdem nur drei bis vier Prozent betragen. Die Prime Rate – derzeit 10,5 Prozent – müßte also inzwischen auf rund sechs Prozent gesunken sein.

Auch Volcker bezeichnete die enormen Defizite als „das Risiko Nummer eins, weil sie direkt auf die Marktzinsen einwirken und weitere Fortschritte im Kampf gegen die Inflation zukünftig verhindern". Der beste Ausweg seien dem Ausgabenkürzungen. Notfalls kämen auch Steuererhöhungen in Betracht.

Heute in der WELT



Aktionismus

Von Günther B[illegible]ing

Alle Jahre w[illegible]eder [illegible]ht die IG Metall mit ihren Mitgliedern zu Tausend[illegible] auf die Straße, seit ihr für Tarifpolitik zuständige[illegible]orständler Hans Janßen die „neue Beweglichkeit" er[illegible]den hat. Neue Beweglichkeit, das heißt kurze Warnst[illegible]ks von einer halben bis zu zwei Stunden, das heißt Ku[illegible]gebungen, Aufmärsche und Flugblattaktionen. Erklärte[illegible]iel dieser bundesweit nach einem strategischen Plan v[illegible]bereiteten Aktionen ist es, Druck auf die Metall-Arbeitg[illegible]er auszuüben, um den Forderungen nach mehr Lohn u[illegible] Gehalt Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Als Barometer für die wahre Stimm[illegible]g der immer noch rund zweieinhalb Millionen Mitgl[illegible]der der IG Metall zu einem Zeitpunkt, da zweieinhal[illegible] Millionen Menschen keine Arbeit haben, sind die W[illegible]nstreiks denkbar ungeeignet. Welcher Arbeiter würde s[illegible] wohl ausschließen, wenn alle zur Kundgebung gerufe[illegible] werden und ihnen allenfalls der Verlust eines einz[illegible]en Stundenlohnes droht? Anders wäre es wohl, ginge [illegible]s um einen wirklichen Streik, um einen mehrwöchige[illegible] Arbeitskampf mit entsprechendem Einkommensverlust.

Hinzu kommt die ungeklärte Rechtslage. Erst im Sommer wird das Bundesarbeitsgericht sein Warnstreik-Urteil fällen. In Baden-Württemberg beispielsweise sind nach Auffassung des Landesarbeitsgerichts auch jene kurzen Warnstreiks nicht zulässig, die von den Arbeitgebern jetzt zu Unrecht als „stumpfes Schwert" bezeichnet worden sind. Denn gestreikt wird, so pfiffig ist man bei der IG Metall doch, natürlich dort, wo es weh tut – in jenen Betrieben, die heute noch voll ausgelastet sind.

In jedem Fall bedeutet die dritte Auflage der „neuen Beweglichkeit" eine Belastung des Verhandlungsklimas zwischen den Tarifparteien. Das gilt um so mehr, als beide Seiten von den nächsten Gesprächen im Tarifbezirk Bayern am 9. März eigentlich einen Durchbruch erwarten, der die Forderung der IG Metall nach einer Drei vor dem Komma und der Arbeitgeber nach Pauschalzahlung für einen oder mehrere Monate gleichermaßen erfüllen könnte.

Nordwest-Befriedung

Von Rolf Görtz

Das Treffen zwischen König H[illegible] [illegible]assan II. von Marokko und dem Präsident[illegible] Algerien, Chadli Ben[illegible]n der sozialistischen Republik d'Orsay. Im Madri[illegible]edid, überraschte selbst am Quai ge Tage zuvor [illegible]er Auswärtigen Amt hatte erst weni- solchen Tr[illegible] der algerische Außenminister einem nig und [illegible]en wenig Möglichkeiten eingeräumt. Kö- und [illegible] Präsident aßen auf marokkanischem Boden [illegible] [illegible]nken ihren Kaffee zum Nachtisch auf der ande[illegible] Seite der nahen Grenze, in Algerien.

Dieses Treffen hatte König Hassan seit langem angesteuert, obwohl es Marokko war, das 1976 die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern abbrach. Hauptstreitpunkt war damals das von Algerien und Libyen unterstützte Heer der Polisario-Front, das immer wieder in den von Marokko besetzten Teil der ehemals Spanischen Sahara einfiel.

Das Sahara-Problem kann man auch heute noch nicht als voll gelöst betrachten. Andererseits tritt es so weit in den Hintergrund, daß sich Algier und Rabat nunmehr gemeinsam über die Zukunft des Maghreb Gedanken machen können. Als Dritten im Bunde wird man demnächst Habib Bourguiba von Tunesien einladen. Gemeinsam werden diese drei Staaten des Maghreb unter anderem auch in Brüssel die Ansprüche ihrer Landwirtschaft vertreten, wenn es um die Aufnahme Spaniens und Portugals in die Europäische Gemeinschaft geht. Politisch dürften die drei den Einfluß des libyschen Revolutionsführers Khadhafi ausschalten wollen.

Die USA haben die Verständigung gefördert, indem sie Marokko militärisch und politisch stärkten, zum anderen aber den Wünschen der Algerier nach wirtschaftlicher Partnerschaft entgegenkamen. Die Stabilisierung in Nordwestafrika hilft, eine der strategisch wichtigsten Zonen im Vorfeld der Atlantischen Gemeinschaft zu sichern.

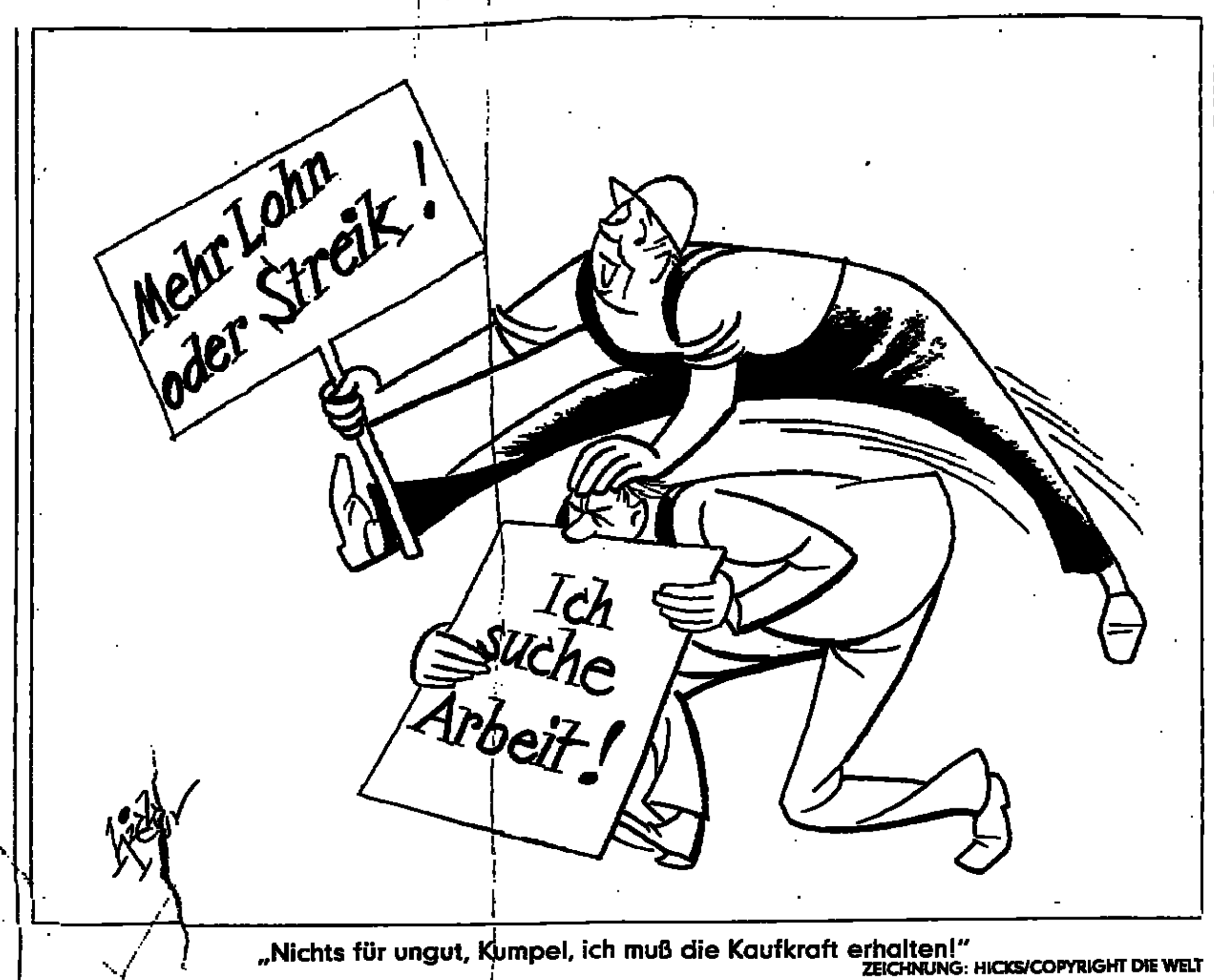
Rumpelstilzchens Ängste

Von Günter Zehm

Der Aufruf der „Grünen" zur Sabotage der anstehenden Volkszählung erfüllt nicht nur strafrechtliche Tatbestände, er wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die geistige Verfassung dieser Politiker (oder Möchtegernpolitiker). Sie möchten wieder einmal den Pelz waschen, ohne ihn naßzumachen. BAföG, Kindergeld, Sozialhilfe, Wohngeld, diverse Beihilfen zur Förderung alternativer Lebensweisen – all das soll reichlich fließen, aber die dazugehörigen Daten, durch die der Fluß erst in Gang kommen kann, sollen verweigert werden. Das heißt nichts anderes, als Politik mit der Wünschelrute zu machen. Die infantile Komponente ist unübersehbar.

Bei manchen Naturvölkern gilt es als bedrohlich für den einzelnen, wenn er abgeschnittene Haare oder Fingernägel achtlos wegwirft; diese könnten von anderen Menschen angeeignet werden, welche dann eine magische Macht über den ursprünglichen Besitzer erlangen würden. Solcher neukaledonische Schamanenglaube treibt offenbar auch die „Grünen" an. Sie sind zu Opfern ihrer eigenen Angstmacherei geworden. Ein Kreuz in das leere Feld einer Computerkarte zu zeichnen, flößt ihnen namenloses Entsetzen ein. Sie könnten ja etwas von ihrer kostbaren Innerlichkeit dem „kalten, seelenlosen Apparat" ausliefern, und wer weiß, was der damit alles anstellt! Dann lieber schon den „Totalboykott" und das anschließende Bußgeld!

Es könnte freilich auch sein, daß die Organisatoren des Boykotts selber gar nicht ängstlich sind, daß sie die Angst vielmehr bewußt und planvoll schüren, um ihr eigenes politisches Süppchen damit zu kochen. „Ach, wie gut, daß niemand weiß, daß ich Rumpelstilzchen heiß", freute sich der böse Dämon des Märchens, der sich „der Königin ihr Kind" holen wollte. Mag sein, daß auch heute diverse Rumpelstilzchen unterwegs sind. Denen sollte man ruhig ihren Namen abfordern.



„Nichts für ungut, Kumpel, ich muß die Kaufkraft erhalten!"
ZEICHNUNG: HICKS/COPYRIGHT DIE WELT

Der Wald setzt sich durch

Von Dankwart Guratzsch

Mit einer Vehemenz, die niemand vorausgesehen hatte, hat sich der deutsche Wald in die Schlußphase des Wahlkampfes gedrängt. Seine Errettung vor dem „sauren Regen" und den giftigen Emissionen der Industrie ist Thema der letzten vom Bundeskabinett verabschiedeten Verordnungen vor dem Wahltag. Sie beschäftigte die letzte Konferenz der Länder-Umweltminister und gibt täglich neuen Zündstoff für Kundgebungen, Seminare, Ortstermine sowie für Presseerklärungen einer ganzen Armada von Vereinen und Interessenverbänden.

Daß der Anstoß dazu keineswegs von den Grünen oder von der SPD kam, die so gern Pluspunkte beim Werben um die grüne Wählerschaft gewinnen möchte, sondern von den Christdemokraten und ganz besonders von den Politikern der bayerischen CSU, das hat bei vielen Umweltschützern in der Bundesrepublik höchste Verwunderung ausgelöst. Es war bekanntlich der CSU-Politiker Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der unmittelbar nach seinem Amtsantritt den Umweltschutz zum Kardinalthema seines Ressorts erklärt und darauf bestanden hat, daß noch vor der Wahl (und damit unabhängig von deren Ausgang) neue, schärfere Auflagen für die Reinhaltung der Luft und die Rauchgasentschwefelung verabschiedet werden.

Genau daran entzündet sich der Streit. Während SPD und Grüne, aber auch zahlreiche Umweltschützer bemängeln, die neuen Bestimmungen enthielten zu viele „Schlupflöcher", durch die der Rauch weiter ungehindert in die Luft geblasen werden könne, finden andere Umweltaktivisten wie das Vorstandsmitglied des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland), Hubert Weinzierl, gute Worte für den Innenminister und attestieren früheren Bundesregierungen „ein Versagen in der Umweltpolitik".

Zimmermann selbst läßt keinen Zweifel daran, daß er einer „weiteren Verschärfung" der Auflagen „nicht ohne Sympathie" gegenübersteht. Die nächste Novellierung für die TA Luft sei bereits in Arbeit, und er werde auch noch die Autoindustrie wegen der äußerst schädlichen Stickoxide aus den Abgasen der Motoren „an den Verhandlungstisch zwingen". Schließlich sei der Umweltschutz „die Aufgabe Nummer eins für die Menschheit". Aus Bayern sekundiert ihm Ministerpräsident Franz Josef Strauß. Für ihn besitzt der Natur- und Umweltschutz „vergleichbaren moralischen Rang und vergleichbar hohen politischen Stellenwert wie die Sicherung des Friedens in Freiheit".

Erklärungen von solcher Massivität aus dem Munde verantwortlicher Politiker stellen ein Novum in der Geschichte des deutschen Umweltschutzes dar. Der Verdacht ist durchaus begründet, daß sie eher ein Produkt der heißen Phase des Wahlkampfes als der Ausdruck einer neuen, kühl kalkulierten politischen Strategie sind. Hinzu kommt, daß es Zimmermann mit der gewaltigen Publizität seines Vorgehens tatsächlich gelungen ist, das Konzept der grün-roten Eheanbahnung durcheinanderzubringen und das umweltpolitische Profil der Linksparteien bis zur Unkenntlichkeit zu verschatten. Von diesem Erfolg des „politischen Naturtalentes" Zimmermann (Strauß über den Bundesinnenminister) könnte auf die Ernsthaftigkeit seiner Umweltpolitik zurückgeschlossen werden. Die Großfeuerungsanlagen-Verordnung also doch nur eine „Großschwindelverordnung"?

Wer sich in solchen Annahmen wiegt, verkennt die politische Grundströmung, in der der neue Mann im Umweltressort der Bundesregierung steht. Seit Monaten und ohne Rücksicht auf die Regierungsverantwortung des Parteifreundes Zimmermann üben die unionsregierten süddeutschen Länder den stärksten Druck auf die Umweltpolitik des Bundes aus. Sie fordern nicht nur unablässig (und auch nach Verabschiedung der neuen Verordnungen) eine weitere Verschärfung der Umweltauflagen, sie gehen auch – ganz im Unterschied zu den SPD-regierten Bundesländern Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen, den größten Schwefeldioxidproduzenten auf Kosten der Nachbarländer – in internen Vereinbarungen mit der Industrie über die Maßnahmen des Bundes hinaus.

So ist in Bayern der Schwefeldioxidausstoß seit 1976 um zweihunderttausend Tonnen jährlich gesenkt und damit um die Hälfte vermindert worden. Bis Ende 1986 soll er sogar auf achtzigtausend bis sechzigtausend Tonnen im Jahr verringert werden. Ähnliche Schritte hat die baden-württembergische Landesregierung angekündigt. Darüber hinaus haben die Umwelt-Ressortchefs von Berlin, Volker Hassemer, und Rheinland-Pfalz, Rudi Geil, beide CDU, offene Sympathie für finanzielle sowie steuerliche Abgaben und Anreize zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes bekundet, auch wenn sie das von der hessischen SPD-Minderheitsregierung vorgeschlagene Schwefelabgabegesetz für noch nicht ausgereift halten.

Dahinter stehen immer neue alarmierende Erkenntnisse über Umfang und Tempo des Waldsterbens, das damit von selber zu einem Korrektiv und zu einer ständigen Gegenkontrolle für Umfang und Wirksamkeit der staatlichen Maßnahmen wird. Wenn vielerorts bereits mehr als achtzig Prozent der Nadelhözer kränkeln, wenn die Importe von Holz und Holzprodukten in der Außenhandelsbilanz der Bundesrepublik schon vor mehr als einem Jahr hinter dem Öl den zweiten Platz einnahmen und mit einem Defizit von sechs Milliarden Mark zu Buche schlugen, dann wird deutlich, daß die Schatten des Wäldersterbens die Politiker eingeholt haben. Zudem ist mit dem Wald nicht nur ein unersetzliches volkswirtschaftliches und ökologisches Gut in Gefahr, sondern in einem heute erst zu erahnenden Umfang die emotionale Stabilität der Staatsordnung. Das, und nicht der Wahlkampf, ist der Schlüssel zum Verständnis der neuen Umweltpolitik der Bundesregierung.



Nicht nur „Schlupflöcher": sterbende Bäume FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Otto Breicha

Alpiner Kunst-Promoter

Von Erika Kiffl

Eigentlich könnte er jetzt der Ruhe pflegen. Sein neues Haus, das Rupertinum in Salzburg, ist fertig und eingeweiht. Das Direktorzimmer wohl eingerichtet. Und auch sein Salär wird kaum als kümmerlich zu bezeichnen sein. Aber Otto Breicha ist nicht der Mann, der nun den Blick auf die Festung genießt und davon träumt, was er alles in die „Moderne Galerie" einreihen würde, wenn er Geld und nicht nur einen kümmerlichen Ankaufsetat von zwei Millionen Schilling hätte. Er nennt es ein „geradewegs donquichotteskes Unterfangen, heutzutage, am Ausgang des Jahrhunderts, eine Sammlung aufzubauen, in der die klassische Moderne maßgeblich vorkommt". Aber er versucht es.

Otto Breicha ist kein Leichtgewicht. Nicht nur, weil er – wie er gern anmerkt – genau eines weniger als hundert Kilo auf die Wage bringt. Wenn er mit Beamten zu tun hat, mischt sich in seine Stimme ein Unmutston. Kameralistik ist ihm ein Greuel. Und das hat ihm auch Graz, wo er zuvor dem städtischen Kulturhaus vorstand, verleidet.

Sicher ist es kein Zufall, daß er sich als Adresse einen Bauernhof bei Hochneukirchen/Bucklige Welt aussuchte. Schließlich ist er Österreicher mit allen Eigenheiten dieses Stammes. Und dazu gehört das Raunzen und Granteln, mit dem er seine überquellende Energie kaschiert. Man hat immer den Eindruck, daß er hunderterlei zugleich tut. Aber es sind höchstens zehn oder zwanzig Dinge. Ausstellungen gehören dazu und Bücher. Stets geht es dabei um Kunst, die moderne, meist österreichische.

Über Klimt und Schiele hat er geschrieben, über Hutter und Fuchs, über Arnulf Rainer, den er besonders schätzt und gefördert hat, aber auch über Wotruba und Moldovan. Er lebe altruistisch, sagt er gern, womit er sich seinen Platz am Markt geschickt auszuschmükken weiß. Denn wenn es zwischen Wien und Salzburg um gegenwärtige Kunst geht, kommt man an Breicha, dem inzwischen Fünfzigjährigen, nicht vorbei.



Umtriebig im Rupertinum: Breicha FOTO: KIFFL

Dabei fing er einmal mit Jura an. Dann wechselte er zu den Theaterwissenschaftlern, die ihm auch das Doktorat eintrugen – und einige schlecht bezahlte Dramaturgenposten. Und recht bald fing er mit der Kunstschriftstellerei an. Denn sein Beruf sei „grenzenlose Bewunderung". Oder weniger zwiespältig ausgedrückt: der Mittler zwischen Künstler und Konsumenten (als Betrachter und weniger als Käufer) zu sein.

Er könne von seinen Büchern leben, verkündet er, wenn ihn das Administrative gar zu arg ärgert. Aber wer ihn kennt, weiß, das könnte er vielleicht finanziell, aber nicht praktisch. Er braucht die Umtriebigkeit des Kunstbetriebs als leidender Beweger.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Die ÖTV hat Bundesfinanzminister Stoltenberg kritisiert, weil er ihre Tarifforderungen „erheblich überzogen" bezeichnet hatte:

Nicht nur 2,5 Millionen Arbeitslose stehen vor der Tür, die Verschuldung von Bund, Ländern und vor allem der Gemeinden hat horrende Ausmaße angenommen. Und da sollte, nein, da muß es auch einem Regierungsmitglied erlaubt sein, nachdrücklich zu warnen. Es kann doch nicht angehen, daß die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ernsthaft überzeugt davon sind, ohne jedes Arbeitsplatzrisiko eine Forderung durchsetzen zu können, die – Mindestbetrag und Urlaubsforderungen eingerechnet – nur knapp unter dem liegt, was etwa die IG Metall fordert, die sich damit ganz anderen Risiken am Arbeitsmarkt aussetzt. 2,5 Millionen Arbeitslose, das muß bedeuten, daß wenigstens in dieser Tarifrunde ein sicherer Arbeitsplatz deutlich in Form von Mäßigung zu Buche schlägt.

Frankfurter Rundschau

Hier heißt es über Frankreichs Linke und die Bundestagswahl:

Die französische Linke ist ratlos. Auf der einen Seite müßte sie den Sieg der Sozialdemokraten bei den Bundestagswahlen am 6. März wünschen. Auf der anderen kann den regierenden Sozialisten in Frankreich nicht viel daran gelegen sein, durch einen Wahlsieg der Bruderpartei die konservativ-liberale Koalition in Bonn abgelöst zu sehen ... Über alledem stehen aber die französichen Sorgen in der Sicherheitspolitik. Diese Sorgen steigern sich bisweilen bis in eine Obsession vor einem deutschen „National-Pazifismus" ... Von der Sicherheitspolitik her, in der Paris unverändert an seiner Sonderrolle außerhalb der Militärintegration der NATO festhält, gelten die französischen Präferenzen eindeutig einer Wiederwahl Kohls. Von ihm verspricht man sich die sichere Bereitschaft zur Nachrüstung, wenn die Genfer Verhandlungen zu keinem Ende der russischen Raketendrohung führen. Das liegt in der „Logik" der nationalistischen Sicherheitspolitik Frankreichs; denn nur hinter dem Schutz amerikanischer Atomwaffen in Europa läßt sich die Illusion einer unabhängigen Nuklearmacht aufrechterhalten.

Neue Zürcher Zeitung

Das Blatt stellt zur Situation der britischen Labour Party fest:

Was denn eine Labourregierung, falls eine solche gewählt werden sollte, im Amt effektiv tun würde, weiß kein Mensch, am allerwenigsten offensichtlich die, welche im Kabinett sitzen würden. Dieser Sachverhalt, nicht die Person Michael Foots, ist der Grund dafür, weshalb die Labour-Partei heute in der Volksgunst so niedrig dasteht. Er ist auch der Grund dafür, weshalb viele Labourpolitiker es für das beste halten, wenn Foot bis zu den nächsten Wahlen an der Spitze bleibt und die Wahlen verliert, so daß die Partei Zeit erhält, ihr Haus in Ordnung zu bringen, und zwar entsprechend den Wünschen, die der Stimmbürger beim Urnengang durch Bevorzugung von Vertretern des rechten oder des linken Parteiflügels ausdrücken wird.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Das Blatt merkt zu den Konjunktur-Prognosen von Parteien und Gewerkschaften an:

Die nunmehrigen Regierungsparteien möchten die ersten Konjunktur-Schwalben am liebsten schon zu einem Adlergeschwader hochstilisieren. Für die SPD jedoch dürfen Vorboten einer konjunkturellen Belebung vor dem 6. März einfach nicht wahr sein. Die Gewerkschaften, die hier eine Schlüsselrolle innehaben, befinden sich in einer heiklen Lage. Einerseits gelten ihre Sympathien herkömmlicherweise mehr der SPD als der Union oder der FDP. Andererseits wissen sie aus der bitteren Erfahrung der letzten Jahre, daß die sozialdemokratischen Rezepte zur Wirtschaftsbelebung versagt haben, was auch die Rolle der Gewerkschaften in den Tarifrunden eingeengt hat. So könnten sie zu dem Schluß gelangen, daß nun wohl oder übel der neuen Regierungskoalition eine Chance gebühre ...

Nicaraguas Priester und die Sorgen des Papstes

Geistliche Auflehnung hat Tradition in Lateinamerika / Von Günter Friedländer

Vier Priester in der sandinistischen Regierung machen dem Vatikan Kopfzerbrechen bei der Vorbereitung des päpstlichen Besuches in Nicaragua. Der Papst bat, sie nicht beizuziehen, wenn die Regierung ihn als Staatsoberhaupt des Vatikans empfängt. Sie sind seiner Weisung nicht nachgekommen, ihre politische Arbeit aufzugeben und sich ausschließlich ihren seelsorgerischen Pflichten zu widmen.

Nun ist aber einer dieser Priester, Miguel d'Escoto Brockmann, Nicaraguas Außenminister, der beim Empfang fremder Staatsoberhäupter anwesend zu sein pflegt. Es ist schwer zu sagen, inwieweit sich die sandinistische Regierung eines Disziplinarproblems des Vatikans anzunehmen hat – wenn sie auch, andererseits, nicht daran interessiert sein muß, den Besucher vor den Kopf zu stoßen. Und der Fall des Bruders des Kulturministers Ernesto Cardenal: Priester Fernando Cardenal bekleidet das Amt eines Beraters der sandinistischen Jugendorganisationen. Sollte der Papst nicht mit dem einzigen Mann reden, der möglicherweise die antireligiöse Indoktrinierung der nicaraguanischen Jugend verhindern kann?

Dazu kommt das Problem der Priester der sogenannten „Kirche des Volkes", die der Papst nicht zu sehen wünscht, weil er in unmißverständlicher Weise der offiziellen Kirche den Rücken stärken will.

Dabei geht es um mehr als Disziplinarfragen. Gerade in Nicaragua könnte über die Rolle der Kirche in Lateinamerika und ihre Teilnahme am politischen Prozeß gesprochen werden – historisch und grundsätzlich.

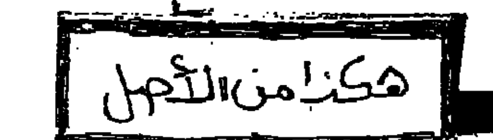
Das soziale Gewissen der Kirche regte sich vom Beginn der Eroberung an. Man braucht nur an den Pater Bartolomé de Las Casas zu denken, den „Vater der Indios", der – nicht allein, aber am leidenschaftlichsten – gegen die unmenschliche Behandlung der Indios protestierte. Aber die gut gemeinten, doch allzu kompromißlosen Vorschläge des Bischofs von Chiapas führten nicht nur teilweise zu blutigen Unruhen, sondern auch, vor allem – er selber hat es später beklagt – zu der Einführung neuen furchtbaren Unrechts, der Negersklaverei, in die Neue Welt; Las Casas hatte angenommen, man könne den Negern die harte Arbeit eher zumuten als den Indios.

Die Jesuiten wiederum schufen in Paraguay im 17. und 18. Jahrhundert in den sogenannten „Reducciones" eine Utopia besonderer Art. Sie organisierten getaufte Indios in Siedlungen, die unter ihrer Aufsicht völlige Autonomie erlangten. Es war ein einzigartiger Versuch, eine politische und soziale Lebensform zu finden, die den Forderungen des Gewissens und den politischen Idealen ihrer Gründer gerecht werden sollte. Aber auch Paraguay ist letztlich keinen erfreulichen Weg gegangen.

Ganz neue Formen nahm der Wille vieler Angehöriger des Klerus, an der Gestaltung ihrer Heimat in der Neuen Welt mitzuwirken, im 19. Jahrhundert an. In vielen Ländern spielten Priester eine hervorragende Rolle im Kampf um die Unabhängigkeit von Spanien. In nicht wenigen Städten Lateinamerikas haben dankbare Bürger Denkmäler den Priestern gebaut, die unerschrocken an den Unabhängigkeitsbewegungen mitwirkten.

Die heutigen sozialen Probleme des Subkontinents rufen abermals Angehörige des Klerus auf den Plan. Sie fanden ihre Rechtfertigung in der „Theologie der Befreiung" und auf der Bischofskonferenz von Medellin, die kaum dazu beitrug, diese Priester vor Exzessen zu warnen. Die Mitwirkun[illegible] der Jesuiten am fehlgeschlag[illegible]nen Allende-Experiment [illegible] Chile ist nur ein Beispiel von vielen; manche Priester führte dieser Weg in die Guerrilla, wo möglich, wie im Fall des kolumbianischen Paters Camilo Torres, in den Tod.

Auch wenn man die Han[illegible]lungsweise der rebellische[illegible] Priester für einen bedauerlichen Irrweg hält: Es bleibt ei[illegible] Tatsache, daß die Kirchenge[illegible]schichte Lateinamerikas zu i[illegible]rem Weg beigetragen ha[illegible]. Könnte der Dialog mit der[illegible] Papst aus Polen dazu beitr[illegible]gen, sie über ihre Rolle nac[illegible]denken zu lassen? Es ist ein[illegible] müßige Frage, wenn diese[illegible] Dialog nicht versucht werde[illegible] soll.



Die Dealer in schönen Dingen erwarten keine großen Sprünge

Von HEINZ BARTH

Auf den 15 000 Quadratmetern der Rhein-Halle zu Köln-Deutz treten Deutschlands Kunsthändler seit Tagen auf der Stelle. Sie treten weich, könnte man sagen, würden die museumsreifen Teppiche, die neben Silber und Möbel des 18. Jahrhunderts das attraktivste Angebot der 14. Westdeutschen Kunstmesse sind, nicht vorsichtshalber an den cremefarbenen Sperrholzwänden der Nobelkojen hängen. Die Dealer in schönen Dingen mustern nachdenklich, aber nicht eigentlich erwartungsvoll, das Publikum, das sich, zahlreich wie immer, durch die Gänge schiebt.

Ist es noch das gleiche Publikum wie in den Jahren der großen Euphorie, als so viele das einträgliche Geheimnis entdeckt zu haben meinten, daß im Sammeln alter, einmaliger und darum nicht beliebig ersetzbarer Werte ein besonderer Inflationsschutz verborgen ist? Die kostbaren Pelze der Damen, die den teuren Blick für das Exquisite haben, sind ein wenig älter geworden. Das pralle Scheckbuch schaut nicht mehr so herausfordernd wie früher aus der Brusttasche der Erfolgsmenschen, die sich für Sammler halten. „Abwarten" ist das Leitwort, das über dieser Messe steht. Wäre es eine Wahlkundgebung, die hier stattfindet, man käme in Versuchung, von einem Investitionsstreik der Betuchten zu sprechen, die sich mehr Zeit als früher bei der Dekoration ihrer Residenzen mit Prestige-Kunst lassen.

Die Händler haben es diesmal leicht, es der Politik anzulasten, daß die Kundschaft öfter als in den goldenen Zeiten der durch nichts abzuschreckenden Spekulation nach den Preisen fragt. Der Handel gibt dem 6. März die Schuld, daß die Geschäfte schon einmal flüssiger abgewickelt wurden. Ganz so einfach liegt der Fall natürlich nicht. Schon auf der Vorjahresmesse war ein Rückgang der Umsätze und ein auffallender Mangel an Kunstwerken der Sonderklasse festzustellen, der auf eine Ermüdung des überreizten Marktes hindeutete. Mit den Dealern in Kunst haben die Dealer in Politik wenig, außer der Abhängigkeit von schwer berechenbaren Konjunkturwellen, gemein.

Ob die Werte steigen oder fallen – das hängt nur zum Teil von der wirtschaftlichen Situation ab. Es ist eben nicht wahr, wie die Branche gern behauptet, daß der Kunstmarkt mit einer Sondergarantie für Stabilität ausgestattet ist. Er ist es heute weniger als je. Der Markt erlebte seinen Goldrausch, was durchaus nicht überraschte, gerade in dem Augenblick, in dem sich das Gold mit seinem Sturz in bodenlose Tiefen als ein verblüffender Faktor der Unsicherheit erwies. Weder die großen Auktionshäuser des Westens noch die private Spekulation hatten der Versuchung widerstehen können, den Kunsthandel wie ein Fließband-Geschäft mit Serienware aufzuziehen.

Das mußte schiefgehen und ist im Fall von Sotheby, das von London aus die Welt mit einem Netz weit verzweigter Umschlagplätze überzog, auch prompt schiefgegangen. Ein gigantomanischer Expansionismus hatte sich des traditionsreichen Hauses an der New Bond Street unter dem Einfluß seiner aggressiven New Yorker Filiale bemächtigt. Zum ersten Mal nach Jahren des Hochglanzes wurden 1982 bei Sotheby rote Zahlen geschrieben. Namhafte Experten kehrten dem Marktführer des internationalen Kunsthandels den Rücken. Händler und Privatsammler waren nicht länger bereit, die Unsummen zu bezahlen, die den Phantasiereichtum orientalischer Bazare übertrafen. Bei den Auktionen alter Meister gingen zeitweise die Umsätze auf fünfzig Prozent des Angebotes zurück. Christie's, der Hauptrivale von Sotheby, sah sich genötigt, die zehnprozentige Käuferkommission, die viel böses Blut gemacht hatte, auf acht Prozent zurückzunehmen.

Die Talsohle der Londoner Krise scheint durchschritten zu sein. Aber ihre Ausstrahlungen sind noch auf der Kölner Messe zu spüren. Niemand kann behaupten, daß die Rezession mit dröhnendem Holzbein durch die Rheinhalle stampft. Geld, so versichern die Optimisten, sei wieder reichlich vorhanden, seit die Zinssätze auf ein erträgliches Niveau zurückgenommen wurden. Aber so wenig wie die politische hat die wirtschaftliche Entwicklung das letzte Wort im Kunsthandel. Beide haben nur insofern mitzureden, als sie über Umfang und Qualität des Angebotes entscheiden, das den Markt erreicht.

Es fällt auf, wie schmal die Offerte in manchen Bereichen wie Porzellan, Gläsern und historischen Waffen geworden ist. Der Mangel an Spitzenwerken fällt ins Auge. Auch auf dem Gebiet der religiösen Kunst ist der Markt merkwürdig eng. Man hat den Eindruck, daß allzu vieles in den Banktresoren der Anleger verschwunden ist. Es ist nicht die Wirtschaftskrise, es sind die Auswirkungen des Wirtschaftswunders, die dem Markt am meisten zu schaffen machen. Er ist von einer jahrelang überheizten Nachfrage leergefegt. Nur noch zwei Galerien, die auf alte Gemälde spezialisiert sind, darunter das seriöse Solinger Haus Müllenmeister, dominieren in Köln auf diesem Gebiet. Aber auch bei ihnen verrät das Übergewicht marktgängiger und relativ erschwinglicher Bilder eine Tendenz zu vorsichtiger Disposition.


Dieter von Levetzow: „Bockspringer" 1982 FOTO: KATALOG

Die Preise steigen nicht mehr. Sie sind an die Decke gestoßen. Für immer neue Überraschungen, was die Höhe der Preise betrifft, ist hingegen die Feinmalerei des 19. Jahrhunderts gut, die erstaunlich überbewertet erscheint. Der breite Raum, den sie einnimmt, stimmt nachdenklich. Er entspricht offensichtlich einer romantischen Welle des Zeitgeschmackes, über die man sich nicht zu wundern braucht, wenn man bedenkt, daß das Publikum einer Fernsehumfrage soeben mit erdrückender Mehrheit für die „Caprifischer" votierte.

Die Caprifischer der Feinmalerei geben der Messe einen romantischen, aber leider auch etwas provinziellen Hintergrund. Aber die 160 Händler, Galeristen und Antiquare, die jeden verfügbaren Quadratmeter der Halle mit Beschlag belegt haben, scheinen das Risiko nicht zu scheuen, obgleich die Veranstaltungskosten gegen das Vorjahr fühlbar gestiegen sind. Auch wenn sich diesmal nicht alle Erwartungen erfüllen, sollten die Aussteller mittelfristig recht behalten. Es ist eine flache Baisse, die der Kunsthandel jetzt durchmacht. Vergleiche mit der großen Depression Anfang der dreißiger Jahre, als eine bankrotte Oberschicht gezwungen war, unvergängliche Kunstschätze wie Dutzendware auf den Markt zu kippen, werden zwar angestellt, sind jedoch eine durch nichts gerechtfertigte Schwarzmalerei.

Der Kunsthandel wurde damals noch nicht als Big Business betrieben. Das Geschäft wurde von wenigen, aber hoch qualifizierten Spezialisten bestimmt, die über ein hohes intellektuelles Niveau verfügten. Seit sich der Markt zu einer Investment-Branche verbreiterte, ist nur noch eine verschwindende Minderheit an diesem Niveau zu messen. Sie war es, die bisher die Spitzenwerke präsentierte, die von jeher eine preisbestimmende Funktion ausübten. Aber sie kann diese Aufgabe nicht mehr erfüllen, das heißt den Markt nicht mehr stabilisieren, seit die fiebrige Spekulation der späten siebziger Jahre das Angebot erlesener und einwandfreier Kunst bis zur Neige erschöpft hat.

Da braucht man sich nicht zu wundern, daß die um Ware verlegenen Händler immer ungeduldiger an die Pforten der Museen pochen, in deren klimatisierten Kellern ein Vielfaches der Schätze lagert, die der Öffentlichkeit zugängig sind. Schon vor Jahren hatte das New Yorker Metropolitan Museum aus schierem Raum-Mangel damit angefangen, sich ein wenig Luft zu machen. Solche Angriffe in den öffentlichen Besitz stoßen natürlich auf administrative und bürokratische Hindernisse, die sich in den meisten Fällen als unüberwindlich erweisen. Doch die Frage stellt sich, ob es tugendhafter ist, die Kunstwerte, die ehrgeizige Stifter der Nachwelt vermachten, von ihr fernzuhalten, indem man sie vor der Öffentlichkeit versteckt oder ob dieser nicht besser gedient wäre, wenn man die Keller aufschließen würde.


Stahlkocher, neben den Bergleuten der zweite „Berufsadel" des Reviers, haben es schwer. Doch nicht die Arbeit macht zu schaffen, sondern die Angst um den Verlust der Arbeitsplätze. Die von der Krise erzwungene Umstrukturierung und Unternehmenskonzentration in ihrer Branche wird noch mindestens 40 000 Arbeitsplätze kosten. Doppelt soviel sind in der achtjährigen Stahlkrise bereits verschwunden.
FOTO: M.VOLLMER

Bei den Stahlkochern brodelt es

Von WILM HERLYN

Die neue sozialistische Regierung in Madrid hat den größten Privatkonzern des Landes, die Holding Rumasa, enteignet und verstaatlicht", gibt der Nachrichtensprecher im Radio bekannt. „Mensch, dat wäre wohl 'ne Lösung für uns", sagt da „de schwatte Karl" und brummelt hinter seinem frisch gezapften Pils weiter: „Dat soll'n se auch mit uns machen." Er sagt „uns", obwohl er gar nicht mehr so richtig dazugehört.

„De schwatte Karl", so genannt wegen seiner pechschwarzen Haare, in denen trotz der 51 Jahre noch keine einzige graue Strähne wächst, ist seit mehr als einem Jahr arbeitslos. Aber kurz vor Schichtwechsel, kurz vor zwei Uhr mittags, da geht er immer noch in eine der Kneipen an der Oesterholzstraße. Die heißen dort „Tränke" oder „Quelle" oder „Schänke" oder tragen ganz einfach nur den Namen des Bieres, das dort gezapft wird. Natürlich nur Dortmunder Bier, versteht sich. Dort nun wartet Karl auf seine ehemaligen Arbeitskollegen – „dat is so ne Rhythmus, ein Leben lang". Er wartet, daß aus den Werkstoren der Westfalen-Hütte von Hoesch in Dortmund der Strom der Morgenschicht quillt und sich teilt: zu den Bushaltestellen, zur nahen Werksschänke, zur nahen Stamm-Pinte.

Karl wartet nicht nur, er teilt mit den alten Kollegen auch die Sorgen, die sie jetzt alle haben, alle Stahlwerker. Die von Hoesch besonders. Denn ihr Konzern ist von den drei Stahl-Moderatoren zusammen mit Klöckner und Peine-Salzgitter der „Ruhr-Gruppe" zugeteilt worden. „Der schwachen Gruppe", sagen die Arbeiter. „Die Gruppe Rhein mit Krupp und Thyssen, das sind die Starken."

Es scheint, als fühlten sich gerade die Hoeschianer verraten, die zum Teil schon in der dritten Generation hier Stahl kochen. „Schon der Großvater hat hier gearbeitet, und mein Vater auch", sagt der Vorarbeiter Egon Merten. Seine mächtige Faust fällt auf das rissiggrünliche Resopal der Theke. „Immer nur zittern mußten wir in den letzten Jahren, daß der Arbeitsplatz erhalten bleibt und daß die Hütte überhaupt bleibt, und immer haben die Arbeiter ihren Kopf hingehalten."

In der Tat – seit der Hoesch-Krise 1980 erholt sich der Stahlstandort Dortmund nicht mehr. Zähneknirschend stimmten die Arbeitnehmervertreter den Sanierungskonzepten von Hoesch-Chef Detlev-Carsten Rohwedder zu. Der hoffte, mit harten Umstrukturierungen den schleichenden Verfall, der wie Rost am Eisen frißt, zu bekämpfen. Es half nicht. „Ich habe bisher schon 4500 Leute von der Gehaltsliste streichen müssen – warum sollen die Leute mich dafür lieben?, fragte er verzweifelt, als im Mai 1981 die zweite einschneidende Entscheidung fiel: Hoesch soll Produktion und Verarbeitung von Stahl auf die Westfalenhütte konzentrieren und die traditionsreichen Standorte Phoenix und Union aufgeben. 8000 von noch 21 000 Hoesch-Stahlwerkern verlieren dadurch ihren Arbeitsplatz. Nicht auf einmal, aber auf die kommenden Jahre verteilt. Das Unternehmen, das den Sozialplan nach der Stillegung von zwei Siemens-Martin-Öfen für die damals 4500 Mitarbeiter ausschieden, noch aus eigener Kraft finanzieren konnte, ist nun aber auf die Hilfe von Bund und Land angewiesen.

„Und", sagt Vorarbeiter Merten, „und dann war der geplante Zusammenschluß von Hoesch und Krupp wie ein Silberstreif für uns." Favorisiert wurde das Ruhr-Modell auch von der IG Metall und der SPD-Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Doch schon die im Herbst auftauchenden Fusionspläne von Thyssen und Krupp im Edelstahlbereich machten dem Traum ein Ende. Rohwedder sah sich getäuscht. Ein Betriebsrat formulierte es härter: „Wer verarscht hier wen?"

Auch der neuen Lösung der Stahlmoderatoren vom 25. Januar mögen die Hoeschianer nicht folgen. Denn wir, so argumentiert Betriebsrat Werner Naß von der Westfalenhütte, haben mit einem Abbau von mehr als 8000 Arbeitsplätzen schon unser Soll erfüllt. „Wir können uns auf keine Politik einlassen, durch die in Dortmund die Stahlerzeugung in Frage gestellt wird", pflichtet ihm Wolfgang Beiermann, Betriebsratsvorsitzender von Phoenix zu. Beide fürchten, daß die „Gruppe Ruhr" (Hoesch, Klöckner, Peine-Salzgitter) mit ihren weit auseinanderliegenden Standorten und damit anfallenden Frachtkosten die von den Stahlmoderatoren errechnete Rentabilität nicht erreichen könnte.

„Und ich weiß natürlich genau, daß das Bier hier nur läuft, wenn auch Stahl gekocht wird", sekundierte Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff 1981 beifallheischend vor 1200 Hoeschianern in der Westfalenhalle – und erntete eisiges Schweigen. „Das Mißtrauen ist tief verwurzelt", sagt Merten. „Meinst du, de schwatte Karl könnte nicht mehr arbeiten? Oder der wollte nicht?" Und dann sagt er noch: „Haste 'nen Wagen dabei? Ich zeig' dir mal was." Das Du ist am Tresen ganz selbstverständlich.

Wir fahren die Stahlwerkstraße hinunter: „Da gab's früher mindestens drei Kneipen mehr, weißt du, einfach so 'ne Theke zum Ausruhen, Quatschen, bevor man heim zu Muttern geht." Ein paar Meter weiter: „Ich glaube, der Lebensmittelladen hier an der Ecke macht auch bald dicht. Und da, guck mal, die zugemauerten Fenster, da war mal ein Bäcker drin."

Es wird zu wenig gekauft. Das ist es. Nicht nur die Arbeitsplätze bei Hoesch sind in Gefahr, in Mitleidenschaft gezogen sind – so errechnete schon vor zwei Jahren Dortmunds Oberstadtdirektor Hans-Diether Imhoff – 100 000 Menschen, die vom Werk wirtschaftlich abhängig sind. Seit in Dortmunds drei Stützen, Bergbau, Bier und Stahl, kein Geld mehr verdient wird, geht das Gespenst der Arbeitslosigkeit um. 14 Prozent sind es heute.

Einer von der kleinen Bierrunde aus der „Tränke" räuspert sich. Er trägt eine Anstecknadel am Revers: „Wir kämpfen für unsere Zukunft", steht da. „Die habe ich von einem Freund, der bei Krupp in Rheinhausen arbeitet. Die sind genauso beschissen dran wie wir." Günther Kremers rechnet vor, wie sehr er auf jede Mark angewiesen ist: Er ist 32 Jahre alt, verheiratet, ein Sohn. Jetzt verdient er noch an der Walzstraße „schlappe 2000 Mark, davon zahle ich 500 Mark Miete für die Dreieinhalb-Zimmer-Wohnung." Er fürchtet sich vor drohender Kurzarbeit: Durchschnittlich sechs Tage weniger Arbeit im Monat sind 200 Mark weniger in der Lohntüte. Schon denkt er daran, ob er seinen klapprigen Ford Taunus verkaufen muß. „Aber Straßenbahn und Bus werden auch immer teurer."

Bei dem Warnstreik Mitte Februar haben alle mitgemacht: Mit 5000 Arbeitskollegen forderten sie „Stahlstandort sichern – Stahlindustrie verstaatlichen". Der Betriebsratsvorsitzende Kurt Schrade legte in der Westfalenhütte „zur Sicherung des regionalen Stahlstandortes Dortmund" symbolisch den Grundstein für das „erste Stahlwerk der Deutschen Stahl-Gesellschaft". Die soll nach dem Willen der Arbeiter Arbed (Saar), Hoesch, Krupp, Klöckner, Mannesmann, Salzgitter und Thyssen vereinigen.

Der Stahlwerker Merten: „Wir haben mehr als zehn Jahre gesehen, daß die privatwirtschaftlichen Lösungen alle nicht geklappt haben, in Wirklichkeit wurden die Arbeitsplätze immer gefährdeter." Er sagt aber auch, was so Sprachregelung in der IG Metall ist: Die Moderatoren hätten „im Auftrag des Finanzkapitals gehandelt", und „an die Arbeiter denkt wie immer niemand". Aber wie es so weitergehen soll, weiß so recht auch er nicht, mit der Idee der Verstaatlichung. IG-Metall-Chef Eugen Loderer warnt „vor einer generellen Verstaatlichung" und plädiert für eine öffentliche Beteiligung in Form der verlangten Zuschüsse.

Für Betriebsrat Wolfgang Weiermann ist die Lage eigentlich klar: „Was muß denn noch geschehen, bis das letzte Mittel der IG Metall eingesetzt werden soll?"

Das erinnert Merten an 1969. „Damals sind wir zum ersten Mal so richtig auf die Straße gegangen. Wir wollten damals unseren Anteil an den Gewinnen, die die Konzerne damals gemacht haben. War doch gerecht, nicht?", fragt er und erntet ein dreiköpfiges Nicken. Aber jetzt, jetzt sei das viel schlimmer.

Er zieht einen Zettel aus der Tasche, einen Zeitungsausriß vom 16. Februar: „Den bisher stärksten Belegschaftsabbau in einem Jahr meldet die deutsche Stahlindustrie für 1982. Die Zahl der Beschäftigten hat sich um mehr als 18 000 oder sieben Prozent verringert. Bei Beginn der Stahlkrise waren noch 344 000 Menschen in den Unternehmen beschäftigt, heute ist ihre Zahl auf 251 000 geschrumpft." Auf meinen fragenden Blick erklärt Merten: „Dat issen Papier von den anderen, von den Konzernen." Er schaut noch einmal nach: „Vom Arbeitgeberverband Eisen und Stahl."

„Menschenrechte im Ostblock mißachtet“

KNA, **Brüssel**

Die Mißachtung der Menschenrechte ist nach Ansicht des britischen Abgeordneten des Europa-Parlaments, Derek Prag, in den kommunistischen Ländern am größten.

In einem Bericht für die Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ dieses Parlaments kritisierte der Abgeordnete insbesondere die Verhältnisse in Litauen, der Tschochoslowakei und der Sowjetunion. Kämpfer für die Menschenrechte würden in der UdSSR in sibirische Arbeitslager eingewiesen. In Litauen, wo die Hälfte der Bevölkerung katholisch ist, sei ein „harter Kampf“ zwischen der Kirche und der Regierung entbrannt.

Auch in der Tschechoslowakei, die von 70 000 sowjetischen Soldaten besetzt sei, werde die katholische Kirche scharf überwacht, schreibt der britische konservative Politiker in seinem Bericht weiter. Außerdem seien „mindestens 100 politische Gefangene“ in menschenunwürdigen Verhältnissen in tschechoslowakischen Gefängnissen eingesperrt. „Die Grundfreiheiten werden in der Tschechoslowakei nicht eingehalten, jegliche Kritik an der Regierung und an der Partei ist verboten“, heißt es in dem Bericht. Streik und Mitbestimmung seien ebenfalls untersagt.

In Jugoslawien habe die Kommunistische Partei ebenfalls das Machtmonopol und sei die Freiheit der Meinungsäußerung durch zahlreiche Gesetze „stark eingeschränkt“, berichtet Prag weiter. In jugoslawischen Gefängnissen befänden sich zwischen 500 und 700 politische Häftlinge.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

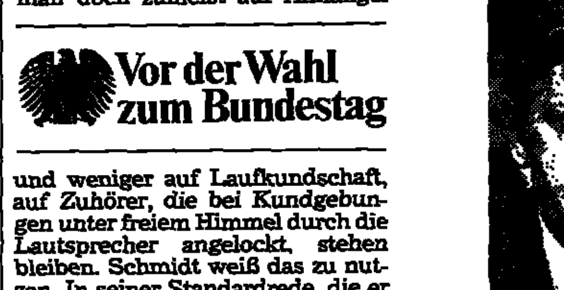
Das Wort von der Doppelkrise und Ratschläge für den Kanzler

Im Wahlkampf von Helmut Schmidt spielt die eigene Person eine wichtige Rolle

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Helmut Schmidt führt einen routinierten Wahlkampf. Keine lustige Pflichtübung, aber auch nicht so zündend und dynamisch, als gelte es, eine Massenbewegung zur Rettung der Republik in Gang zu setzen. Lästig allerdings scheint dem Altbundeskanzler die Pflichtübung seiner 15 Wahlreden zwischen Hamburg und Rosenheim auch nicht zu sein.

Routine oder nicht – ein wenig von den alten Glanzzeiten des Bundeskanzlers Helmut Schmidt ist immer noch zu spüren, wenn er, teils mit Blasmusik empfangen wird wie im Bayerischen, teils mit stehenden Ovationen seiner Anhänger gefeiert, wie in Hannover, in die Säle einzieht. Der Winter-Wahlkampf kommt Schmidt hier zupaß. Denn in den Sälen trifft man doch zumeist auf Anhänger



und weniger auf Laufkundschaft, auf Zuhörer, die bei Kundgebungen unter freiem Himmel durch die Lautsprecher angelockt, stehen bleiben. Schmidt weiß das zu nutzen. In seiner Standardrede, die er in einem dünnen blauen Ordner bei sich trägt, pflicht er denn auch lokale oder Zielgruppen-bestimmte Absätze ein.

Zum zentralen Thema seiner Wahlreden macht Helmut Schmidt das von ihm eigens für den Wahlkampf erdachte Wort von der „Doppelkrise“. Gemeint ist zum einen die Auseinandersetzung um die Rüstung in Ost und West, speziell die Diskussion um die Mittelstreckenraketen in Europa, und zum anderen die laut Schmidt tiefste Weltwirtschaftskrise seit den 30er Jahren und ihre Auswirkungen.

Es wäre nicht Helmut Schmidt, wenn er es dabei belassen würde, die Politik seines Nachfolgers Helmut Kohl einfach abzuqualifizieren. Nein, immer noch der große Lehrmeister der Nation, erteilt er Weisung, was denn der deutsche Bundeskanzler, um mit Konjunkturkrise und Arbeitslosigkeit im eigenen Lande, in europäischer Absprache und natürlich auch als Wortführer bei dem Wirtschaftsgipfel im Mai, zu tun habe.

Er habe, so erinnert der Abgeordnete aus Hamburg seine Zuhörer, schließlich und endlich die Präsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft dazu genutzt, das gemeinsame Währungssystem (EWS), die sogenannte Währungsschlange einzuführen.

Helmut Schmidt hebt sich auf die Zehenspitzen hinter dem meist etwas zu hohen Rednerpult, wenn er von diesem oder von anderen außenpolitischen Erfolgen berichtet. Etwa davon, daß er die amerikanische Führung dazu gebracht habe, überhaupt mit den Sowjets über die Mittelstreckenraketen zu verhandeln. „Das hat mich zweieinhalb Jahre gekostet.“ Ein dreiviertel Jahr habe er dann – „mit Erfolg“ – den sowjetischen Generalsekretär Breschnew bearbeitet. „Denn plötzlich wollten die Russen nicht mehr.“

Helmut Schmidt
FOTO: W. RADTKE

Breschnew dient ihm auch als Zeuge für die eigene außenpolitische Glaubwürdigkeit. Als er dem Sowjetführer die Meinung gesagt habe und dieser darob Zweifel äußerte, habe er, Schmidt, ihm gesagt: „Herr Generalsekretär, ich habe Ihnen noch nie die Unwahrheit gesagt.“ Und dieser mächtige Mann habe ihm spontan geantwortet: „Das stimmt.“

Einen guten Teil seiner Rede, zwischen 45 und 70 Minuten lang je nach Kundgebungsdauer, widmet der frühere Bundeskanzler der eigenen Vergangenheit. Es ist, als wolle er nicht nur um Stimmen für seine Partei werben, sondern vor allem um Verständnis dafür, daß man ihm etwas ganz persönlich Schlimmes angetan habe, als er gestürzt worden war. Persönliche Verletzung spricht auch aus seinen Worten über den Regierungswechsel. Von „Schleichwegen“ der neuen Koalition in die Macht ist da die Rede. Und der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher wird geschickt, ohne allzu konkrete Vorwürfe, als die Unglaubwürdigkeit in Person dargestellt.

Probleme bereitet Schmidt ein ganz klein wenig die Haltung des SPD-Spitzenkandidaten Hans-Jochen Vogel in der Raketenfrage, die sich doch von der Forderung des Bundeskanzlers Schmidt nach der Null-Option deutlich unterscheidet. Und da scheut sich der Altkanzler nicht, auch einmal Franz-Josef Strauß als Zeugen dafür anzuführen, daß diese Position illusorisch, eigentlich überholt sei. Um ja keinen Raum zu geben für die nachdenkliche Frage seiner Zuhörer, ob er sich denn nicht selber von der eigenen Position entferne, greift Schmidt zur rhetorischen Vorwärtsverteidigung.

Alle Register seiner Redekunst zieht Schmidt, wenn er vom sozialdemokratischen Raketendilemma dadurch ablenkt, daß er Bundeskanzler Helmut Kohl angreift. Hilfsmittel ist ihm dabei in jeder seiner Wahlreden ein Interview des amerikanischen Vizepräsidenten Bush in der New York Times vor dessen Europa-Reise. Die ganze Reise sei notwendig geworden, so klingt es an, weil man in Washington trotz des Besuchs Kohls, trotz seiner Begegnung mit Präsident Reagan und Außenminister Shultz, noch immer nicht genau wisse, was der „Übergangskanzler“ eigentlich wirklich wolle.

Mehrfach spricht Schmidt im Zusammenhang mit Kohl von einem „Fachmann“ – macht eine Kunstpause, lächelt. Seine Anhänger verstehen ihn, werten dies als Ironie, klatschen begeistert Beifall. Nur in Bayern geht seine Rechnung manchmal nicht auf. Wenn er den ersten Mann im Freistaat, Franz Josef Strauß, angreift, wird der Beifall auch unter den königlich-bayerischen Genossen merklich dünn. Und wenn er gar von den „Quatschköpfen in München“ spricht, dann regt sich keine Hand zum Beifall.

Berliner CDU legt Frauen-Papier vor

Die 19 Thesen enthalten auch Kritik an den Programmaussagen der Bundespartei

hrk. **Berlin**

Die Berliner Union legt jetzt ein Papier über den „Rollenwandel der Frau“ vor, das die Gleichwertigkeit von Berufsarbeit und Familientätigkeit der Frau unterstreicht. Es müsse „anerkannt und als selbstverständlich empfunden werden, daß Frauen ebenso wie Männer erwerbstätig sind. Das Papier geht deutlich über das 1981 von den CDU-Sozialausschüssen unter Norbert Blüms Federführung vorgelegte Papier über „Die sanfte Macht der Familie“ hinaus.

Unter dem Vorsitz der Petitionsausschußvorsitzenden im Bundestag, Lilo Berger, arbeitet ein Expertenstab 19 Thesen aus. Der Union halten die Autoren kritisch vor, in ihren Programmaussagen der „erheblichen“ Rollenänderung von Mann und Frau in der Gesellschaft „bisher nicht hinreichend“ Rechnung getragen zu haben. Wörtlich heißt es weiter: „Die Überwindung der besonderen Schwierigkeiten von Frauen in Familie und Erwerbstätigkeit hängt wesentlich davon ab, daß sich das gesellschaftliche Bewußtsein und insbesondere die Einstellung und das Verhalten der Männer ändern.“

Haushaltsführung und Kindererziehung wird in dem Papier als „wichtiger Beitrag zum Gemeinschaftsleben, der im Verhältnis zur Erwerbstätigkeit gleich wichtig ist“, gewertet. Es müsse als „selbstverständlich“ empfunden werden, daß Männer wie Frauen für Haushalt und Kindererziehung „gleichermaßen befähigt, zuständig und verantwortlich sind“.

Die Thesen berücksichtigen in besonderer Weise den hohen Anteil von Frauen mit qualifizierten Berufen in Berlin. Hier liegt die Berufstätigkeit von Müttern mit Kindern unter 18 Jahren bei 60 Prozent (Bundesquote 42 Prozent).

Ausdrücklich verteidigen die Verfasser die Berufstätigkeit der Frau als Wert an sich: „Es muß anerkannt und als selbstverständlich empfunden werden, daß Erwerbstätigkeit nicht nur Gelderwerb, materielle Unabhängigkeit und soziale Absicherung im Alter bedeutet, sondern auch das Selbstbewußtsein stärkt und vielfach zusätzliche Möglichkeiten zur Kommunikation und Teilnahme am Gemeinschaftleben vermittelt.“

Die Berliner CDU fordert, alle geschlechtsspezifischen Arbeitsschutzbestimmungen „mit Ausnahme des Schwangerschafts- und Mutterschutzes“ aufzuheben. Staatlich geförderte Frauenprogramme sollten dem Ziel dienen, „Vorbehalte männlicher Kollegen gegenüber dem beruflichen Aufstieg von Frauen oder Vorbehalte von Familien gegenüber dem stärkeren Engagement der Mutter in einer Erwerbstätigkeit abzubauen.

Was sich in Mainz nach dem 6. März tun kann

Wird Bernhard Vogel die absolute Mehrheit halten?

JOACHIM NEANDER, **Mainz**

Fast 2,8 Millionen Wähler haben am 6. März nicht zwei, sondern drei Stimmen: Zwei für den Bundestag, eine für den Landtag von Rheinland-Pfalz. Spekulationen darüber, wie sich dieses erstmalige Zusammentreffen einer Bundes- und einer Landtagswahl auf das Wahlverhalten auswirken könnte, gibt es viele. Handfeste Prognosen dagegen scheinen fast sinnlos.

Berechenbar ist allenfalls, was sich in den Tagen und Wochen nach der Landtagswahl auf der politischen Szene des Landes Rheinland-Pfalz je nach Wahlausgang abspielen wird. Die Weichen sind schon gestellt, jedes Ergebnis hält seine geheime Dramaturgie bereit.

Wahlausgang 1: Die CDU behält ihre absolute Mehrheit.

Das letzte durchgesickerte Umfrageergebnis vom Januar sah die Regierungspartei unter Ministerpräsident Bernhard Vogel tatsächlich noch mit ca. 52 Prozent eindeutig vorn. Käme es so, müßte Vogel zunächst das Problem der Kabinettsbildung lösen.

Das Justizressort wird seit dem Wechsel von Professor Waldemar Schreckenberger ins Bonner Kanzleramt von Finanzminister Carl-Ludwig Wagner mit verwaltet. Unter den Kandidaten scheint Professor Heribert Bickel, Präsident des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz, obenan zu stehen. Aber auch in den Ressorts Wirtschaft (wo Minister Otto Meyer aus gesundheitlichen Gründen Amtsmüdigkeit signalisiert) müßte der Regierungschef eine Neubesetzung zumindest nach einem oder zwei Jahren in Aussicht stellen, um sein Kabinett in der schriftlichen, geheimen Einzelabstimmung in der neuen Fraktion durchzubekommen. Schließlich wäre auch denkbar, daß Vogel einer FDP, die nicht mehr im Landtag vertreten ist, den Posten eines Staatssekretärs anbietet, um damit ein Zeichen für die Zukunft zu setzen. Dies würde, da es sich nicht um eine Koalition handelt, nicht gegen den FDP-Parteitagsbeschluß verstoßen, der ein Bündnis mit einem Partner mit absoluter Mehrheit ausschließt.

Spannend würde es bei diesem Wahlausgang bei der SPD. Zwar erscheint der Gedanke, die neue Fraktion könne den mühsam aus der Bonner Bundestagsfraktion losgeeisten Spitzenkandidaten Hugo Brandt als ihren neuen Vorsitzenden und Oppositionsführer ablehnen, zahlreichen Sozialdemokraten ein wenig absurd, zumal die Bonner Parteispitze da um des Ansehens der Bundes-Partei willen sicherlich massiv nachhelfen würde. Aber auszuschließen ist angesichts offenbar im Geheimen wachsender Verstimmung nichts.

Hugo Brandts Wunsch, seinen Wahlkampf statt mit einer Politiker-Mannschaft mit einem von ihm selber ausgesuchten Expertengremium aus dem gesamten Bundesgebiet zu führen, zu dem als Prominentester der frühere BKA-Präsident Horst Herold gehört, stieß bis heute auf Widerstand im SPD-Landesvorstand. Offenbar spielt dabei auch die Tatsache eine Rolle, daß in Brandts Beraterteam (meist Professoren) nur ein Rheinland-Pfälzer zu finden ist. Reisende Gutachter, die von fernen Schreibtischen aus Patentrezepte ausstellen, gebe es schon genug, heißt es. Hugo Brandt wiederum, eher ein analytischer Kopf als ein Volkstribun, ist im Zweifel, ob die rheinland-pfälzische Partei, so groß und erfolgreich sie in den letzten Jahren geworden sein mag, auf diesem Gebiet genügend anzubieten hat.

Wahlausgang 2: Die CDU verliert die absolute Mehrheit, die FDP kommt in den Landtag.

Die Koalition zwischen beiden ist für diesen Fall fest besiegelt. Auch wenn die FDP nur hauchdünn (etwa mit vier Mandaten) die Hürde überwindet, würde Bernhard Vogel ihr zwei Ministerposten anbieten: Das Justizministerium und entweder das Wirtschafts- oder das Landwirtschaftsministerium.

Interessant wird dann nur die Entscheidung, wer für die FDP Minister wird. Die Ansichten und die Ambitionen gehen weit auseinander, schon darüber, wer die Entscheidung zu treffen habe.

Die einen meinen: Der Landeshauptausschuß, der – dies ist unumstritten – das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen absegnen muß. Die anderen sagen: Wer Minister wird, entscheiden die alte und die neue Landtagsfraktion. Setzt sich die zweite Version durch, dann würden die Chancen des FDP-Landesvorsitzenden Hans-Günther Heinz, der sich selbst als durchaus möglicher Wirtschaftsminister betrachtet, ganz erheblich sinken. Weitere Ministeranwärter wären natürlich der Fraktionsvorsitzende Hans-Otto Scholl sowie Parteischatzmeister und Landesbankdirektor Günther Storch.



Wahlausgang 3: Statt der FDP kommen die Grünen ins Parlament, und mit ihnen zusammen ist die SPD in der Lage, eine Mehrheit zu bilden.

Für diesen Fall ist man auf Vermutungen angewiesen. Hugo Brandt, der SPD-Spitzenmann, erklärt: „Eine Koalition erfordert eine auf vier Jahre fest verabredete gemeinsame Politik. Dies ist mit einer Partei, die für ihre Abgeordneten die Rotation einführen will, sowieso nicht möglich.“

Bemerkenswerterweise erwähnt Brandt im Unterschied zu seinem Parteifreund Holger Börner das Verhältnis der Grünen zur Frage der Gewalt nicht (die Grünen in Rheinland-Pfalz selber übrigens haben sich in diesen Tagen nicht ohne Ironie als die „einzige Partei, die sich zur Gewaltfreiheit bekennt“, bezeichnet).

Die Wahrscheinlichkeit, daß die Grünen einen Ministerpräsidenten Hugo Brandt zunächst mitwählen würden, ist groß. Ohne eine solche Wahl käme der SPD-Kandidat nämlich auf keine Weise ins Regierungsamt. Nach der Landesverfassung bleibt – im Unterschied zu Hessen, wo die Regierung nach einer Wahl automatisch zurücktreten muß – die alte Regierung unter Bernhard Vogel regulär und nicht nur geschäftsführend so lange im Amt, bis ein neuer Regierungschef mit der Mehrheit der 100 Abgeordneten gewählt ist.

Eine Kabinettsliste hat Hugo Brandt, wie er versichert, noch nicht einmal im Kopf parat. Die Vorstellung, die Grünen könnten ihn, nachdem sie ihn gewählt haben, zu politischen Entscheidungen zwingen, dürfte ihm kaum angenehm sein. Letzter Ausweg könnte auch für ihn Artikel 84 der Landesverfassung sein. Er gestattet dem Landtag jederzeit, sich durch Mehrheitsbeschluß wieder aufzulösen.

Leipziger Messe ohne Minister aus Bonn

hrk. **Berlin**

Wenn der „DDR“-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker am 13. März – am Sonntag nach der Bundestagswahl – mit seinem traditionellen Rundgang die Leipziger Frühjahrsmesse eröffnet, fehlen hochrangige Bonner Politiker unter den Gästen. Fünf Länderminister aus Kiel, Hamburg, Hannover, Düsseldorf und Bremen haben jedoch ihre Teilnahme zugesagt. CDU-Präsidiumsmitglied Walther Leisler Kiep reist ebenfalls nach Leipzig.

Es ist unwahrscheinlich, daß der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Rainer Barzel, selbst nach einem Unions-Sieg am 6. März die noch im Herbst 1982 gehegte Absicht wahrmacht, an die Pleiße zu reisen. Die Bonner Interessen vertritt, wie üblich, Staatssekretär Dieter von Würzen aus dem Ministerium von Graf Lambsdorff.

Die Frühjahrsmesse '83 dauert vom 13. bis 19. März. Als Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland haben sich folgende Länderminister für Wirtschaft, Verkehr oder Hafenfragen angesagt: Jürgen Westphal (Schleswig-Holstein), Volker Lange (Hamburg), Birgit Breuel (Niedersachsen), Karl Wilms (Bremen) und Professor Reimut Jochimsen (Nordrhein-Westfalen).

Der CDU-Politiker Kiep reist als Aufsichtsratsmitglied der Hannover-Messe nach Leipzig. Er ist bereits mit seinem traditionellen Gesprächspartner Gerhard Beil, Staatssekretär im „DDR“-Außenhandelsministerium, und dem Leiter der West-Abteilung im SED-Zentralkomitee, Professor Herbert Häber, verabredet. Häber sprach kürzlich auch mit dem Vorsitzenden des innerdeutschen Ausschusses im Bundestag, Uwe Ronneburger (FDP).

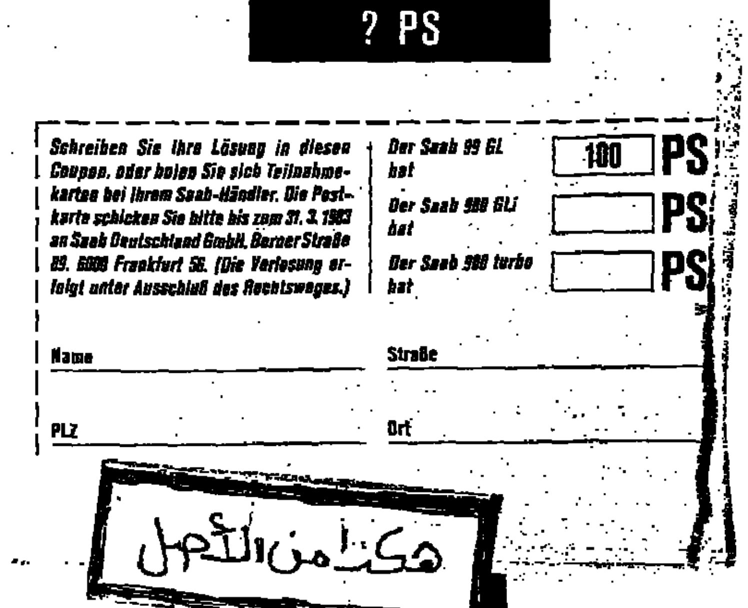
Als letzter Bonner Minister war vor einem Jahr Graf Lambsdorff nach Leipzig gereist, nachdem er zuvor in Ost-Berlin mit SED-Politbüromitglied Günter Mittag konferiert hatte. Damals – drei Monate nach dem Treffen Schmidt-Honecker – beherrschte die Frage nach der Swing-Verlängerung als Hebel für eine Rücknahme der Zwangsumtausch-Erhöhung durch die „DDR“ die Gespräche. Lambsdorffs Versuch, Ost-Berlin zu einer Sendung zu bewegen, blieb jedoch erfolglos.

Offen ist bisher, welches Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland SED-Generalsekretär Honecker am 13. März bei seinem Messe-Rundgang aufsucht. Als Gesprächspartner steht ihm der Leiter der Bonner Ständigen Vertretung, Hans Otto Bräutigam, zur Verfügung.

Mischnick: Kontakte verstetigen

hey, **Bonn**

Die Kontakte auf höchster Regierungsebene zwischen Bonn und Ost-Berlin sollen nach Ansicht des Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, verstetigt werden. Zu der Ankündigung von Bundeskanzler Helmut Kohl, er rechne in absehbarer Zeit mit dem Besuch von SED-Chef Erich Honecker, meinte Mischnick, man müsse „herauskommen aus der Betrachtungsweise, daß Begegnungen zwischen den Regierungschefs und Ministern der beiden deutschen Staaten etwas ganz Besonderes“ seien. Vielmehr sollten derartige Treffen zur Tradition werden, empfahl der FDP-Politiker.



Die Friedensbewegung, und wie die SED dagegen mobil macht

Von HANS-R. KARUTZ

Mit einer zentral gelenkten Kampagne versucht die SED jetzt konzentriert, die unabhängige und christlich motivierte Friedensbewegung im eigenen Land zu beeinflussen und aufzusaugen. Meetings, öffentliche Bekenntnisse junger Christen im SED-Sinne und das „Friedensaufgebot der FDJ" dienen als ideologische Stützpunkte. Bei den kommenden FDJ-Pfingsttreffen am 22./23. Mai soll der „DDR"-Sozialismus als die allein zulässige Friedensbewegung festgeschrieben werden.

Die evangelische Kirche reagiert besonnen und versucht, die durch die Jenaer Verhaftungswelle beiderseits gereizte Stimmung nicht zur Kirchenkampf-Situation des Frühjahrs 1953 ausufern zu lassen. Hauptgegner der später massenhaft in den Westen fliehenden jungen Leute damals: FDJ-Chef Erich Honecker. Vor 30 Jahren ging die FDJ gegen die Anstecknadeln mit dem Weltkugel- und Kreuz-Symbol vor – 1982 waren es die Abzeichen „Schwerter zu Pflugscharen".

Mitten in die für die SED-Führung besonders unangenehmen Proteste westlicher Kirchenkreise, prominenter „Grüner", Studenten der Freien Universität Berlin und der AL-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus gegen die willkürlichen und aufgrund dieses öffentlichen Drucks zurückgenommenen Aktionen der Staatssicherheit gegen Jenaer Arbeiter, Künstler und Intellektuelle riefen FDJ-Chef Egon Krenz und die Ost-CDU zu einem „Erfahrungsaustausch" mit jungen Christen.

Die „Aktuelle Kamera", TV-Tagesschau in Ost-Berlin, nahm die jungen Genossenschaftsbauern, Architekturstudenten oder Nachwuchs-Offiziere der Reihe nach ins Visier und verbreitete ihre Statements republikweit. Unteroffizier Michael Zippel formulierte, was die SED mit ihrer Kampagne anstrebt – freudige Wehrbereitschaft unter dem zwischenzeitlich vergessenen und erst jüngst wieder in die Zeitungsspalten gerückten Motto „Der Frieden muß bewaffnet sein".

Der vergebliche Versuch, ein Agrément zu treffen

Der Unteroffizier sagte: „Wenn ich für drei Jahre die Uniform der NVA trage, den Frieden sozusagen ‚mit der Waffe in der Hand' verteidigen helfe, dann ist das zugleich eine wichtige persönliche Entscheidung, die völlig mit meinem Glaubensbekenntnis übereinstimmt." Das Evangelium als Leitfaden für vorbildliches Verhalten eines „DDR"-Bürgers – das schwebt der Parteiführung vor.

FDJ-Chef Egon Krenz hatte zuvor noch einmal alle Illusionen über einen liberalen Kurs gegenüber kirchlich getragenen Friedensinitiativen zerstört, als er betonte: „Die Geschlossenheit aller Bürger der DDR im Handeln für Frieden und Sozialismus ist ein unantastbares Gut, das wir niemals preisgeben werden."

Diese Härte im Niederhalten jeglicher sich außerhalb kirchlicher Räume und Tagungsstätten öffentlich bemerkbar machender Aktionen junger Pazifisten bekam die thüringische Kirche besonders zu spüren. Ihre schriftliche Distanzierung (WELT vom 5. Februar) von der Schweigeminute am Heiligen Abend in Jena war offenkundig eine Konzession an die Staatsseite, um wenigstens ihre eigene, ökumenisch bestimmte Arbeit an Abrüstungsthemen im überschaubaren (und beobachtbaren) kirchlichen Kreis fortsetzen zu können.

Über den vergeblichen Versuch der Landeskirche, im Dezember 1982 mit den örtlichen SED-Stellen ein Agrément zu treffen, berichtete kürzlich der aus der „DDR" stammende Schriftsteller Jürgen Fuchs in einem Leserbrief an die linksalternative „Tageszeitung". Er zitierte dabei einen Augenzeugenbericht aus Jena:

„... In den Betrieben, bei Schott, Zeiss und Jenapharm, gab es Versammlungen, auf denen vor ‚Umtrieben' gewarnt wurde. Heiligabend, ab früh um sieben Uhr, kontrollierten Streifen die Bahnhöfe und Zufahrtsstraßen. Junge Leute, die ‚so aussahen', wurden zurückgeschickt oder, wenn sie sich weigerten, festgenommen und ‚verwahrt' bis in die Abendstunden ... Der Superintendent war beim Rat der Stadt und wollte vermitteln. Er riet den Behörden, mit uns zu sprechen, es wäre eine gute Gelegenheit. Er wurde empört abgewiesen: ‚Mit Gesetzesbrechern reden wir nicht!'"

In dieser Reaktion zeigte sich die seit dem Frühjahr 1982 verschärfte Behandlung quasi „privater" Friedensaktivitäten in der „DDR". Damals, Mitte Februar 1982, war die Dresdner SED-Führung noch heilfroh, daß sie der sächsische Landesbischof Johannes Hempel (heute Vorsitzender des gesamten Kirchenbundes) durch ein „Forum Frieden" in der Kreuzkirche vor möglichen Zusammenstößen mit Tausenden von schweigend demonstrierenden Jugendlichen bewahrte. Die Staatsmacht hielt inne. 1983 war der Platz vor der Frauenkirche durch eine verordnete Kundgebung besetzt, Friedensversammlungen auf vier Kirchen aufgesplittert.

Das Verhalten der Jenaer SED erinnert fatal an die trotz kirchlicher Anfragen bis heute weder erläuterten noch zurückgenommenen Vorwürfe des Cottbusser SED-Chefs Werner Walde über „friedens-, sozialismus- und verfassungsfeindliche Aktivitäten" im Zusammenhang mit den Forderungen nach einem waffenlosen „sozialen Friedensdienst" außerhalb der Volksarmee.

Pazifistisches Gedankengut wird weiterhin in den Schulen diskriminiert und führt als Zeugnisvermerk zu einem nicht mehr aus der „Kaderakte" zu löschenden Stigma. Im offiziellen Handbuch „Wissensspeicher Wehrausbildung", der den gesamten Militär-Lehrstoff für alle 9. und 10. Klassen drüben enthält, heißt es dazu lapidar: „Im Gegensatz zu den Pazifisten sind die Marxisten-Leninisten keine weltfremden Träumer. Sie verschließen die Augen nicht vor den Tatsachen."

Praktizierten Pazifismus verfolgt die „DDR" bei Reservisten, die weitere Übungen verweigern, oder jungen Wehrpflichtigen, bei denen plötzlich das Bausoldaten-Kontingent „erschöpft" ist, mit drakonischen Haftstrafen bis zu 20 Monaten.

Die eigentliche Bewährungsprobe steht den Protestanten in der „DDR" auf zwei Ebenen noch bevor: Kirchliche Basisgruppen in der „Jungen Gemeinde", die nicht staatlich besetzte Denkpositionen einnimmt, fordern ein freimütiges, notfalls provozierendes, jedenfalls öffentlich vernehmbares Wort der Kirche zu den SED-Repressalien. Als Beispiel für diese Strömung steht der Brief junger Thüringer an ihre Kirchenleitung.

Die Kirchenführung wiederum muß bemüht sein, den SED-Sicherheitsstrategen keinen Anlaß zu bieten, die Debattierthemen in kirchlichen Räumen einzugrenzen. Mit dem warnenden Ratschlag, auf die Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" zu verzichten, gab die Kirche bereits nach – ohne Gegenecho, wie sich jetzt zeigte. Denn die verweigerte Teilnahme an einer Abrüstungskonferenz der nordelbischen Kirche in Schleswig-Holstein für Christa Lewak vom Kirchenbund und Generalsuperintendent Günter Krusche, Ost-Berlins obersten Seelsorger, führt zu einer neuen Dimension in der Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat.

In Ost-Berlin wird man gewiß mit großer Aufmerksamkeit studiert haben, was Krusche beispielsweise auf einer Friedenstagung des Weltkirchenrats im November 1981 in der „Freien Universität" zu Amsterdam über die Definition von Religionsfreiheit sagte: „Wir definieren sie in Übereinstimmung mit der KSZE-Schlußakte nicht nur als Kult- und Gedankenfreiheit, sondern auch als Freiheit, aus dem Evangelium Konsequenzen für alle Bereiche des Lebens zu ziehen. Dies ist eine Konsequenz aus dem ‚Kirchenkampf' der Bekennenden Kirche."

Die Frage nach der Macht des Gewissens

Auf eben diese Wurzeln christlichen Handelns auch unter den Gegebenheiten der „DDR" verwiesen wiederum die thüringischen Jugendlichen in ihrem Brief an Bischof Werner Leich (Eisenach).

Ein quasi politisches Mandat der Kirche – aus dem Evangelium geschöpft, auf die KSZE-Schlußakte gestützt – wird die SED jedoch als „gefährlich" für das Denken und Fühlen ihrer Bürger einstufen. Aber es kam nicht von ungefähr, daß der Vorsitzende des Kirchenbundes, Bischof Werner Krusche, in seinem später von der „DDR"-Illustrierten „Wochenpost" wörtlich abgedruckten Glückwunsch zu Honeckers 70. Geburtstag ausdrücklich auf Helsinki und seine Hoffnung einging.

Eines ist sicher: Fünf Jahre nach der historischen Begegnung zwischen Honecker und der protestantischen Kirchenführung am 6. März 1978 steht – mitten im Luther-Jahr – die tatsächliche Haltbarkeit dieser einst gefeierten Vereinbarung über den „gleichberechtigten und gleichgeachteten" Christen drüben auf dem Prüfstand. Die Frage nach der Macht des Gewissens scheidet gläubige und atheistische Geister.

Mit Spannung erwarten Kirche und Staatsmacht deshalb auch, was die „Theologische Studienabteilung" beim Kirchenverbund in Ost-Berlin noch in diesem Frühjahr im Auftrag der Bundessynode von Halle (September 1982) vorlegen soll: eine Untersuchung, ob in den bedrängenden Fragen des Friedens für die Christen bereits die Bekenntnisfrage („Status confessionis") gegeben ist. Mit ihrer Ausarbeitung über „Erziehung zum Frieden" – schon Ende der siebziger Jahre konzipiert – legten die evangelischen Experten damals das theoretische Rüstzeug für die Auseinandersetzung mit der Verherrlichung alles Militärischen in der „DDR" vor.

Die Stimmung unter den Protestanten drüben ist abwartend-vorsichtig. Mehr beiläufig-ironisch sagt bisweilen jemand zur aktuellen Konkurrenz zwischen Karl Marx und Luther: „Über das Karl-Marx-Jahr standen im ‚Neuen Deutschland' 29 Thesen – wir haben immerhin 95 ..."

Haben gute Manieren Klassencharakter?

Unzufriedenheit in Teilen der chinesischen Streitkräfte mit der Führung / Selbstkritik in der Heereszeitung

FERNANDO MEZZETTI, Peking

Eine bange Frage wird von der Tageszeitung der chinesischen Streitkräfte erhoben. Haben gute Manieren Klassencharakter? Ist es erlaubt, allgemein von Höflichkeit zu sprechen, oder sollte man nicht lieber klar feststellen, daß es eine bürgerliche und eine proletarische Höflichkeit gibt, und daß die eine mit der anderen nichts zu tun hat?

Hier geht es nicht um einen Disput über das Geschlecht der Engel, der die Energien der ehrwürdigen Patres des Konzils von Nicäa strapazierte. Es handelt sich um das spektakulärste Zeichen von latenter Unzufriedenheit in einigen Sparten der Streitkräfte gegenüber der heutigen Führungsgruppe. Deren Reaktion ließ nicht auf sich warten: Innerhalb weniger Tage wurden der Verantwortliche für politische Propaganda der Streitkräfte und der Verteidigungsminister ausgetauscht. Dem letzteren wurde die Operation als normaler Machtwechsel präsentiert, der tatsächlich letzten November während der Jahressitzung der Volksversammlung stattfand. Beim ersteren hingegen wurde nicht einmal die Form gewahrt. Er wurde kurz nach Erscheinen des Artikels mit der bangen Fragestellung abgelöst, während dieselbe Zeitung der Streitkräfte einen langen und vielsagenden selbstkritischen Artikel veröffentlichte.

Bis jetzt scheint die Deng Xiaoping-Gruppe recht gehabt zu haben den Widersachern gegenüber, und auch die Kritiker in den Streitkräften scheinen zum Schweigen gebracht worden zu sein. Die schnelle und entschiedene Reaktion der Führungsgruppe auf den letzten Angriff, der sich auf den Klassencharakter der guten Erziehung bezog, beweist zweierlei: einerseits die Entschlossenheit der Führungskräfte, andererseits den Widerwillen einiger militärischer Abteilungen – gewiß nicht der gesamten Streitkräfte – gegenüber dem neuen Kurs.

Die Beziehung zwischen Partei und Streitkräften ist einer der entscheidenden Punkte für die Stabilität der jetzigen chinesischen Führung. Seit langem konnte man aus verschiedenen Anzeichen entnehmen, daß die Führungsgruppe mit einigen Sparten des Heeres nicht zufrieden ist. Aus der „Volkszeitung" erfährt man, daß ein Teil der Führungskader des Heeres immer noch mit der seit sechs Jahren gestürzten „Viererbande" sympathisiert, über ultralinke Verbindungen. In einem Artikel vom 15. Oktober über die Militär-Region Chengdu (Südwesten) wird erklärt, daß es trotz der Kampagne gegen die „Vier" immer noch „Führungskader gibt, die kein politisches und ideologisches Verständnis für die Probleme im Heer aufbringen".

Dies ist der Hintergrund für die Ablösung des Verteidigungsministers Geng Biao, der nur etwa zwei Jahre auf seinem Posten blieb. Abgelöst durch einen alten Militär, Zhan Aiping, der bis dahin für wissenschaftliche Angelegenheiten innerhalb der Verteidigung verantwortlich war, wechselte Geng Biao nach einer schon jung begonnenen militärischen Laufbahn in die Diplomatie. Seine Karriere hatte ihn auf verschiedene Botschafter-Posten geführt, ohne daß er jemals in Berührung kam mit den verheerenden Umwälzungen der Kulturrevolution. Seine Ernennung zum Verteidigungsminister hatte vor zwei Jahren ein gewisses Erstaunen ausgelöst, weil er aus der Welt der Diplomatie kam.

Man nahm an, daß Deng Xiaoping ihn auf diesen Posten gesetzt hatte. Dieser hat jedenfalls von den wenigen Ämtern, die bestehen blieben, den des Präsidenten der Militärkommission des Zentralkomitees beibehalten, das politisch mächtigste Organ zur Kontrolle der Streitkräfte. Man vermutet außerdem, daß Deng Präsident des militärischen Staatsrates werden könnte, der demnächst der neuen Verfassung gemäß eingerichtet werden soll.

Die kürzliche Absetzung Geng Biaos könnte darauf hinweisen, daß es falsch ist, ihn als Mann der Deng-Gruppe anzusehen, und daß seine Ernennung nur ein taktischer Zug war beim Übergang zu neuen Ordnungen. Eine andere Hypothese lautet, daß er abgesetzt wurde, weil er die Unzufriedenheit unter einigen militärischen Rängen tolerierte oder sie jedenfalls nicht dämpfen konnte.

Gründe dieser Unzufriedenheit und eines gewissen Widerwillens gegenüber der neuen politischen Linie gäbe es viele; sie lassen sich jedoch alle auf einen Nenner bringen: Die Modernisierungs- und Normalisierungspolitik des Landes nach dem Mao-Debakel haben das Gewicht und die Rolle der Streitkräfte reduziert. Als China im Chaos versunken war – und das war es jahrelang –, war eine zum großen Teil analphabetische Söldnertruppe auf die wichtigsten Posten nicht nur im politischen, sondern auch im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich gerückt. Hinter der augenscheinlich bescheidenen Uniform mit der Schlappmütze war der chinesische Militär in Wirklichkeit überall auf Befehlsposten.

Die Einführung der „Ratio" auch im augenblicklichen autoritären System hat das Land aufatmen lassen. Der Modernisierungskurs hat fatalerweise zur Aufwertung von wer weiß wem geführt. Durch die Wiederbelebung der Wirtschaft wird mehr Aufmerksamkeit auf die Bilanz verwandt, und Verlustunternehmen werden geschlossen; materieller Antrieb in der Industrie, eine gewisse Aufwertung der Privatinitiative in der Landwirtschaft, haben zu einer Aufwertung des Zivilbereiches gegenüber dem militärischen geführt.

Schließlich ist im Militärbereich noch nicht das Dilemma gelöst, ob die Streitkräfte ein hochspezialisiertes Berufsheer sein sollen, oder eine ideologisierte Institution mit allem rhetorischen Schwulst.

Während der Kulturrevolution sind im chinesischen Heer die Ränge abgeschafft worden. Die Militärs sind gekleidet wie alle und unterscheiden sich nur durch die Kragenspiegel. Die Offiziere haben vier statt zwei Taschen auf der Jacke. Hohe Offiziere erkennt man an der einfachen Tatsache, daß sie Autos fahren und stets in Begleitung eines Burschen ausgehen.

Seit einiger Zeit steht die Möglichkeit zur Diskussion, das Rangsystem wiedereinzuführen, was von einem großen Teil der Offiziere, besonders der älteren, befürwortet wird. Dies würde formal die Option für ein Berufsheer mit sich bringen.

Der Widerstand im Heer gegen die heutige politische Linie manifestiert sich manchmal auf recht kuriose Weise. Die jüngste Episode zum Problem der Erziehung ist bezeichnend.

Am Vorabend der Parteiversammlung – Anfang September – erschien in der Zeitung der Streitkräfte eine harte Kritik an der Deng-Xiaoping-Gruppe. Nach guter chinesischer Tradition war dieser Artikel voll von Aufrufen zu Dengs Belehrung.

Da die Lektüre der Heereszeitung Außenstehenden untersagt ist, hat niemand von uns Ausländern etwas davon erfahren. Kurz nach Beendigung des Parteitages wurde jedoch der Verantwortliche für die Heeresideologie abgelöst. In den Tagen danach erschien in derselben Zeitung ein langer selbstkritischer Artikel über den am Vorabend des Kongresses veröffentlichten. Das Dokument wurde auch in einer Shanghaier Tageszeitung abgedruckt, so daß die Beobachter davon Kenntnis erhielten.

Aus welchem Grund diese Selbstkritik? Mit exemplarischer Exaktheit wiederholte der zweite Artikel der Heereszeitung die Hauptargumente des ersten und widerlegte sich Punkt für Punkt.

Die scheinbare Lächerlichkeit der Kritik an der Deng-Gruppe beweist einerseits die Nichtigkeit der Argumente, über die die Widerspenstigen verfügen; andererseits beweist sie die Tragik, in diesem einem Land, das jahrhundertelang das Reich der Umständlichkeiten, des Formalismus, der guten Manieren war, Land Politik zu machen. Unter der Last der Geschichte, mit kranker Intelligenz, scheint das heutige China trotz seiner Modernisierungssehnsucht eher die Frage zu stellen: „Wie es tun" anstelle von „Was tun".

Eines der Themen, auf die sich die Kritik stürzt, ist die Kampagne für gute Erziehung, die seit Monaten von Regierung und Partei betrieben wird. Zu diesem Zweck hat sich der Premierminister selbst im vorigen Frühjahr mit einer Fernsehrede an das Land gewandt. Man darf wohl bemerken, wie dramatisch die Lage und der Verfall des sozialen Lebens und der zwischenmenschlichen Beziehungen sein muß, wenn die Mächtigsten solche Sorgen haben. Und das in China,

Mehr Ehescheidungen als jemals zuvor

Justizminister und Union treten für Rechtsänderungen ein

STEFAN HEYDECK, Bonn

Das noch nicht einmal sechs Jahre alte neue Scheidungsrecht, das unter Federführung des damaligen Justizministers und heutigen SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel zustande gekommen war, muß nach Einschätzung der Bonner Koalition überarbeitet werden. Es geht darum, insbesondere Mißstände beim Unterhalts- und Versorgungsrecht abzustellen. Erste Änderungen hat die neue Bonner Koalition bereits aufgrund von Urteilen der Karlsruher Richter vorgenommen. Nicht zur Disposition gestellt werden soll auch in Zukunft dagegen die Abwicklung der Scheidungsverfahren.

Für die nächste Legislaturperiode hat Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) eine Überprüfung der Novelle aus dem Jahr 1977 angekündigt. Auch die CDU/CSU tritt für Änderungen ein. Ziel ist es, Ungereimtheiten und unnötige Härten aus dem Gesetz zu streichen.

Vom Scheidungsrecht sind pro Jahr immerhin deutlich über 200 000 Männer und Frauen betroffen. Nach der letzten amtlichen Statistik erhöhte sich die Zahl der Scheidungen von 74 658 im Jahre 1977 auf 109 520 im Jahr 1981. Das ist der Höchststand in der Geschichte der Bundesrepublik. Zu diesen Zahlen war von der SPD erklärt worden, das neue Scheidungsrecht habe sich „bewährt".

Tatsächlich aber hätten nach Ansicht von Fachleuten schon bei der Novellierung Mitte der 70er Jahre etliche der starren und in ihren Auswirkungen nachteiligen Regelungen vermieden werden können.

Im Mittelpunkt der Überlegungen im Regierungslager steht bereits, unter anderem entsprechend der Karlsruher Entscheidung, daß in besonderen Härtefällen eine Scheidung nicht mehr zwingend spätestens nach fünfjähriger Trennung ausgesprochen werden muß.

Deutliche Vorbehalte bestehen auch dagegen, daß vor allem nach kurzer Ehedauer der anspruchsberechtigte Teil Unterhalt „auf alle Zeiten" auf Basis des bei der Scheidung erreichten Lebensstandards erhält. Als Lösung bietet sich hier eine über eine längere Zeit gestaffelte Reduzierung der Leistungen an. Dahinter steht die Überlegung, daß im Prinzip nach einer Scheidung jeder für seinen Lebensunterhalt selbst aufkommen soll.

Als höchst unbefriedigend wird empfunden, daß der verlassene Partner dem mit dem „Scheidungsgrund" Zusammenlebenden nach wie vor Unterhalt leisten muß. Insbesondere bei der Union wird hier die Auffassung vertreten, daß Ehebruch nicht noch „finanziert" werden darf. Weiter soll das Problem des Versorgungsausgleichs, also die Zahlung von Renten und Pensionen, gelöst werden. Die vom Bundesrat Anfang des Monats verabschiedeten Regelungen werden als nicht perfekt angesehen.

Engelhard reklamiert Ämter für FDP

lz, München

Der Verbleib des Außenministeriums bei Hans-Dietrich Genscher auch in einer neuen Koalition ist nach Ansicht von Bundesjustizminister Hans A. Engelhard für die Freien Demokraten „ein ganz zentraler Punkt". „Das ist für uns auch eine sachpolitische Frage", erklärte der FDP-Politiker gestern im Münchner Presseclub. Die FDP müsse auch das Wirtschaftsressort behalten und entweder in der Rechts- oder in der Innenpolitik „mitspielen können". Das Landwirtschaftsministerium erwähnte Engelhard hingegen nicht mehr.

Für dessen bisherigen Amtsinhaber Josef Ertl, der am 1. Januar 1984 das Amt des Präsidenten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft übernehmen wird (WELT v. 26. 2.), beginnt offenbar nun auch der Abschied aus der bayerischen Politik. Zwar kandidiert er noch auf Platz 1 der bayerischen FDP-Liste für den Bundestag, in München wird aber damit gerechnet, daß er sich auf dem bayerischen FDP-Parteitag Ende April nicht mehr um den Landesvorsitz bewerben wird.

„Nicht auszuschließen", so die Nachrichtenagentur Reuter, wollte Engelhard auch, daß die Freien Demokraten im Frühjahr 1984 noch einmal den ehemaligen Bundespräsidenten Walter Scheel für die Nachfolge von Karl Carstens als Staatsoberhaupt vorschlagen wird. Auch daran sei „durchaus zu denken".

Mauroy will durch die Krise, „so gut es geht“

Die neuen Wirtschaftsdaten sind ein schwerer Rückschlag

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Kurz vor den französischen Kommunalwahlen hat der Himmel der *Opposition ein Geschenk* beschert, dessen sie sich indes lieber begeben hätte: die außerordentlich schlechten Zahlen über die Inflationsrate und das Außenhandelsdefizit *im Monat Januar*, die am Wochenende veröffentlicht worden waren. Beide zeigen, daß die Absicht der Regierung, den Preisanstieg nach dem viermonatigen *Lohn- und Preisstopp im letzten* Herbst in Grenzen zu halten und das Handelsdefizit im laufenden Jahr um die Hälfte zu reduzieren, nicht ohne ein neues Sparprogramm verwirklicht werden kann. Damit aber würde sich die Regierung *in Widerspruch zu ihren wiederholten* Versprechungen setzen, daß den Franzosen, vor allem den Arbeitern, keine weiteren Opfer mehr abverlangt werden sollen.

Während sich die Oppositionsführer Giscard d'Estaing und Chirac in ihrer *Kommentierung* zurückhielten und triumphierende Töne vermieden, fällt der außerordentliche Pessimismus auf, den plötzlich mehrere Regierungsvertreter zeigen. Premierminister Mauroy konnte sich in einem Rundfunkinterview nur noch in die Versicherung flüchten, er werde *„versuchen*, Frankreich mit zwei Fingern auf dem schmalen Grat zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit so gut es geht durch die Krise zu bringen“. Der Regierungschef gab sich aggressiv gegen Vertreter rechtsgerichteter Zeitungen und *vermittelte den Eindruck* eines Mannes, der mit dem Rücken zur Wand kämpft. Eine dritte Franc-Abwertung nach den Gemeindewahlen schloß er erst nach längerem Zögern aus.

Tritt Jobert zurück?

Vorher hatte schon Staatspräsident Mitterrand in einer seiner seltenen Stellungnahmen zur Wirtschaftspolitik geradezu bedrückt von dem „Übel Verschuldung und Außenhandelsdefizit Frankreichs“ gesprochen, das „nicht von heute *stamme“, sich aber beschleunige*. Außenhandelsminister Michel Jobert gab in einem Interview mit der Zeitung „Libération“ (Befreiung) kleinmütig zu, er habe keinerlei besondere Zuständigkeiten in Sachen Außenhandel und könne nichts gegen *die Lage tun*.

Diese Aussage verstärkt Gerüchte, die von einem baldigen Rücktritt des Außenhandelsministers wissen wollen. Schon vorher hatte *Jobert* das Außenhandelsdefizit und die auswärtige Verschuldung Frankreichs als „die große nationale Affäre“ hingestellt, gegen die es keine „Wundermittel“ gebe, schon gar nicht die Hoffnung auf eine Ölpreissenkung, die am Ende nur alles noch schlimmer machen müsse.

Widersprüche im Kabinett

Wirtschaftsminister Jacques Delors vertrat nachdrücklicher als bisher seine Forderung, die Franzosen, unter ihnen besonders die konsumfreudigen kleineren Einkommensschichten, *müßten* im laufenden Jahr erheblich ihre *Inlandsnachfrage einschränken*, wenn das Außenhandelsbilanzdefizit bei den kalkulierten 45 Milliarden Franc für Ende 1983 bleiben solle. Das aber läuft auf eine neue Variante der Austerity-Politik hinaus, die vom Premierminister ausdrücklich ausgeschlossen wird. Mit einem anderen Kabinettskollegen setzte sich Delors ebenfalls in Widerspruch. Er lehnte eine Umstrukturierung der französischen Industrie im Sinne vertikaler Produktionslinien ab, wie sie Industrieminister Chevenement *etwa* für Holz, Textil oder Elektronik *fordert*.

Die allgemeine Verwirrung bei den Regierungsparteien wird noch deutlicher, wenn man die Debatte innerhalb der Sozialistischen Partei darüber verfolgt, ob sie marxistischen oder sozialdemokratischen Charakters *sei. Mit diesem* Thema befaßte sich vor vier Tagen der Vorstand der Partei in Paris. Es gibt einflußreiche Politiker, wie der Fraktionsvorsitzende in der Kammer, Pierre Joxe, der Kammervorsitzende Louis Mermaz oder *Industrieminister Chevenement*, die zu einer marxistischen Interpretation neigen. Sie treten für einen Bruch mit der Vergangenheit ein.

Premierminister Mauroy, der zu den Gemäßigten zählt, machte diesem *Flügel in seinem Rundfunkinterview* eine vielbeachtete Konzession. Zu den Vertretern von Rechtszeitungen gewandt, sagte er in aggressivem Ton: „Vergessen Sie nicht, daß wir Sozialisten auch eine andere Logik als den Kapitalismus *für die wirtschaftlichen* Miseren parat haben.“

Foot muß keinen Brutus fürchten – gerungen wird um Labour selbst

Diskussion um die Führung verschleiert die Probleme / Urheber der Krise ist Tony Benn

FRITZ WIRTH, **London**

Versehen mit einer Serie von Treue- und Loyalitätsbotschaften, die er bei jeder Gelegenheit wie ein Gesundheitszeugnis *vorzeigt*, dürfte Labour-Parteichef Michael Foot zunächst einmal die nächsten Wochen heil *im* Amt überleben. Schaut man diese Ergebenheitsadressen jedoch näher an, wird deutlich, wie hohl sie sind. Ihr Grundtenor lautet: Solange Michael Foot Parteichef bleiben will, werden wir loyal zu ihm stehen. Niemand jedoch schwang sich bisher zu dem Bekenntnis auf: „Ich stehe hinter Michael Foot, weil es der beste Mann für den Job ist.“

So weit geht heute die Freundschaft in höheren Parteikreisen nicht mehr. Deshalb lassen sich die Spekulationen um die Zukunft Michael Foots nach den Treuegelöbnissen seiner Konkurrenten und *den Durchhalteparolen*, die er selbst ausgab, auf diesen Nenner bringen: Michael Foot darf sicher sein, daß es keinen Brutus in der Parteispitze gibt. Eine Lebensversicherung jedoch ist es nicht. Denn für Brutus gibt es gar keine Rolle in diesem Konflikt. Hier sind keine Personen, hier sind Ausschüsse am Werk und deren Verdikt wird nicht heißen: entlassen wegen Inkompetenz, sondern entlassen im Interesse der Partei.

Foot kennt die Spielregeln und hat, wenn auch noch sehr kleingedruckt, in allen seinen Durchhalte-Erklärungen eingeräumt, daß dies für ihn der einzige akzeptable Grund sein könnte, abzutreten. Sein *Schicksal ist also so ungewiß* wie zuvor.

Partei verlor ihre Basis

Es bleibt die große Frage, was ein derartiger Führungswechsel bewirken könnte. Würde er tatsächlich über Nacht alle Probleme Labours lösen und aus ihr wieder eine regierungsfähige Partei machen? Es trifft zu: Foots Amtszeit war bisher keine Erfolgsstory und wird es wohl niemals werden. Er ist schlicht der falsche Mann für den falschen Job. Ebenso sicher jedoch ist: Der wirkliche Patient, um den hier gerungen wird, ist nicht Michael Foot, sondern die Partei. Gefährlich an dieser Führungsdebatte ist, daß sie einen Nebelschleier über die wirklichen Probleme dieser Partei legt.

Denn die tatsächlichen Ursachen dieser Krise *sind* älter als die Amtszeit Foots. Das Siechtum begann in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, als Labour um des Überlebens willen einen Pakt mit den Liberalen *eingehen mußte*. Die Partei war mit Wilson und Callaghan in den Händen von Pragmatikern, die sich an die Macht und nicht an Ideologien hielten.

Es war der Zeitpunkt, *als Tony* Benn seinen Widerstand in offene Rebellion wandelte. Sie erreichte ihren ersten Höhepunkt im Kampf um das Wahlmanifest Labours kurz vor der *Unterhauswahl im* Frühjahr 1979. Benn wollte mit einem harten, kompromißlosen, sozialistischen Programm in diese Wahl ziehen, Callaghan wollte den gemäßigten sozialdemokratischen Bürger ansprechen. Callaghan ver*lor die Wahl und* Benn wertete es als ein Signal dafür, daß sein Kurs der bessere sei. Er trat aus dem Schattenkabinett aus und begann die sozialistischen Kräfte an der Basis zu mobilisieren.

Heute weiß man, daß es ein fataler Irrtum war. Benn hatte die politischen Signale und die sozialen *Umschichtungen* der *siebziger* Jahre falsch gelesen. Denn eine Untersuchung des britischen Wahl-Wissenschaftlers Ivor Crewe hat eindeutig nachgewiesen, daß Labour seinen größten Einbruch bei dieser Wahl nicht beim gemäßigten *sozialdemokratischen Mittelklasse*-Wähler, sondern in der arbeitenden Bevölkerung erlitt.

Labour hatte seine Basis verloren. Nach Ivor Crewe ist die Zahl der ungelernten Arbeiter zwischen 1964 und 1979 in Großbritannien von *63 auf 56 Prozent zurückgegangen* und nur noch 40 Prozent von ihnen betrachten sich als der Arbeiterklasse zugehörig.

Benn dagegen interpretierte die Aktivitäten radikaler Minderheiten in seiner Partei falsch und vermu*tete Leben, wo sich in Wahrheit für* Labour politisches Odland ausbreitete. Er versuchte, die Partei in einem Vakuum anzusiedeln. Die gemäßigten Kräfte um David Owen und Roy Jenkins setzten sich daher ab und bildeten eine *eigene Partei; die Gewerkschaften* verloren die Orientierung, und die Führungsposition Foots wurde unterminiert.

Die politischen Erfolge dieses Feldzugs Benns sind bemerkenswert. Er brachte die Partei auf Anti-Nuklearkurs, legte sie auf einen *Rückzug aus der Europäischen* Gemeinschaft fest, nahm der Labourfraktion das Monopol, den Parteichef zu wählen und sicherte statt dessen der Parteibasis und den Gewerkschaften insgesamt 70 Prozent der Stimmen bei dieser Wahl, gab der Basis ein Mitspracherecht bei der Abfassung des Wahlmanifestes und machte die Auflösung des Oberhauses und ein umfangreiches Verstaatlichungsprogramm zur offiziellen Parteipolitik.

Politischer Bürgerschreck

Benn legte der Partei Kleider an, die lange nicht mehr dem britischen politischen Zeitgeschmack entsprechen. Er machte sich und seine Partei zum politischen Bürgerschreck, wobei gewiß Fleet Street entschieden nachgeholfen hat. Dennoch gibt es keinen Zweifel: Die Misere dieser Partei ist nicht so sehr das Werk Michael Foots, sondern Tony Benns. Er war es, der diese Partei beim Wähler unglaubwürdig gemacht hat.

Es trifft zu, daß Führungsschwächen Foots Benn den Weg erleichtert haben. Foot ist jedoch vorzuwerfen, daß er die Gefahren zwar sah, aber nicht resolut Stoppsignale setzte. Er sah die Aktivitäten der *Trotzkisten von* „Militant Tendency“, konnte sich nach langem Zögern dennoch nur entschließen, fünf Mitglieder dieser Gruppe aus der Partei auszuschließen. Er sagte vor einem Jahr, daß Peter Tatchell niemals als Labour-Kandidat für den *Wahlkreis Bermondsey aufgestellt* werde und zog schließlich dennoch für diesen von ihm nicht gewollten Mann, den er völlig richtig als Verlierer erkannt hatte, in den Wahlkampf.

Foots Tragödie ist es, daß er zu einem Zeitpunkt Führer einer un*führbar gewordenen Partei wurde*, in der es keinen Platz mehr gab für die Heiler, die Beschwichtiger und die Sucher nach Kompromissen. Es ist die Ära der Kämpfer, der Zyniker und Aktivisten. Die Partei mag deshalb Michael Foot in naher Zukunft als bequemen Sündenbock in die Wüste schicken – ihre Probleme werden bleiben, solange sie sich nicht dem wirklichen Urheber ihrer Krise stellt: dem Aktivisten, Kämpfer und Zyniker Tony Benn.

Die Idee vom Energievogt schreckte Schweizer ab

Volksabstimmungen / Fast überall Wahlrecht für Frauen

WALTER H. RUEB, **Bern**

Die Schweizer haben am Sonntag an den Wahlurnen einmal mehr ihrer Abneigung gegen staatlichen Dirigismus Ausdruck verliehen und Verantwortungsbewußtsein für die Gesamtheit des Staates bewiesen: *Sie lehnten die Einführung* eines Verfassungsartikels ab, mit dem der Regierung Vollmachten auf dem Energiesektor eingeräumt werden sollten, stimmten aber der *weiteren Erhebung der Treibstoffzölle* zu, obwohl die bisher erhobenen angesichts des weitgehend vollendeten eidgenössischen Autobahnnetzes in gleichem Ausmaß *nicht mehr benötigt werden*.

Das Ergebnis der Abstimmung ebnet einer Neuverteilung der Treibstoffzölle den Weg. Die Millionen kommen künftig dem kantonalen und kommunalen Straßenbau, der Verkehrsentflechtung in dicht besiedelten Gebieten sowie Umweltschutz-Maßnahmen entlang der Verkehrswege zugute. Dem öffentlichen Verkehr fließt aus dem Topf des Benzingeldes nicht *zusätzliches Geld zu*, dafür kommen rund 120 Millionen Mark in die leere Staatskasse.

Der Energie-Artikel wurde zwar von einer dünnen Mehrheit der Stimmberechtigten angenommen, vom sogenannten „Ständemehr“ jedoch zu Fall gebracht. Nach der Schweizer Verfassung muß bei einer Volksabstimmung über Verfassungsänderungen *nämlich* nicht nur die Mehrheit der Stimmberechtigten der ganzen Schweiz, sondern auch die Mehrheit der 26 Kantone beziehungsweise Stände der Vorlage zustimmen. Beim Energie-Artikel lag die Zahl der *Befürworter zwar um 23 464 Stimmen* über jener der Gegner, bei den Kantonen aber war das Verhältnis mit 15:11 umgekehrt.

Gegen neue Vorschriften

Die Ablehnung war knapp, doch überraschte sie kaum. Die Gegner hatten schon vorher darauf aufmerksam gemacht, daß ein „Energie-Artikel kein Quentchen mehr Energie, dafür einen Wust zusätzlicher Vorschriften“ bringen würde. Ein Blick auf den Wortlaut des Energie-Artikels ließ viele Schweizer Schlimmes befürchten. Da war die Rede von Grundsätzen und Vorschriften für sparsame und rationelle Energieverwendung sowie für den Verbrauch von Energie bei Anlagen, Fahrzeugen und Geräten. Das Schreckgespenst eines „Energie-Vogts“ und der Rationierung von Strom, Gas und Benzin beeinflußte schließlich die Entscheidung vieler Eidgenossen.

Im Kanton Graubünden schleiften die Stimmbürger am Sonntag schließlich eine der letzten Männer-Bastionen: Mit einem Stimmverhältnis von fast 2:1 hießen die Bürger des größten Schweizer Kantons eine Änderung der Kan*tonsverfassung* gut, die den Frauen künftig auch in den letzten 13 Bündner Gemeinden das Stimmrecht bei kommunalen Fragen einräumt.

Die Angst der Männer

Noch vor einer Woche hatten die Männer der kleinen Gemeinde Bivio am Fuße des Julierpasses unweit St. Moritz das Frauenstimmrecht auf kommunaler Ebene zum vierten Mal abgelehnt. Die Konsequenz der Abstimmung *von Sonntag*: Jetzt wird den 13 widerborstigen Gemeinden das Frauenstimmrecht durch die Kantonsverfassung aufgezwungen. Auf nationaler Ebene besitzen die Schweizerinnen das Stimmrecht seit 1971, auf kan*tonaler und kommunaler* Ebene verweigern jetzt nur noch die Halbkantone Appenzell-Innerrhoden und Appenzell-Ausserrhoden ihren Mitbürgerinnen das Stimmrecht.

In Appenzell und Herisau, den beiden Kantonshauptorten, wird bei der Landsgemeinde – dabei kommen die stimmberechtigten *Männer öffentlich* zusammen und beschließen auf dem größten Platz des Ortes durch *Handaufheben* in einer Ur-Form der Demokratie alle Geschäfte und Vorlagen – in diesem Frühjahr aller Voraussicht nach nicht über das Frauenstimm*recht abgestimmt*. Bei den letzten Abstimmungen lehnten jeweils zwei Drittel der Appenzeller *das* Frauenstimmrecht ab.

Viele Schweizer behaupten, daß die meisten Männer aus Angst vor Kritik und Hänseleien ihrer Geschlechtsgenossen den Frauen bei der öffentlichen Abstimmung das Stimmrecht verweigerten. „Laßt *die bisherigen Gegner geheim* abstimmen“, sagen gute Kenner der eidgenössischen Szene, „dann wird das Frauenstimmrecht auch in Appenzell eingeführt.“

Moskau erhob 1946 die Auslieferung der Balten zum Prinzip

R. GATERMANN, **Stockholm**

Die Auslieferung von 167 Balten Anfang 1946 an die Sowjetunion lastet weiterhin wie ein dunkler Schatten auf der moralischen Ver*gangenheit* Schwedens. *Jetzt*, 37 Jahre nach dem erschütternden Ereignis, wurden die Dokumente jener Wochen zur Einsicht freigegeben. Sie zeigen, wie fatal und *ohne jeglichen völkerrechtlichen* Zwang der Beschluß der damaligen Stockholmer Regierung war, mehrere tausend Flüchtlinge auszuliefern.

Im Fall der Balten war die Angelegenheit für die Sowjetunion zu einer Prinzipienfrage geworden; da half selbst die Bitte des schwedischen Königs *nichts* mehr. Dennoch stellt heute der 83jährige Lette Bruno Kalnins fest: „Die Auslieferung war unnötig. Was wäre geschehen, wenn die schwedische Regierung nein gesagt hätte? Die Sowjets hätten deshalb wohl keinen Krieg angefangen . . .“

Die Schweden hatten sich selbst in diese moralische Zwickmühle mit ihrem *Beschluß hineinmanövriert*, sämtliche nach der Kapitulation in ihr Land gekommenen Militärs auszuliefern. Neben knapp 3000 Deutschen waren es 167 Bal*ten, in erster Linie* Letten, die in deutscher Uniform nach Schweden geflohen waren. Teilweise hatten sie die deutsche Uniform freiwillig angezogen; zum überwiegenden Teil waren sie jedoch zwangsverpflichtet worden oder kamen aus Arbeiterbataillonen. Einige waren von der Roten Armee desertiert.

Als durch eine Provinzzeitung der Öffentlichkeit bekannt wurde, daß auch diese Balten den Sowjets übergeben werden sollten, löste dies *einen Sturm der Empörung* aus. Der Beschluß war noch von der Kriegsregierung, in der die meisten Parlamentsfraktionen vertreten waren, gefaßt worden, mußte nun aber von dem sozialdemokratischen Kabinett ausgeführt werden. *Die Hauptlast lag auf Au*ßenminister Östen Undén.

Zunächst hatten die Schweden noch ungeduldig bei den Sowjets angefragt, wann sie mit ihren *Schiffen kämen*, um die Flüchtlinge abzuholen. Damals war Moskau kaum interessiert. Als Undén dann später versuchte, die Sowjets zum Verzicht zu bewegen, erklärte ihr Unterhändler Tschernitschew: „Was sind schon 167 Balten für uns? *Nichts. Aber wie sich die* Sache jetzt entwickelt hat, ist sie für die Sowjetunion zu einer Prinzipienfrage geworden.“ Das Angebot Undéns, die Balten nach Amerika *oder Australien zu schicken*, wurde nicht ernstgenommen. Eine Zusage, die Flüchtlinge als Kriegsgefangene zu behandeln, wurde nicht gegeben. Die Anordnung der Regierung an die oberste Gesundheitsbehörde, die nun im Interniе*rungslager in den Hungerstreik ge*tretenen Balten krank zu schreiben, führte zu einem Protest Moskaus. Das Vorgehen wurde als Verzögerungstaktik angeprangert. Während die 2800 deutschen Flüchtlinge ohne größeres Aufse*hen in Trelleborg an Bord der so*wjetischen Schiffe gingen, rief in Stockholm König Gustav V. den Unterhändler Tschernitschew zu sich, um über ihn eine Botschaft an Stalin mit der Bitte um Auslieferungsverzicht zu übermitteln. Der *Unterhändler* erklärte dazu lakonisch, es werde in diesen Tagen schwer sein, Stalin anzutreffen.

Östen Undén schwieg zu diesen Ereignissen bis zu seinem Tode, obwohl er immer wieder heftiger Kritik ausgesetzt war. Er fühlte sich damals jedoch an den Regierungsbeschluß des Kriegskabinetts gebunden. Die Sache er*scheint heute allerdings in einem* anderen Licht, wenn richtig ist, was er damals zu Bruno Kalnins – übrigens der einzige noch lebende Gründer des selbständigen Lett*lands im Jahre 1918 – auf die Frage* antwortete, ob er an die Zusage einer *humanen* Behandlung glaube. Undén soll gesagt haben: „Sicher, die Sowjetunion ist doch ein Rechtsstaat.“

In Schweden wird jetzt versucht, das damalige Geschehen mit den damaligen chaotischen Umständen zu begründen und Undén von der Verantwortung für die Übergabe der Balten zu entlasten.

„Nicht wehrlos sein“

Bukowskij warnt den Westen vor sowjetischer Erpressung

SAD, **London**

Falls der Westen einseitig abrüstete, würde die Sowjetunion diesem Beispiel „*mit Sicherheit* nicht“ folgen. Diese Meinung äußert der aus der Sowjetunion ausgebürgerte Menschenrechtler Wladimir Bukowskij in einer Broschüre an die Adresse der europäischen „Friedensbewegung“. Für die Kreml-Führung würde *Abrüstung* den „rapiden Zerfall ihres Imperiums und einen allgemeinen Zusammenbruch ihrer Macht bedeuten“. Winston Churchill, Enkel des britischen Premierministers, schrieb das Vorwort.

Der zwölf Jahre in seiner Heimat inhaftierte und heute in Amerika lebende Bukowskij verneint die Frage, ob die Sowjets die abgerüsteten „wehrlosen Länder des Westens einfach überrollen“ würden. Er fügt hinzu: „Sie brauchen euer Territorium nicht, das sowieso schwer zu halten wäre.“ Doch würde der Westen durch einseitige Ab*rüstung seine Freiheit* verlieren und „ständiger und ungehemmter sowjetischer Erpressung ausgesetzt“ sein.

Am Beispiel Polens, Finnlands und Afghanistans schildert Bukowskij die Folgen: Jeder Streik zieht eine *Invasions-Drohung nach* sich, aus Furcht vor dem mächtigen Nachbarn erlegen sich die Massenmedien eine Selbstzensur auf, ein den Sowjets nicht geneh*mer Wahlausgang führt zur Beset*zung und Einsetzung eines Marionettenregimes. *Die* Problemstellung heute laute nicht Frieden oder Krieg, sondern Freiheit oder Sklaverei, betont Bukowskij und plädiert für einen „drastischen Wandel *des inneren Systems* in der Sowjetunion“.

Rabat und Algier wollen Neuordnung im Maghreb

Washington schuf die nötigen Voraussetzungen dazu

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Algerien hat keine Streitpunkte mit Marokko, da das Problem der Entkolonialisierung der Westsahara unsere Brüder in dieser Zone selbst und Marokko betrifft." Mit diesem Kommuniqué, das am Sonntag in Algier veröffentlicht wurde, gibt die algerische Regierung das überraschende Treffen zwischen König Hassan II. von Marokko und dem Präsidenten der sozialistischen Republik Algerien, Chadli Benjedid, bekannt. Beide Staatsmänner nahmen am Sonnabend an der algerisch-marokkanischen Grenze Gespräche über die Neuordnung des Maghrebs auf.

Nach dem algerischen Kommuniqué haben beide Länder ihre bisher gegeneinander gerichteten Positionen in der Frage der Westsahara, wenn nicht ad acta, so doch an den Rand der Aktualität geschoben. Gewissermaßen zur späteren Erledigung. Den beiden „Brüdern" Marokko und Algerien geht es jetzt um die Stabilisierung im Maghreb. Sie werden, so nimmt man in Rabat und Algier an, in Kürze auch Präsident Bourguiba von Tunesien hinzuziehen. Gemeinsam wollen die drei Länder ihre Position gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stärken. Das wird wichtig, wenn Spanien und Portugal der Gemeinschaft beitreten und damit den Absatz der maghrebinischen Landwirtschaft in Europa gefährden können.

Die marokkanisch-algerische Krise begann, als vor zwanzig Jahren Grenzstreitigkeiten im Erzgebiet von Tinduf zu militärischen Interventionen von beiden Seiten führten. Sie verstärkten sich, als die sozialistischen Länder Nordafrikas, Algerien und Libyen, die Rebellentruppen der Polisario-Front in ihrem Kampf um die ehemals spanische Westsahara gegen Marokko unterstützten. Marokko hatte 1975 mit dem spektakulären „grünen Marsch" den Nordteil der früheren spanischen Kolonie besetzt, als Spanien seinen Rückzug aus dieser Zone bekanntgab. Mit dem Marsch wollte König Hassan einem Machtvakuum zuvorkommen, das die sozialistischen Länder des Maghreb – und hinter ihnen die Sowjetunion – mit Hilfe der Polisario-Front für sich auszunutzen hofften.

Der König handelte in der klaren Erkenntnis, daß die Westsahara, ein Gebiet so groß wie die Bundesrepublik, nicht von 90 000 Nomaden selbständig beherrscht werden kann, zumal dann nicht, wenn dieses Wüstengebiet an der westafrikanischen Küste Teil einer strategisch wichtigen Zone in der zweigeteilten Welt bildet. Außerdem liegt im nunmehr von Marokko besetzten Nordteil der Hafen El Aioun und das größte Phosphatvorkommen der Welt: Bu-Kraa, heute Marokkos einzige Waffe im Kampf um die wirtschaftliche Verbesserung des Landes.

Erst nach jahrelangen und recht wechselvollen Wüstenkämpfen gelang König Hassan die Sicherung der Westsahara, vor allem entlang der bewohnten Küstengebiete. Er zog einen Erdwall von 600 Kilometer Länge, der jedoch erst dann militärisch wirksam wurde, als der amerikanische Präsident Reagan die Aufsichtsposten auf diesem Wall durch modernste Radarstationen ersetzte und die marokkanische Armee mit neuen Panzerformationen ausrüstete.

So abgesichert entwickelte sich zwischen den ältesten der Saharastämme, der marokkanisch besetzten Zone und dem Alouiten-Herrscher, ein pragmatisches Verhältnis, das es Hassan erlaubte, der Vereinigung der afrikanischen Staaten (OAU) das von der UNO verlangte Referendum in der ehemaligen Kolonie zu versprechen. In diesem Referendum sollen die Bewohner der Sahara im Norden darüber abstimmen, ob sie zu Marokko gehören wollen oder nicht. Die Selbständigkeit als Alternative steht dabei nicht zur Debatte.

Bei dem afrikanischen Treffen in Nairobi konnte Hassan im übrigen nachweisen, daß die von der Sowjetunion und von der „DDR" ausgebildeten politischen und militärischen Führer der Polisario meistens keine Bewohner der ehemals spanischen Sahara sind. Die zunächst auch von der spanischen sozialistischen Partei (damals in der Opposition) unterstützte Polisario-Front proklamierte schließlich mit Algeriens Hilfe einen eigenen sozialistischen Araberstaat mit dem Sitz einer Exilregierung in Algerien. Das führte schließlich dazu, daß Rabat 1976 die diplomatischen Beziehungen zu Algerien abbrach.

Für die jetzige Entspannung hat König Hassan mit amerikanischer Hilfe die nötigen Voraussetzungen auf militärischem, politischem und diplomatischem Gebiet schaffen können: Die militärische Vormachtstellung der Westsahara und darauf basierend das politische Einverständnis mit der Nomadenbevölkerung – das Bündnis mit den Vereinigten Staaten, die andererseits die Algerier im Bemühen um ihre wirtschaftliche Entwicklung tatkräftig unterstützen. Die USA erstellten den Algeriern die für sie lebensnotwendigen Anlagen zur Verflüssigung ihres Erdgases und halfen mit Know-how.

Seite 2: Nordwest-Befriedung (SAD)

Die Abhängigkeit der PLO von Moskau ist für König Hussein eine schwere Hypothek

Utopie und Wirklichkeit der Nahost-Pläne / Der Abzug der Besatzungstruppen aus dem Libanon als Vorbedingung

Von JÜRGEN LIMINSKI

Bis zum heutigen Dienstag sollte der jordanische König Hussein über eine Beteiligung an Friedensverhandlungen mit Israel unter amerikanischer Schirmherrschaft sein Jawort geben. Aber er zögert. Seine Majestät läßt das Datum vorerst vergessen und verstreichen.

Husseins Lage ist schwierig. Der Kongreß des Palästinensischen Nationalrats in Algier hat zwar kein Veto gegen eine Fürsprecherrolle des Königs eingelegt. Aber sie hat ihm auch kein Mandat dafür erteilt und sich zudem offen für den Breschnew-Plan ausgesprochen. Augenzeugen berichten, daß allein die Nennung des Namens Sowjetunion fast jedesmal großen Applaus hervorrief. Auch die strategische Zusammenarbeit mit Syrien, einem wichtigen Pfeiler der sowjetischen Nahost-Politik, ist wieder ein Hauptanliegen der PLO, und die Ablehnungsfront ist trotz mancher Kritik an Libyens Revolutionsführer Khadhafi insgesamt gestärkt aus den Debatten hervorgegangen. Das bedeutet unter dem Strich: Die PLO ist politisch mehr denn je von Moskau abhängig. Militärisch war sie es schon lange.

Vor diesem Hintergrund ist die PLO weder für Washington noch für Amman ein geeigneter Partner, von Jerusalem ganz zu schweigen. Der jordanische König weiß, daß der Haupterfolg des Arafat-Flügels in der PLO darin bestand, das Auseinanderbrechen der PLO verhindert zu haben. Nichts belegt diese Gefahr mehr, als die beeindruckende Dichterlesung des Mahmud Derwisch. Vor den 800 gebannt lauschenden und bewegten Kongreßteilnehmern mußte er immer wieder das Schlüsselwort wiederholen: „Wahda, wahda, wahda – Einheit, Einheit, Einheit."

Diese Einheit blieb formell erhalten, zum Preis der offeneren Hinwendung an die Anlehnungsmacht Moskau. Das ist für Hussein eine schwere Hypothek. Sie belastet seine mögliche Zustimmung zum Reagan-Plan, der auch zum Ziel hat, die Sowjets aus der Region herauszuhalten.

Hussein steht nun unter einem doppelten Druck: Einerseits die PLO, andererseits die zunehmende Zahl israelischer Siedler in den biblischen Gebieten von Judäa und Samaria. Verhandelt er nur für „seine" Palästinenser in diesen Gebieten, so geht der Prozeß von Camp David weiter und mündet möglicherweise in Teile des Reagan-Plans. Verharrt Hussein in seiner Habachtstellung so werden alle bestehenden Nahost-Pläne wieder miteinander verglichen und diskutiert werden.

Die Diskussion über die Pläne ist weitgehend abstrakt. Sie hat streckenweise den Charakter des Unwirklichen. Der Grund dafür ist einfach. Der Gegenstand der Diskussion – die verschiedenen Nahostpläne – verliert sich zusehends, vergleichbar den „Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge" von Rilke in Detailbeobachtungen von Experten und Bedingungssätzen, die den Zusammenhang mit der Wirklichkeit nur noch erahnen lassen. Sie gleichen teils Propagandathesen für den innerarabischen Gedankenaustausch, teils einem Diktat. Denn von den interessierten Seiten ist die Zustimmung einseitig, schwach oder gar nicht vorhanden.

Israel kann keinem der vier Pläne zustimmen. Sie sehen alle, trotz der Unterschiede in manchen Details, den Rückzug zu den Grenzen vor, die zwischen dem Waffenstillstand von Rhodos (Januar 1949) und dem Juni-Krieg von 1967 bestanden. Diese Grenzen, in einem Verteidigungskrieg auf Spitz und Knopf gehalten und dann verschoben, sind heute nicht mehr zu verteidigen. Das ist eine Erkenntnis, die zum gemeinsamen Nenner der pluralistischen, parlamentarischen Demokratie Israel gehört. Sie ist Bestandteil des nationalen Konsens.

Die israelische Regierung wird, sie kann an ihrer Haltung in der Sache kaum etwas ändern. Sie ist dennoch nicht untätig. Während die Welt über die Real-Utopien der vier Pläne und der PLO diskutiert, schafft Israel Fakten: in Südlibanon durch die Ausdehnung der Pufferzone des Majors Haddad, im Osten durch neue Siedlungen. Das ist der Begin/Sharon/Shamir-Plan. Er ist der einzige, der zur Zeit im Vorderen Orient verwirklicht wird.

Er setzt nicht nur Hussein, sondern auch die Regierung Reagan unter Druck. Diese scheint in Libanon indes Fortschritte gemacht zu haben. Die israelisch-libanesischen Verhandlungen stehen kurz vor einem Abschluß, der die Amerikaner nicht mehr als Beobachter und Vermittler, sondern als teilnehmenden Partner sieht. Aus gutem Grund: Der Abzug aller ausländischen Truppen aus Libanon ist sowohl für Reagan als auch für Hussein eine Vorbedingung für eine friedliche Regelung der Nahost-Probleme, sprich der Verhandlung über den und aufgrund des Reagan-Plans.

Die Europäer halten sich in diesem Planspiel seit einiger Zeit auffallend zurück. Die Erklärung von Venedig, die kein Friedensplan, sondern nur eine politische Standortbeschreibung der Europäischen Gemeinschaft war, ist für die EG-Außenminister nach wie vor bestimmend. Sie deckt sich im übrigen weitgehend mit dem Reagan-Plan und dürfte in diesem Sinn auch von der Ministerrunde, die heute in Bonn tagt, als Ergänzung zu den amerikanischen Vorstellungen in Erinnerung gebracht werden.

	Franz.-ägypt. Plan vom 29. 7. 82	Reagan-Plan vom 2. 9. 82	Fes-Plan vom 8. 9. 82	Breschnew-Plan vom 15. 9. 82 (Übernommen durch Prager Erkl. 5. 1. 83)
Anerkennung Israels	Gleichzeitige und gegenseitige Anerkennung Israels und der Palästinenser	Anerkennung Israels durch Palästinenser ist Voraussetzung für Friedensregelung	Ambivalente Formel: „Recht aller Staaten der Region, in Frieden zu leben"	Anerkennung Israels und Respektierung der gegenseitigen Souveränität zwischen Israel und arabischen Staaten
Westjordanland (Judäa und Samaria) und Gaza-Streifen	Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten	Israel darf diese Gebiete weder annektieren noch eine ständige Kontrolle über sie ausüben	Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten, einschl. die „arabische Stadt Al Quods" (Jerusalem)	Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten. Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates
Siedlungen	–	Keine weiteren Siedlungen im Zeitraum von fünf Jahren	Auflösung aller seit 1967 von Israel errichteten Siedlungen	–
Status der Palästinenser	Recht der Palästinenser auf „nationale Existenz"	Autonomie im Rahmen einer kulturellen und wirtschaftlichen Verbindung mit Jordanien; „eine Art Heimatland" (23. 2. 83)	Unabhängiger Palästinenser-Staat mit Jerusalem als Hauptstadt. PLO einzige legitime Vertreterin	Unabhängiger Palästinenser-Staat; nennt aber PLO nicht ausdrücklich
Status Jerusalems	–	Jerusalem bleibt „vereint", aber die arabischen Viertel werden dem Westjordanland „zugeordnet"	Arabische Stadt, Hauptstadt eines arabischen Palästina	Rückgabe Ostjerusalems an Araber und freier Zugang zu den Heiligen Stätten in ganz Jerusalem
Sicherheitsgarantien	Nordgrenze Israels: Multinationale Streitkräfte für befristete Zeit	(Nachträglich in Rede vom 22. 2. 83) Nordgrenze Israels: „Mit allen notwendigen Mitteln" – auch US-Marines nach Abzug Israels aus Libanon; Gaza und Westjordanland: zeitlich befristete israelische Kontrolle	Übergangsperiode im Westufer und Gaza: UN-Truppen. Danach UN-Sicherheitsrat (d. h. Mitsprache Moskaus)	Überwachung des Nicht-Kriegs durch ständige Miglieder des Sicherheitsrats (d. h. Mitsprache-recht Moskaus)

Libyen schürt Opposition gegen Bourgiba

DW. Tunis

Mit Waffenlieferungen an Kräfte der militanten tunesischen Opposition versucht Libyen, das Regime des tunesischen Präsidenten Habib Bourgiba zu erschüttern.

Von gut informierter Seite in der tunesischen Hauptstadt wurde jetzt bekannt, daß C-130-Transportmaschinen der libyschen Luftwaffe in der Nacht vom 8. zum 9. Februar große Mengen Waffen und Munition, darunter Raketen, automatische Gewehre und Minen, über einen Stützpunkt der tunesischen Revolutionären Volksfront (FDR) an der Grenze zu Libyen abgeworfen haben.

Bereits im Januar hatten libysche Einheiten während eines Manövers die Grenze zum Nachbarstaat überschritten. Obgleich die Regierung in Tripolis sich für diesen Zwischenfall entschuldigte, sind tunesische Offiziere davon überzeugt, daß damit die Reaktionsbereitschaft der tunesischen Streitkräfte getestet werden sollte.

Die Waffenlieferung Libyens an die FDR sind Teil des Versuchs des Regimes Khadhafis, die gemäßigten pro-westlichen Regierungen in Tunesien, Sudan und Mauretanien durch die Unterstützung radikaler Oppositionskräfte, unter anderem in der Armee, zu stürzen.

Iran: Amnestie für 8000 Häftlinge

AFP/DW. Paris/Bonn

Mehr als 8000 Häftlinge sind in Iran aufgrund der jüngsten Amnestie des Revolutionsführers Khomeini freigelassen worden, meldete Radio Teheran gestern. Unter den Freigelassenen sind dem Rundfunk zufolge 434 Männer und 22 Frauen, die von islamischen Revolutionsgerichten verurteilt wurden, sowie 5434 Männer und 332 Frauen, die von normalen Gerichten abgeurteilt wurden.

Aus den drei Umerziehungslagern in Chourabad bei Teheran, im westiranischen Bahar und in Neichabur im Osten Irans wurden zusätzlich 1635 Häftlinge aufgrund der Amnestie auf freien Fuß gesetzt.

Wie iranische Oppositionelle in Paris mitteilten, haben die Arbeiter der Renault-Fabrk in der Nähe von Teheran vor zwei Wochen einen Streik begonnen. Sie wollten höhere Löhne, eine Reduzierung der Arbeitszeit und bessere Sicherheitsvorkehrungen an ihren Arbeitsplätzen durchsetzen. An dem Ausstand, der zur Produktionseinstellung geführt habe, hätten sich 3000 Arbeiter beteiligt.

SPORT-NACHRICHTEN

Handball: Zuerst Kiew

Basel (sid) – Bayer Leverkusen, Deutscher Handballmeister der Damen, muß im Halbfinale des Europapokals zuerst bei Spartak Kiew (26. oder 27. März) antreten. Das Rückspiel findet eine Woche später in Leverkusen statt.

Tibor Klampar begnadigt

Budapest (sid) – Vier Tage nach dem 0:5 im Tischtennis-Europacup gegen PSV Düsseldorf hat Spartacus Budapest die Sperre für den Ex-Weltmeister Tibor Klampar aufgehoben. Wegen Schlägereien mit Schiedsrichtern und Journalisten wurde der Ungar zwei Jahre gesperrt.

Bestechung vorgeworfen

Florenz (sid) – Der Film-Regisseur Franco Zeffirelli hat dem italienischen Fußball-Rekordmeister Juventus Turin vorgeworfen, „die Hälfte seiner 20 Meistertitel" durch Bestechung von Schiedsrichtern erschlichen zu haben. Mit Film-Material will der Regisseur seine Behauptung beweisen.

Coghlan lief Weltrekord

East Rutherford (dpa) – Der Ire Eamon Coghlan hat in East Rutherford (USA) den Hallen-Weltrekord über eine Meile auf 3:49,78 Minuten verbessert. Er ist damit der erste Läufer, der unter der 3:50-Minuten-Grenze blieb.

Judo: 4:3 über Japan

Berlin (sid) – Die deutsche Judo-Nationalmannschaft besiegte in Berlin eine japanische Universitäts-Auswahl überraschend mit 4:3. In Reutlingen am Tag zuvor endete der Vergleich 4:4.

Günter Lohre verbessert

Nördlingen (dpa) – Der 16malige deutsche Stabhochsprungmeister Günter Lohre hat in Nördlingen den deutschen Hallenrekord auf 5,62 m verbessert.

Bunge besiegte Hanika

Oakland (dpa) – Die für Cuxhaven spielende Bettina Bunge gewann das erste deutsche Tennis-Finale eines Grand-Prix-Turniers in Oakland (USA) gegen Sylvia Hanika 6:3, 6:3 und erhielt dafür eine Siegprämie von umgerechnet rund 72 000 Mark. Die Münchnerin bekam die Hälfte.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Oakland/Kalifornien, Damen-Einzel, Endspiel: Bunge – Hanika (beide Deutschland) 6:3, 6:3. – **Doppel-Endspiel:** Kohde/Pfaff (Deutschland) – Turnbull/Casals (Australien/USA) 6:4, 4:6, 6:4.

EISHOCKEY

Bundesliga, Plazierungsrunde: Düsseldorf – Schwenningen 6:4, Rießersee – Kaufbeuren 1:3.

BOB

Viererbob-Weltmeisterschaft in Lake Placid (Endstand nach vier Läufen): 1. Schweiz II (Pilot Fasser), 2. Deutschland I (Kopp, Öchsle, Neuburger, Schumacher), 3. „DDR" I (Richter), 4. „DDR" II (Hopp).

BASKETBALL

Endrunde Deutsche Meisterschaft Damen, 4. Spieltag: Agon Düsseldorf – SG München 85:42, Leimen – Köln 44:53. – 1. Düsseldorf 371:204/8:0, 2. München 268:299/4:4, 3. Köln 228:28¼:4.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 14, 24, 27, 29, 30, 31, Zusatzspiel: 22. (Ohne Gewähr).

STANDPUNKT / *Nur Hoffnung*

Der Kriminalkommissar Klaus Kopp aus Unterhaching ist in Lake Placid Vize-Weltmeister im Vierer-Bob geworden, völlig überraschend. Haben die einst so erfolgreichen deutschen Bobfahrer damit die Talsohle durchschritten? Wolfgang Zimmerer, 1972 in Sapporo Olympiasieger und nun Bundestrainer, bleibt trotz des Erfolges auf der schwer zu fahrenden Kunsteisrinne von Lake Placid Realist. Zur Weltspitze zähle der neue Vize-Weltmeister noch nicht, dafür „fehlt die konstante Leistung und Erfahrung" (Zimmerer).

Aber die Silbermedaille des Klaus Kopp ist für einen Verband, der zwischen weinerlicher Rückschau und kaum noch begründbarem Ehrgeiz ziellos hin- und herpendelte, so wichtig wie kaum ein anderer Erfolg zuvor.

Sicher, in Lake Placid waren die „DDR"-Stars Lehmann, Germeshausen und Schönau nicht am Start und die beiden Schweizer Schärer und Giobellina fehlten im Vierer-Wettbewerb diesmal auch. Und das ist durchaus in Rechnung zu stellen: Im Hinblick auf die Olympischen Winterspiele im nächsten Jahr in Sarajewo verspricht Kopps Silbermedaille nichts. Sie läßt allenfalls hoffen.

Es ist die Hoffnung, daß im Verband nun ruhig und besonnen gearbeitet werden kann, auch – und vor allem – über den Zeitpunkt Sarajewo hinaus. K. Bl.

RADSPORT / Klaus-Peter Thaler hört auf

Als Bundestrainer mit Doppelmoral aufräumen

KLAUS BLUME, Gevelsberg

Menschen zu helfen sei ihm ein Anliegen. So hat er den Reinerlös seines Abschiedsrennens behinderten Kindern gestiftet. Daheim in Gevelsberg. Mit Menschen umzugehen, fast als seien es Schachfiguren – das wäre ihm ein Heidenspaß. Ein Team von Radprofis zu leiten: hier ein ordentlicher Etat, dort die Möglichkeit, dafür Fahrer einzukaufen, um sie dann nach Gusto einzusetzen. Klaus-Peter Thaler bekommt leuchtende Augen, wenn er davon spricht. Ein Widerspruch?

Als der Schwenninger Buchdrucker Rolf Haller Berufsradrennfahrer werden wollte, mußte Thaler dessen Eltern von der Seriosität der Branche überzeugen. Wenn der Herr Thaler, dieser feine, ruhige Mensch, damit sein Geld verdiene, müsse es schon seine Richtigkeit haben, meinte Mutter Haller. Als der Sohn 1980 zur ersten Tour de France ausrückte, fragte er sich an einem langen Etappenabend: „Kommt man wirklich unbeschadet aus diesem Milieu wieder heraus?" Ein Satz, den Thaler nicht so stehen lassen will. Da habe der junge Mann wohl die Worte falsch gewählt.

Als der französische Tour-Sieger Bernard Thevenet auf seine alten Tage mit Thaler in einem Team Seite an Seite fuhr, rühmte er dessen Sinn für Taktik. Wie kaum ein anderer habe dieser Deutsche eine Nase für das Machbare. 1978, bei der Tour, hielt Thaler seine Nase allzu ungeschützt in den Wind und schnappte seinem holländischen Kapitän Gerrie Knetemann das Gelbe Trikot des Führenden weg. Das Jahr drauf durfte sich Thaler die Tour via Television ansehen ...

Das alles sind nun Histörchen, denn Klaus-Peter Thaler, mittlerweile 34 Jahre alt, wird nur noch zum Privatvergnügen aufs Fahrrad steigen. Am Samstag zelebrierte er vor 10 000 Zuschauern in Gevelsberg sein Abschiedsrennen (Sieger: Thaler). Ab 1. April will er als Bundestrainer die lasch radelnden Amateure auf Trab bringen.

Thaler, der Pädagoge, der Ex-Profi, der frühere Querfeldein-Weltmeister, der Spurt-Spezialist der Tour de France, der Untadelige: keine Skandale, keine Affären. Oder doch? 1976, bei den Olympischen Spielen in Montreal, spurtete Thaler von einer Straßenseite auf die andere und wurde Zweiter. Doch die Jury disqualifizierte ihn deshalb und die Boulevardblätter klagten, man habe der Nation Silber gestohlen. Es hat damals in der Tat keinerlei Behinderung gegeben und so ließ der Profi Klaus-Peter Thaler die große Enttäuschung jahrein jahraus marktgerecht nachwirken ...

Sinn für das Machbare hat ihm Thevenet bescheinigt. Der Mann, der seinen eigenen Abschied zelebrierte und sich dafür die Weltelite ins Haus lud, wird nun Bundestrainer. Weil er auf die Branche, die er vertrat, nichts kommen ließ, wird er sie auch in Zukunft in Ehren halten. Das höchste Ziel eines Radrennfahrers sei es nun einmal, Profi zu werden. Warum das hierzulande nicht so ist? „Wenn einer äußert, Profi zu werden, läuft er Gefahr, nicht mehr zu den Geförderten zu gehören." Thaler will einen Sinneswandel verursachen, nicht peu à peu, sondern ab 1. April. Der Bundestrainer als Zulieferant für Profi-Rennställe? Er könne dann ja auch Jobs vermitteln, die Verbindungen und die Erfahrungen habe er schließlich.



Nur noch zum Spaß aufs Fahrrad: Klaus-Peter Thaler FOTO: HORSTMÜLLER

Das ist die Konsequenz eines Konsequenten, der mit der Doppelmoral im Radsport aufräumen möchte. Denn wer als Spitzenfahrer Amateur bleibt, bleibt es oft nur, weil er damit besser fährt – vor allem finanziell: Förderung durch den Verein, Förderung durch die Sporthilfe, Spesen und Gagen bei den Rennen unter dem Tisch gezahlt, und das alles steuerfrei. Profis sind da ehrlicher.

Bequem hat es sich Thaler noch nie gemacht.

NATIONALELF / Interview mit Jupp Derwall

Bei Niederlage in Tirana Gedanken an Rücktritt

BERND WEBER, Bonn

Thema Nationalmannschaft und kein Ende. In einem Interview mit der WELT hat Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall erstmals die Möglichkeit seines Rücktritts angedeutet, falls das EM-Qualifikationsspiel am 30. März in Tirana gegen Albanien nicht gewonnen werde.

WELT: Ihr Flug am Wochenende nach Barcelona hat viele überrascht. Hat sich die Reise denn gelohnt?

Derwall: Mit Sicherheit. Zum einen weiß ich jetzt, daß Bernd Schuster wieder hundertprozentig fit ist. Zum anderen habe ich aus nächster Nähe erfahren, daß, trotz aller öffentlichen Prügel, die ich abbekommen habe, andere Trainer noch übler dran sind als ich.

WELT: Sie meinen damit Udo Lattek?

Derwall: Ja. Am Tag vor dem Spiel gegen Santander haben ihm irgendwelche Verrückte das Auto demoliert. Nach der Heimniederlage gegen den Tabellenletzten war die erste Frage eines Journalisten: Wann, Herr Lattek, verschwinden Sie endlich wieder nach Deutschland? Das tut weh.

WELT: Bleiben wir bei der Nationalmannschaft. Wie groß sind die Chancen, daß Bernd Schuster und Uli Stielike am 30. März in Albanien dabei sind?

Derwall: Beim Bernd sehe ich keine allzu großen Schwierigkeiten. Ich bin allerdings sehr optimistisch, auch den Uli bei Real Madrid freibekommen zu können.

WELT: Und was ist mit Felix Magath?

Derwall: Dazu will und kann ich jetzt nichts sagen. Ich möchte nur eines herausstellen, man kann jetzt nicht herkommen und einfach fordern – so Felix, du sollst jetzt unser Spielmacher sein. – So geht das doch gar nicht. Eine solche Rolle muß man sich erobern. Wie Günter Netzer 1972 bei der Europameisterschaft, als er Wolfgang Overath aus der Mannschaft geboxt hat. Wie der Wolfgang 1974 bei der WM, als er seinen Freund Günter weggedrängt hat.

WELT: Franz Beckenbauer will mehr Blockbildung im Nationalteam.

Derwall: Das würde ich auch lieber wollen. Aber ich kann doch nicht einfach den HSV und Bayern München mischen und fertig ist die Lauge. Die Zeiten haben sich geändert. Früher gab es bei Mönchengladbach Netzer und seine Vasallen, und die Bayern mit der Achse Beckenbauer, Meier, Müller. Da konnte man Breitner, Uli Hoeneß und Schwarzenbeck gut einbauen. Das paßte, obwohl es für die drei zuletzt Genannten sicherlich auch noch spielstärkere Leute in der Bundesliga gegeben hätte. Was ist denn heute um Rummenigge herum? Breitner, der nicht mehr bei uns will. Dremmler, der bei uns spielt. Und dann?

WELT: Beim HSV sieht es vielleicht besser aus.

Derwall: Dort will Hrubesch nicht mehr, und um Magath bemühe ich mich ja. Hieronymus gehört zum Kreis ebenso wie Milewski und Kaltz. Ich gebe zu, daß man sich über Jürgen Groh unterhalten kann, wenn Felix sich zu einem Comeback entschließt.

WELT: Apropos Kaltz, wollen Sie den Hamburger nach seiner geradezu unverschämten Leistung gegen Portugal überhaupt noch mal aufstellen?



Hält derzeit nicht viel von der Blockbildung: Jupp Derwall FOTO: HARTUNG

Derwall: Ich weiß doch im Moment überhaupt nicht, was mir gegen Albanien zur Verfügung stehen wird. Da werde ich doch nicht so blöd sein und Manfred Kaltz jetzt schon abschreiben. Außerdem, ich habe ein paar andere genau so schwach gesehen wie ihn.

WELT: Albanien ist aller Voraussicht nach ein Schlüsselspiel für Sie persönlich. Geht es verloren, haben Sie wohl nur noch wenig Chancen, im Amt zu bleiben ...

Derwall: Ich bin ganz sicher, daß wir in Tirana gewinnen werden. Sollten wir aber verlieren, dann wüßte ich auch nicht mehr weiter. Dann bräuchten wir wohl auch nicht mehr miteinander zu reden ...

FUSSBALL

Breitner wieder fit

sid, Düsseldorf

Morgen beginnt im deutschen Fußball die Aktion „Wiedergutmachung am Fan". In den Viertelfinal-Hinspielen des Europapokal will das Bundesliga-Trio die Schatten der „schwarzen Nacht von Lissabon" möglichst rasch vertreiben.

Der Einsatz und damit der Anreiz ist hoch, denn für Meister Hamburger SV, Pokalsieger Bayern München und den 1. FC Kaiserslautern im UEFA-Pokal geht es im „Millionenspiel Europapokal" um überaus wichtige Zusatz-Einnahmen. Dynamo Kiew, FC Aberdeen und Universitatea Craiova sind zwar sportlich schwere, aber wirtschaftlich wenig attraktive Gegner. Auch deswegen ist ein Weiterkommen erste Bundesliga-Pflicht.

Ohne weitere Europacup-Spiele kann der HSV die finanziellen Engpässe, die durch den bislang schwachen Bundesliga-Besuch im Etat entstanden sind, nicht überwinden.

Nur bei guten Europacup-Kulissen hat München am Ende der Saison genug Geld, um den Dänen Sören Lerby von Ajax Amsterdam als Nachfolger für Paul Breitner an die Isar zu holen. Breitner hat seine Verletzung (Sehnenquetschung) überwunden und wird gegen Aberdeen voll spielen.

Hamburgs Manager Günther Netzer: „Es ist gut, daß wir in Tiflis zuerst auswärts antreten. Da können wir einen eventuellen Betriebsunfall zu Hause noch reparieren." Ab 15.55 Uhr wird das ZDF das Spiel live übertragen.

München und Kaiserslautern treten im Gegensatz zum Meister zuerst vor eigenem Publikum an und müssen sich am Mittwoch für die Rückspiele am 16. März in Aberdeen und Craiova ein ausreichendes Polster verschaffen. „Wir müssen wenigstens zwei oder drei Tore vorlegen, wenn wir gegen die Schotten bestehen wollen. Ich habe Aberdeen letztes Jahr im Fernsehen gegen den HSV gesehen und war echt beeindruckt", urteilt Karl-Heinz Rummenigge.

*

Im deutschen Fußball geht es heute schon weiter. In der Bundesliga werden die Spiele Mönchengladbach – Bremen und Bochum – Leverkusen (beide 20.00) nachgeholt. Im DFB-Pokal kommt es zu den Begegnungen: 1. FC Köln – Schalke 04 (20.00) und VfB Stuttgart – Hertha BSC Berlin (19.30).

Mit Trauer geben wir bekannt, daß unsere Mitarbeiterin Frau

Sabine Haubold

geboren am 21. 5. 1959

am 23. 2. 1983 verstorben ist.

Frau Haubold war uns eine bewährte und einsatzbereite Mitarbeiterin, deren Andenken wir in Ehren halten werden.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der **Hamburger Sparkasse**

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 3. 3. 1983, um 15.00 Uhr auf dem Friedhof Öjendorf, Kapelle 2, statt.

Gott ist viel mehr Liebe und Barmherzigkeit als Gerechtigkeit.

Mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater

Prof. Dr. med. Karl Englmann

* 16. Januar 1900 † 25. Februar 1983

ist wohl versehen mit den Tröstungen unserer hl. Kirche zu Gott heimgekehrt.

In Liebe und Dankbarkeit
Meike Englmann geb. Kreutzer
Dr. med. Lothar Schwarzenburg und Frau Elisabeth geb. Englmann
Gerhard Weichert und Frau Anne geb. Englmann
Heinz-Jürgen Hohendorf und Frau Gisela geb. Englmann
und neun Enkelkinder

2000 Hamburg 52, Klein Flottbeker Weg 79
Federal Way, WA/USA
Augsburg

Requiem am Freitag, dem 4. März 1983, um 10.00 Uhr in der St.-Paulus-Augustinus-Kirche, Groß-Flottbek, Ebertallee 11.

Beerdigung am gleichen Tage um 12.00 Uhr von der Kapelle 13 des Friedhofes Hamburg-Ohlsdorf.

Statt Blumen und Kränze erbitten wir im Sinne unseres Verstorbenen eine Spende für das neue Gemeindehaus der St.-Paulus-Augustinus-Gemeinde. Konto 1043/248 978 bei der Hamburger Sparkasse, kath. Kirchengemeinde St.-Paulus-Augustinus (BLZ 200 505 50), Stichwort Prof. Dr. Karl Englmann.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffler (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klära Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich H. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm, Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel, Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz, Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

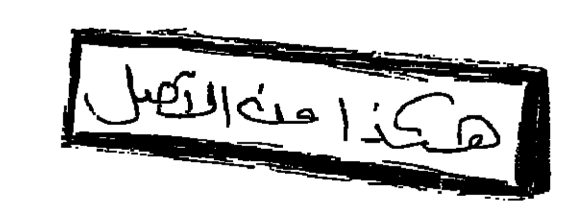
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Radikal falsche Rezepte

Dr. Vogel wird gern als Repräsentant der heutigen Oppositions-SPD bezeichnet. Daß das logisch ist, sollen die folgenden Überlegungen zeigen.

Als meisterhafter Opportunist hat Vogel seine Münchner Kapitulation vor den Jusos und seine Berliner Handlungsunfähigkeit gegenüber den Alternativen in der Weise verkraftet, daß er sich deren Ideologien weitgehend zu eigen machte. Er, der bis dahin meist als „Rechter" galt, bezeichnete sich schon 1972 in seinen Münchner Erinnerungen als „in der Sache Linken" in der SPD.

In dieser Richtung liegen auch seine effektiven Nahziele: keine Investitions- und Wachstumsanregungen an die Industrie und den privaten Wohnungsbau, staatliche Plan- statt sozialer Marktwirtschaft, übermäßige Leistungsbesteuerung, Ausstieg aus Elektronik, Medientechnik, Kernenergie und damit auf weite Sicht aus der internationalen Industriegesellschaft, maßlose Weiterverschuldung bis zum Staatsbankrott, Ausstieg aus dem atlantischen Verteidigungsbündnis, Isolierung von den Westmächten, totale Abhängigkeit von der Sowjetunion. Statt wirtschaftlichen Aufschwungs aufgeblähte unrationelle Subventionen und Sozialisierungsmaßnahmen.

Nur mit seiner radikalen Links-SPD-Gefolgschaft, derentwegen der weit kompetentere Helmut Schmidt resignierte, wagt der unerfahrene Vogel 13jährige SPD-Mißwirtschaft der erst vier Monate alten Bundesregierung anzulasten und alle Welt mit seinen lächerlich widerspruchsvollen Lösungsvorschlägen „belehren" zu wollen – und mit den gleichen Leuten wie bisher, nur mit noch radikaleren falschen Rezepten die Bundesrepublik führen zu wollen. Nur muß er damit den historischen Zugewinn der SPD von Godesberg gegen sich aufbringen, der die SPD hauptsächlich wählte, um seine Lebensqualität gegenüber Auswüchsen der ökonomischen Wirtschaft zu sichern.

Der werktätige Bürger als SPD-Wähler wünscht keine revolutionären Experimente. Er ist dafür, daß Forschung, Fleiß, Fortschritt, Innovation und Investition der deutschen Wirtschaft Export und Weltgeltung verschaffen. Arbeitsplatzausfälle infolge von Rationalisierungen sollten durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit von allen gemeinsam getragen werden, die Arbeiter am Firmenvermögen beteiligt werden. Das alles sind heute Ziele der von Vogel fanatisch bekämpften Bundesregierung.

Wenn diese logischen Zusammenhänge nicht vernebelt werden, müßte das Vogel-Potential hauptsächlich aus radikalen Aussteigern und unheilbaren Gewohnheitswählern bestehen.

Dr. H.-J. Schenck,
Berlin 19

Vom Rennsteig

„Brennpunkt Jena"; WELT vom 14. Februar

Wenn in der Kolumne „Brennpunkt Jena" die thüringische Universitätsstadt Jena, in der in jüngster Zeit mindestens 14 junge Menschen, die sich in der Friedensarbeit engagiert hatten, von staatlichen Organen inhaftiert worden sind, als „am Fuße des Rennsteiges" gelegen lokalisiert wird, so kann dem berichtenden Redakteur Bilke nur die Erdkunde-Note „mangelhaft" zuerkannt werden: Der Rennsteig verläuft nämlich – als alter Grenzweg zwischen Thüringen und Franken – auf dem Kamm des Thüringer Waldes von der Werra (bei Eisenach) bis zur Saale (Nähe Probstzella / Zonengrenze). Vom südöstlichen Ende dieses Wanderweges, soweit er von „DDR"-Bewohnern heute begangen werden kann, bis nach Jena sind es immerhin noch mehr als 80 (Straßen-)Kilometer.

Dr. Horst Lehmann,
Essen 1

Kinderspeisung

„Trojanische Spende"; WELT vom 19. Februar

Sehr geehrte Herren,
Manfred Neuber weist auf die großzügige Unterstützung seitens der USA für die deutsche Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg hin. Man sollte jedoch nicht vergessen, daß uns die Amerikaner bereits nach dem Ersten Weltkrieg geholfen haben. Ich bin 1914 geboren und erinnere mich noch sehr gut daran, daß wir in der Volksschule nach 1920 Schulspeisung erhielten und zwar durch Spenden der amerikanischen Quäker. Übrigens erhielten sie 1947 den Friedensnobelpreis.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Nakerst,
Altena

Die Gumminote

„Lauter Dreier": WELT vom 18. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,
als ich noch bis 1971 als Schulmeister wirkte, pflegte ich in Abwandlung einer alten Lateinregel zu sagen: Was man nicht deklinieren kann, das sieht man als „Befriedigend" an! Die Gumminote ist übrigens neueren Datums.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hans Preuschoff,
Köln 41

*

Sehr geehrte Damen und Herren,
was diese Lehrerin unter dem Einfluß linker „Pädagogik" praktiziert, ist schlicht und einfach ein Verbrechen an den ihr anvertrauten Kindern (und deren Eltern), denn sie verursacht in einem ganz entscheidenden Zeitpunkt der kindlichen Existenz fundamentale Fehlentwicklungen, die, falls im Elternhaus nicht vernünftig gegengesteuert wird – und das ist nicht überall der Fall –, ein ganzes Leben verpfuschen können. Wo bleibt da die Einwirkung des Schulleiters, wo das Eingreifen der zuständigen Schulbehörde, um sicherzustellen, daß der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule nicht in sein Gegenteil verkehrt wird? Die Erkenntnis des Glossisten im Hinblick auf die gleichmacherischen Tendenzen in der Bundesrepublik: „Lauter Dreier, nichts als Durchschnitt", scheint mir gerade auch auf die besagte Lehrerin zuzutreffen, sofern das nicht zu optimistisch gesehen ist.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. J. Götz,
Baden-Baden

Mit eigenen Augen

„Schwierigkeiten mit dem Bagger": WELT vom 21. Februar

Fabelhaft, wie die WELT gelegentlich mit Fakten umgeht. Da lese ich in der Fernsehkritik am 21. Februar, der Kandidat in der Sendung „Wetten, daß ..." habe es nicht fertiggebracht, mit einem riesigen Bagger ein kleines Feuerzeug anzuzünden.

Nun habe ich mit eigenen Augen gesehen, daß dieses Experiment geradezu frappierend gelang. Da gibt es zwei Möglichkeiten: entweder ist Ihr Kritiker Alphons Silbermann bei der ja nicht gerade spannenden Sendung eingeschlafen, oder das Fernsehen hat manipuliert und die gelungene Szene nicht live gesendet.

Übrigens: Wetten, daß Sie den ersten Satz dieses Leserbriefes nicht abdrucken werden?

Henri Nannen,
Hamburg-Wellingsbüttel

Wort des Tages

„Ein Politiker ist ein Mensch, mit dessen Politik du nicht übereinstimmst; wenn du es tust, dann ist er ein Staatsmann."

David Lloyd George, brit. Politiker (1863–1945)

Hilfstruppen

„Bei Prüfsteinen Nähe zu SPD signalisiert" und „IG Metall: Vor dem 6. März massiver Druck!" WELT vom 15. Februar

Sehr geehrte Redaktion,
ich meine, daß die vom DGB herausgegebenen „Wahlprüfsteine 83" doch wohl sehr deutlich beweisen, daß die Gewerkschaften politische Hilfstruppen der SPD sind, d. h., schon immer waren, und nichts aus dem Versagen der Regierung Schmidt gelernt haben. Der DGB-Vorsitzende Breit spricht von „einem Beitrag zur politischen Willensbildung", will damit m. E. aber doch nur die Mitglieder bewußt „in eine bestimmte Richtung lenken". Doch wer sollte schon die von der früheren Regierung hinterlassene hohe Schuldenlast und auch die durch sie nicht in den Griff bekommene große Arbeitslosigkeit vergessen?

Die IG Metall sollte z. B. richtiger für maßvolle Tarifabschlüsse eintreten, die den Unternehmern unter anderem auch noch mit die Möglichkeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geben, statt – wie Hans Janßen es fordert – durch „massive Aktionen" entsprechenden Druck auf die jeweiligen Arbeitgebervertreter ausüben zu wollen. Streiks jeder Art, auch rein „politische", schaden nur unserer Wirtschaft, was die Arbeitnehmer besser einsehen als ihre Führer im DGB.

Der DGB will durch die Betriebe allgemein geforderte erweiterte Mitbestimmung versuchen, daß immer mehr und auch betriebsfremde Gewerkschaftsfunktionäre in die Aufsichtsräte gewählt werden können, um dann jeweils auf allen Ebenen, d. h. „vom Arbeitsplatz bis zur Gesamtwirtschaft" möglichst eine Stimmenmehrheit gegenüber den Arbeitgebern zu erreichen. Die Regierung Dr. Kohl will doch endlich auch nur wieder richtig verstandene Sozialpolitik, d. h. echte soziale Gerechtigkeit, betreiben und dazu den sozialistischen Wohlfahrtsstaat – unter Vermeidung von Härtefällen – auf Maßnahmen und Gesetze zurückführen, die vertret- und bezahlbar sind.

Helmut Spindler,
Lübeck

Falschbehauptung

„Die Polizei ist das Schlußlicht der Nation": WELT vom 15. Februar

Dem GdP-Vorsitzenden Schröder empfehle ich, sich einmal den Stellenplan der Zollverwaltung anzusehen, ehe er die Polizei als das Schlußlicht der Nation bezeichnet. Die Zollbeamten beginnen ihre Laufbahn in der Besoldungsgruppe A 5, die Polizeibeamten in A 6. Nur acht Prozent der Zollbeamten befinden sich in der Besoldungsgruppe A 9, während es bei der Polizei über 30 Prozent sind. Von den 70 Prozent bei der Kripo wagen die Zollbeamten nur zu träumen.

Die Aussage, daß 75 Prozent aller Beamten der Länder und des Bundes mit A 12 aufwärts eingestuft sind, ist eine unverschämte Falschbehauptung. Es sind genau 6,83 Prozent der Beamten der Zollverwaltung. Vielleicht weiß es Herr Schröder aber auch nicht besser. Er sollte sich schleunigst informieren. Die Zollbeamten würden auf jeden Fall das Schlußlicht, das Herr Schröder den Polizeibeamten zuschreibt, gerne übernehmen.

Richard Müller,
Bundesvorsitzender des Bundes der Deutschen Zollbeamten,
Bonn 1





Ronneburger äußert sich zum Fall Franke

dpa, **Saarbrücken**

Für eine bessere Kontrolle der Gelder, die für Freikäufe von „DDR"-Häftlingen ausgegeben werden, hat sich der Vorsitzende des Innerdeutschen Bundestagsausschusses, Uwe Ronneburger (FDP), ausgesprochen. Im Saarländischen Rundfunk sagte Ronneburger: „Ich glaube nicht, daß man auf einem solchen Gebiet ohne jede Kontrolle für den Verbleib öffentlicher Mittel arbeiten kann." Dies müsse „mit aller Sicherheit" für die Zukunft erreicht werden. Ronneburger fügte hinzu, er glaube, daß in der Vergangenheit eine „erhebliche Großzügigkeit im Umgang mit den haushaltsrechtlichen Bestimmungen wohl tatsächlich stattgefunden hat". Er gehe allerdings davon aus, daß Unterstellungen über persönliche Bereicherung auf den früheren Minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD), „mit Sicherheit" nicht zuträfen.

B. Vogel nimmt Bruder in Schutz

Nea. **Mainz**

Nach der SPD-Führung hat sich auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) schützend vor seinen Bruder, den SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel, gestellt und Veröffentlichungen über die Haltung seines Bruders in der NS-Zeit zurückgewiesen. „Von einem 16jährigen zu behaupten, er sei der verlängerte Arm des Propagandaministers Goebbels gewesen, ist Unsinn", sagte Bernhard Vogel. „Schließlich kenne ich meinen Bruder von Kindesbeinen an." Er diskutiere viel mit jungen Menschen in diesem Alter und könne sich kaum vorstellen, daß jemand deren Äußerungen eines Tages zum Gegenstand eines Wahlkampfs machen würde.

Neue Heimat: Nicht mit Verlust verkauft

DW. **Bonn**

Beim Verkauf ihres Hamburger Bürogebäudes sind der Neuen Heimat nach eigenen Angaben weder Verluste entstanden, noch habe sie das Gebäude 30 Millionen Mark unter Wert verkauft. Von einem Notverkauf könne daher keine Rede sein. Mit dieser Erklärung reagierte die Neue Heimat auf Berichte „Notverkäufe sollen Tochter der Neuen Heimat sanieren" (WELT v. 20. Februar). Wie die Neue Heimat weiter mitteilte, seien auch beim Verkauf des Fernsehturms in Mannheim keine Verluste entstanden.

Ölländer müssen sparen und Kredite aufnehmen

Reduzierte Förderung und sinkende Preise zeigen Folgen

rtr, **Bahrain/Bagdad**

Nach einem Jahrzehnt sprudelnder Devisenquellen sehen sich die Ölförderländer am Golf zur Kürzung ihrer ehrgeizigen Investitionsprogramme gezwungen. Zehn Jahre nach der Ölpreis-Verdoppelung im Jahre 1973 reicht das Geld vielfach nicht mehr aus, um geplante Investitionen durchzuführen. Die Regierungen der Golf-Staaten sehen sich zu teilweisen drastischen Sparmaßnahmen veranlaßt.

Der Grund dafür sind die Überschüsse am Weltölmarkt, die zu geringerer Förderung bei gleichzeitig sinkenden Preisen führen. Nach Angaben aus Bankenkreisen in Bahrain ist die Ölförderung der vier Opec-Staaten Saudi-Arabien, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate und Qatar von täglich 17 Millionen Barrel im Jahre 1979 auf 6,5 Millionen Barrel pro Tag im Jahre 1983 geschrumpft. Der fortschreitende Verfall des Opec-Richtpreises von derzeit noch 34 Dollar pro Faß vergrößert das Einnahmedefizit. Die Folgen sind in den Golf-Staaten bereits zu sehen. So hat Kuwait angekündigt, daß der Staatshaushalt in dem am 30. Juni zu Ende gehenden Fiskaljahr voraussichtlich ein Loch von einer Milliarde Dollar aufweisen werde. Die Investment-Einnahmen hätten erstmals die Erträge aus dem Ölgeschäft überstiegen.

In den meisten Golf-Staaten wird nach Erkenntnissen der Banken ein Teil der in den vergangenen zehn Jahren angesammelten Devisenreserven verwendet werden müssen, um die Wirtschaft überhaupt in Schwung zu halten. Bereits jetzt ist damit begonnen worden, die Entwicklungsprojekte massiv zusammenzustreichen. Abdullah Saudi, ein führender Bankier in Bahrain, will sogar nicht ausschließen, daß entweder ein Teil der Geldanlagen im Ausland verkauft wird oder Überbrükkungskredite aufgenommen werden müssen.

Lediglich Saudi-Arabien, größter Öl-Exporteur der Welt, hat bisher keine Angaben über die Auswirkungen auf den Staatshaushalt gemacht. Das Königreich hatte für das dort im April endende Etatjahr ein ausgeglichenes Budget von 90 Milliarden Dollar vorgelegt. Doch diese Zielprojektion wird zunehmend in Zweifel gezogen, nachdem die Ölförderung auf etwas mehr als vier Millionen Barrel pro Tag gedrosselt werden mußte. Der Chef der saudiarabischen Währungsbehörde, Abdul-Aziz Al-Quraishi, hatte im vergangenen Monat noch erklärt, *daß allein zur Dekkung* der Kosten für die Entwicklungsvorhaben eine Förderung von sechs Millionen Barrel täglich erforderlich sei.

Sehr viel stärker als die anderen Golf-Staaten ist jedoch Irak von der veränderten Lage am Ölmarkt betroffen. Denn der seit *nunmehr* 29 Monaten dauernde Krieg mit Iran hat zusätzlich dafür gesorgt, daß die finanziellen Reserven nahezu erschöpft sind. Die Regierung *in Bagdad bemüht sich deshalb im* Ausland verstärkt um neue Kredite, um sowohl den Import von Waffen und Konsumgütern sichern als auch Schlüsselprojekte des ehrgeizigen Entwicklungsprogramms fortführen zu können.

Nach Darstellung diplomatischer Kreise will Bagdad um jeden Preis verhindern, daß die wirtschaftliche Aktivität des Landes noch weiter abrutscht. Nach Berichten aus Frankreich soll Irak beim Besuch von Außenminister *Claude Cheysson in* Bagdad um eine Kredithilfe in Höhe von mindestens vier *Milliarden Dollar* nachgesucht haben. Auf diese Weise soll auch die Fortsetzung der Waffenkäufe in Frankreich gegen preiswertere Öllieferungen ermöglicht werden. Washington soll Bagdad bereits neue Kredite in Höhe von mehr als 250 Millionen Dollar zugesagt haben. Dieses Geld soll in erster *Linie dafür* verwandt werden, in den USA Agrarprodukte zu kaufen.

Ein Ende des iranisch-irakischen Krieges ist nicht abzusehen. Er hat bereits länger gedauert, als die Mehrzahl auch der ausländischen Militärexperten vorausgesagt hatte. In Bagdad wird inzwischen mit einem erheblichen Leistungsbilanzdefizit gerechnet, das vermutlich dazu führen wird, den Euromarkt erneut in Anspruch zu nehmen. Erst kürzlich hatte Irak dort 500 Millionen Dollar aufgenommen. Nach Angaben von Geschäftsleuten in Bagdad hat man es in Irak inzwischen bereits gelernt, von Krediten zu leben.

Doch allenthalben geht man davon aus, daß sich das finanzielle *Blatt nach dem Ende des Krieges* rasch wenden wird. Denn mit nachgewiesenen Ölreserven von 35 Milliarden Barrel bei einer Bevölkerung von nur rund 14 Millionen Menschen verfügt Irak über einen beträchtlichen Aktivposten.

Den Haag stoppt Moskaus Wunsch nach Konsulat

SAD, **Den Haag**

Die *jahrelangen* Bemühungen der Sowjetunion, von der niederländischen Regierung die Genehmigung zur Eröffnung eines sowjetischen Generalkonsulats in der *Hafenstadt Rotterdam* zu erhalten, haben einen schweren Rückschlag erlitten.

Wie sich inzwischen herausstellte, war der am 13. Februar unter großer Geheimhaltung aus Holland wegen Spionagetätigkeit abgeschobene Angehörige der Sowjetbotschaft *in Den Haag*, Alexander Konowal, von seiner Regierung als erster Generalkonsul in Rotterdam vorgesehen. Für die Abschiebung des Diplomaten und seiner *Familie hatte das niederländische* Außenministerium auf den offiziellen Weg der Ausweisung verzichtet, um die Arbeit der holländischen Botschaft in Moskau nicht zu gefährden. Diese nimmt seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel auch die Interessen *sowjetischer Juden* wahr, die Anträge auf Ausreise nach Israel gestellt haben.

So wurde *dem sowjetischen* Botschafter in Den Haag, Beletzky, im niederländischen Außenministerium nur vertraulich eröffnet, daß der Staatssicherheitsdienst seines Gastlandes den seit langem beschatteten Legationssekretär Alexander Konowal bei Spionage-Aktivitäten in Rotterdam ertappt habe.

Der Kreml unterhält bisher in Holland *eine Botschaft in Den* Haag und ein Generalkonsulat in Amsterdam mit zusammen mindestens 75 sowjetischen Mitarbeitern, wobei die Aufgaben der Ehefrauen undeutlich bleiben. Seit mehreren Jahren bemüht sich die Sowjetregierung um die Erlaubnis zur Eröffnung eines Generalkonsulats *in Rotterdam, dessen Hafen als* größter der Welt gilt und für die Versorgung eines großen Teils von Westeuropa sehr wichtig ist. Bisher haben alle Regierungen Hollands dieses Gesuch abgelehnt. Es ist in Den Haag ein offenes Geheimnis, daß die Regierung nicht bereit ist, die Errichtung eines sowjetischen „Spionagenestes" mitten *im Hafengebiet* auch noch zu unterstützen. Allerdings stehen die Verantwortlichen in Den Haag auch unter massivem Druck Rotterdamer Geschäftskreise. Diese nehmen die sowjetische Drohung sehr ernst, bei *einer* weiteren Verweigerung sowjetische Schiffe in Zukunft nicht mehr nach Rotterdam, sondern nach Antwerpen und Hamburg zu schicken.

EG-Minister sprechen in Bonn auch über Nahost

Madrider KSZE: Freier Zugang zu Botschaften vereinbart

BERNT CONRAD, **Bonn**

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher will die von ihm *gemeinsam mit seinem italienischen* Amtskollegen Emilio Colombo vorgeschlagene Europäische Akte auf einer heute in Bonn stattfindenden EG-Außenministerkonferenz voranbringen. *Nach den* Vorstellungen der Bundesregierung soll die Europäische Akte als ein „konkreter, pragmatischer Schritt auf dem Wege zur Europäischen Union" noch im ersten Halbjahr 1983 unter der deutschen Präsidentschaft von den Regierungschefs der EG feierlich unterzeichnet werden.

Die heute morgen um zehn Uhr im NATO-Saal des Kanzleramtes unter dem Vorsitz Genschers beginnende Außenministerkonferenz stellt das 49. Treffen im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) dar. Dabei soll *am Nachmittag besonders* intensiv über die Genscher/Colombo-Initiative beraten werden. Beauftragte der Außenminister haben inzwischen einen Entwurf ausgearbeitet, der die wesentlichen Elemente einer Europäischen Akte zusammenfaßt. Danach sollen die EPZ und die anderen EG-Aufgaben unter dem gemeinsamen Dach des Europäischen Rates stärker institutionell verklammert werden. Die Zusammenarbeit soll auf die Gebiete „Kultur", „Rechtsangleichung" und „Bekämpfung der internationalen Kriminalität" ausgedehnt werden.

Stärkung des Parlaments

Die deutsch-italienische Initiative sieht ferner vor, daß künftig auch politische Aspekte der Sicherheit (beispielsweise KSZE, Abrüstung und Rüstungskontrolle) einschließlich der wirtschaftlichen Sicherheit (zum Beispiel Rohstoffversorgung) von den EG-Außenministern behandelt werden sollen. Militärische und verteidigungspolitische Aspekte sollen dagegen Sache der NATO bleiben. Ein weiteres wichtiges Ziel der Initiative ist die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments.

Einige politisch besonders heikle Fragen sind jedoch noch offen und sollen jetzt von den Außenministern geklärt werden. Dazu gehört der Wunsch nach einer Stärkung der Handlungsfähigkeit der *Gemeinschaft durch häufigere Mehrheitsentscheidungen* im Ministerrat. Dagegen sträuben sich noch einige Partner. Auch über die künftigen Rechte des Europäischen Parlaments und über die Überprüfung der Akte nach fünf Jahren bestehen noch Differenzen. Um ihre Überwindung will sich Genscher heute mit Nachdruck bemühen.

Eine wichtige Rolle auf der Außenministerkonferenz wird auch die Nahost-Frage spielen. Die Teilnehmer werden sich vor *allem* mit den Verhandlungen zwischen Israel und Libanon und mit den Ergebnissen des Palästinenser-Kongresses in Algier befassen. Als Ziel schwebt den EG-Partnern nach Angaben aus diplomatischen Kreisen vor, *durch vertiefte Konsultationen* mit den Vereinigten Staaten die Bemühungen um eine Nahost-Friedensregelung zu koordinieren.

Dialog mit den USA

Bonner Experten wiesen darauf hin, daß die Amerikaner und die Westeuropäer in letzter Zeit in der Nahost-Politik aufeinander zugegangen seien. Dies sei durch einen kontinuierlichen Dialog mit Washington *gefördert worden*. Nach deutscher Ansicht sollten die EG-Partner keine neue Nahost-Erklärung abgeben, weil damit doch nicht viel bewirkt werden könnte. Auch eine Nahost-Reise des Bundesaußenministers in seiner Eigenschaft als EG-Ratsvorsitzender zur Erkundung neuer Möglichkeiten oder zur Einwirkung auf die Nahost-Staaten wird derzeit nicht für *zweckmäßig gehalten*.

Dagegen werden sich die EG-Außenminister vermutlich zu den Demarchen der Gemeinschaft in Libanon und Israel über einen verstärkten *Schutz für die Zivilbevölkerung* äußern. Der französische Außenminister Claude Cheysson wird über seinen Besuch in Bagdad referieren. Prinzipiell hält die EG an ihrer strikten Neutralität im iranisch-irakischen Konflikt fest.

Auf der Tagesordnung der Bonner Konferenz stehen außerdem die Ost-West-Beziehungen, speziell die Entwicklung in Polen, und die Entwicklung des Madrider KSZE-*Folgetreffens*. Nach deutschen Angaben ist es in Madrid zum erstenmal seit November 1981 wieder gelungen, einen neuen Text provisorisch zu vereinbaren, und zwar über den freien Zugang zu Botschaften. Ferner sind in Bonn heute Diskussionen über die Beziehungen zu Japan, zur Türkei und zu den *Blockfreien zu erwarten*.

Impressionen eines Lehrers aus der „DDR"

DW. **Stuttgart**

„Impressionen und Gedankengänge aus dem Schulalltag", brachte jetzt ein aus Mitteldeutschland stammender Lehrer dem baden-württembergischen Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) zur Kenntnis. Der Pädagoge, 1981 in die Bundesrepublik Deutschland gekommen und seit August 1982 im baden-württembergischen Schuldienst tätig, befaßt sich in seinem Schreiben an den Minister kritisch mit den „fortschrittlichen" Lehrern.

In dem Brief, den die Zeitschrift „Schulintern" des Stuttgarter Ministeriums dokumentierte, heißt es u. a.: „Als ich in der DDR durch die dortigen *Medien von ,fortschrittlichen'* Lehrern und Erziehern in der Bundesrepublik hörte, hielt ich das zum Teil für Propaganda des realen Sozialismus. Die Tatsachen belehrten mich hier allerdings eines Besseren.

Wenn ich in ,Schulintern' oder in der Tagespresse von ganzen Gruppen von Lehrern lesen muß, die sogenannte Friedensinitiativen starten, nachdem erwiesen ist, daß diese ,Friedensbewegungen' von östlichem Regen bewässert werden, mache ich mir Gedanken. Und wenn ich darüber hinaus rosarote Ideen und Gedankengut mit Linksdrall bei einigen Beamten wahrnehmen muß, mache *ich mir* ebenfalls Gedanken.

Sind solche Lehrer, die bis zu ihrer Pensionierung verpflichtet sein sollten, die Jugend im freiheitlich-demokratischen Geiste zu erziehen, sich überhaupt bewußt, was sie damit der jungen Generation antun? Können sie damit vor sich selber bestehen? Können sie Selbstachtung, können sie Berufsstolz haben?

Muß man nicht von einem Pädagogen in der gegenwärtigen Situation verlangen können, daß er in seinem Unterricht konsequent zu wehrpolitischen Fragen Stellung nimmt und der Bundeswehr den ihr gebührenden Platz zuweist, oder soll ,alternatives' Handeln und Verhalten erst dazu führen, daß viele, viele Männer in olivgrünbraunen Uniformen mit fünfzackigen Sternen an den Mützen vom Albtrauf ins Ländle blicken?"

Und zum Abschluß: „Mir war es zwingendes Bedürfnis, Sie mit den Gedanken eines ehemaligen DDR-Bürgers vertraut zu machen, eines langjährigen Lehrers, der trotzdem froh ist, endlich entsprechend seiner demokratischen Überzeugung unterrichten zu können, und der kompromißlos jede politische Herausforderung annimmt."

Mehr Militärhilfe für El Salvador?

Notfalls will Reagan einen Sonderfonds anzapfen / Zahl der US-Berater soll steigen

TH. KIELINGER, **Washington**

Die amerikanische Administration hat vor, den Kongreß um Aufstockung der Militärhilfe für El Salvador um 60 Millionen Dollar zu ersuchen. Dieser Betrag gilt als Minimum-Zusatzhilfe für das umkämpfte *Regime; es könnte damit* dringend benötigte Munition, Gewehre und Hubschrauberersatzteile kaufen.

Ehe Präsident Reagan gestern Washington verließ, *um eine Woche* in Kalifornien zu verbringen, versammelte er enge Berater und Kongreßabgeordnete im Weißen Haus zu einer Besprechung der bedrohlichen Lage in El Salvador.

Im laufenden Haushaltsjahr hatte das Weiße Haus bereits 63,3 Millionen Dollar Militärhilfe für die salvadorianische Regierung angesetzt. Doch war der Betrag Ende vergangenen Jahres vom Kongreß auf 26 Millionen Dollar gekürzt worden.

Vietnam-Schock wirkt nach

Sollte der Kongreß sich weigern, dem Ersuchen des Weißen Hauses nachzukommen, kann der Präsident den Betrag auch aus einem Sonderfonds abzweigen, der 1961 zur Hilfe für *bedrohte und mit den* USA befreundete Länder der Dritten Welt geschaffen wurde.

Verteidigungsminister Weinberger hat bereits vor einem Kongreßausschuß *bekräftigt, daß die Administration* zusätzlich 60 Millionen *Dollar für El Salvador* ausgeben werde. Er kündigte an, daß man möglicherweise zehn zusätzliche amerikanische Ausbilder bereitstellen müßte, damit die Regierung in San Salvador in ihrem Kampf gegen die Guerrilla effektiver unterwiesen *werde*. Die USA unterhalten in El Salvador zur Zeit 54 Militärberater.

Die Januar-Rebellion von Oberst Sigifredo Ochoa und erneut aufflammender Streit zwischen der „Arens"-Partei Roberto D'Aubuissons und den Christlichen Demokraten haben nur einige der tiefen Differenzen innerhalb des Regierungs-Lagers aufgezeigt. Örtliche Bauernorganisationen, die Gewerkschaften und die Kirche drängen immer mehr auf einen „Dialog" mit den Aufständischen.

Diese innersalvadorische Debatte spiegelt sich in der Reagan-Administration wider, wo ähnliche Konzepte eines möglichen Dialogs mit den Aufständischen erwogen werden. Offiziell wird der Gedanke eines solchen Kontakts zwischen den Bürgerkriegsparteien in El Salvador noch gebrandmarkt, so in der vorigen Woche erneut von Außenminister Shultz. Das Argument lautet, daß man niemandem erlauben dürfe, *sich den Weg zur Macht* oder Machtbeteiligung mit Hilfe von Waffengewalt freizuschießen.

Langfristig aber bleibt die Dialog-Option auch in Washington nicht ausgeschlossen, vor allem, wenn die Reagan-Administration nüchtern erkennen muß, wie begrenzt in den USA der Appetit für amerikanisches militärisches Engagement in einem Land der Dritten Welt ist. Die Erinnerung an Vietnam sitzt immer noch tief, auch wenn der Präsident seine *Landsleute* wiederholt – so in seiner außenpolitischen Rede vor einer Woche – daran erinnert, daß Mittelamerika vor der amerikanischen Haustür liegt, und damit die Frage des Überlebens einer nichtmarxistischen Regierung in El Salvador zu einem Belang der nationalen Sicherheit der USA geworden sei.

Hoffnung auf Papst-Besuch

Mit Spannung wartet man in Washington ab, wie der Besuch Papst Johannes Pauls II. in Mittelamerika – der Papst wird auch El Salvador aufsuchen – auf die innenpolitische Lage in diesem Land einwirken mag. Man geht davon aus, daß Johannes Paul II. das Thema der „Versöhnung" zu einem Leitfaden seines Besuches *machen* wird. Das könnte neuen Druck auf die Bewegung zu einem politischen Dialog aller Kräfte in El Salvador ausüben.

In der Zwischenzeit aber will die Reagan-Regierung den Ausgang des militärischen *Ringens nicht* dem Glück oder den womöglich überlegenen Kräften der Guerrilla überlassen.



Bruno Skorpil, Kronberg

Personalien

DIPLOMATEN

Horst Röding, zukünftiger deutscher Botschafter in Warschau, verabschiedete sich in der Bonner Fort- und Ausbildungsstätte des Auswärtigen Amtes von seinen Bonner Freunden und vom Diplomatischen Korps. Unter den Gästen war der Doyen des Diplomatischen Corps, der Apostolische Nuntius **Guido del Mestri**, und Polens derzeitiger Geschäftsträger **Miroslaw Woitkowski**, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes **Berndt von Staden** und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. **Werner Lautenschlager**. Botschafter Röding wird in den nächsten Tagen nach Polen abreisen.

*

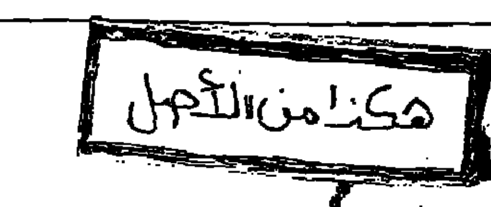
Rolf Breitenstein, früherer *Ghoastwriter* von **Helmut Schmidt** im Bundeskanzleramt und heute Botschaftsrat Erster Klasse an der deutschen Botschaft in Neu-Delhi, ist wieder unter die Autoren gegangen. Bei Bertelsmann erschien sein Buch „Nichts ist so einfach, wie es aussieht". Der promovierte Volkswirt und gelernte Satiriker, wie seine Freunde *ihn gern nennen*, über das von ihm erfundene „Kartoffel-Theorem", mit dem er gern wirtschaftliche Zusammenhänge erklärt: „Die Wissenschaft verdankt das Kartoffel-Theorem gleichermaßen Friedrich dem Großen und meiner Mutter *Hildegard, geborene* Grentzel. Der Alte Fritz sorgte dafür, daß die Kartoffeln bei uns angebaut wurden und auf den Tisch kamen. Meine Mutter sorgte dafür, daß die Kartoffeln bei uns vom Tisch kamen und gegessen wurden, indem sie erklärte: „Nun sind die Kartoffeln da, nun werden sie auch gegessen." Dieses „Grundgesetz wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhaltens" ließ Breitenstein auch in das von ihm gegründete Bonner „Freie Kartoffel-Kuratorium wider den teuflischen Sachzwang" eingehen, zu dessen Preisträgern auch der frühere deutsche Botschafter und spätere Intendant des ZDF, **Karl-Günther von Hase** gehört.

EHRUNG

Professor Dr. **Hans Rüdiger Vogel**, *Hauptgeschäftsführer* des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie, erhielt die goldene *Ehrenplakette* des Bundes diabetischer Kinder und Jugendlicher e. V. Professor Vogel wurde für seine bedeutenden wissenschaftlichen Publikationen geehrt, die sich speziell mit Themen der Gesundheitsaufklärung und *Gesundheitsförderung* befassen und für seine erfolgreiche Tätigkeit als Ministerialdirigent im rheinland-pfälzischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt geehrt.

GEBURTSTAG

Seinen 60. Geburtstag feiert am 1. März Dr. **Lenz Kriss-Rettenbeck**, Generaldirektor des Bayerischen Nationalmuseums. In einem Geburtstagsgruß würdigte Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** die Verdienste des Generaldirektors um das Museum, mit dem ihm jetzt eine 22jährige Arbeit verbindet. Das Haus sei entscheidend durch Dr. Kriss-Rettenbeck *mitgeprägt* worden, so Strauß, der auch für die Zukunft „*eine glückliche Hand*" wünschte.



Richtung „West"

IB. – Der rigorose Preiswettbewerb, der seit Jahren auf allen deutschen Nahrungs- und Genußmittelmärkten tobt, hat nun auch den Zigarettenmarkt voll erfaßt. Fünf Wochen schaute die Branche dem Vorpreschen des Marktführers Reemtsma zu, der als erster mit der Preisreduzierung der Marke „West" auf den Angriff der Billigzigaretten reagiert hatte, nun zieht sie geschlossen nach. BAT, Philip Morris, Brinkmann, Reynolds, sie alle begeben sich mit einer Marke auf das Preisterrain von 3 bis 3,30 DM.

Der Weg der „West" in den letzten Wochen hat der Konkurrenz kaum eine andere Wahl gelassen. Die „West", vor drei Jahren mit nur mäßigem Erfolg gegen die Marktrenner im Kräftig-Filter-Bereich eingeführt, ist nach der Preissenkung aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht. Ihr Marktanteil stieg binnen kurzer Zeit von 0,5 auf knapp 4 Prozent.

Die Strategie und Erkenntnis von Reemtsma, daß man nicht seelenruhig dem Vormarsch der „weißen Zigaretten" zusehen könne, sondern das Interesse der Raucher nach billigen Alternativen ernst nehmen müsse, hat sich als richtig erwiesen. Das Feld der untersten Preiskategorie, das nach der Tabaksteuererhöhung entstanden ist, kann die Branche auf Dauer nicht den „no names" tatenlos überlassen. Auch der Fachhandel muß erkennen, daß man gegen den Markt nicht agieren kann.

Die Risiken sind natürlich beträchtlich. Marktstrategisch geht die Rechnung nur auf, wenn mit den billigeren Markenzigaretten abtrünnige Raucher, die zu den „Weißen" greifen oder selbst drehen, zurückgewonnen werden können. Geben ihre Marktgewinne nur zu Lasten der hochpreisigen Marken und verlagert sich die gesamte Dynamik des Marktes auf den Billigbereich, gerät das gesamte Preisgefüge ins Wanken.

Tiefgefroren

hdt. – Rund 80 Millionen Mark hatte Langnese-Iglo zu Beginn der sechziger Jahre investiert, bevor das erste Päckchen mit tiefgefrorenem Spinat vom Band lief. Mit diesem Gemüse wurde Tiefkühlkost danach überhaupt erst salonfähig, ganz im Gegenteil zu den angelsächsischen Ländern, bei denen die Erbse diese Pionierleistung vollbracht hatte. Aber die deutschen Hausfrauen, dem Anblick frischer Erbsen durch lange Kriegsjahre weitgehend entwöhnt, mißtrauten den so schön grünen, tiefgefrorenen Erzeugnissen, sie ließen sich erst vom Spinat überzeugen. Daß das alles erst gut zwei Jahrzehnte zurückliegt, mag den Verbrauchern von heute überraschen, denn Tiefkühlkost gehört inzwischen zu den Selbstverständlichkeiten in der deutschen Küche. Mehr als fünfzig Gemüsesorten umfaßt jetzt das Angebot. Aus 400 Gramm jährlichem Pro-Kopf-Verbrauch um 1960 sind mittlerweile 9,4 Kilogramm geworden. Auch die Eßgewohnheiten lassen sich also durch erfolgreiche Innovationen beeinflussen.

SCHIFFBAU / Nun macht auch das FDP-Präsidium Moderatoren-Vorschlag

Von der Krise der Werftindustrie sind vor allem Großbetriebe betroffen

W. HADLER/H.-J. MAHNKE, **Brüssel/Bonn**

Keine Aussichten für ein Ende der Krise im Schiffbau sieht die EG-Kommission in Brüssel. Vor 1985/86 dürfte sich die Situation nach ihrer Ansicht auf diesem Markt nicht bessern. Zur Lösung der Probleme in der Bundesrepublik hat sich gestern, ähnlich dem Verfahren der Neuordnung der Stahlindustrie, das FDP-Präsidium in Bonn für die Einsetzung eines Experten-Gremiums ausgesprochen, das ein Strukturkonzept für die deutschen Werften ausarbeiten soll.

In einem Bericht der EG-Kommission an den Ministerrat und das Europa-Parlament heißt es, die mittelfristigen Perspektiven der Nachfrage nach Neubauten ließen vor 1985/86 keine Verbesserung des Marktes erkennen. Die Schiffbaukapazität beträgt danach weltweit *gegenwärtig rund 20 Millionen* Tonnen, wovon rund 3,5 Millionen Tonnen auf die Gemeinschaft entfallen. Zwar habe die Werftindustrie sowohl in Japan als auch in Europa ihre Kapazitäten in den letzten Jahren erheblich reduziert, doch bestehe gegenwärtig immer noch ein Überhang von rund 40 Prozent.

Der Kommissionsbericht geht sogar davon aus, daß sich das Ungleichgewicht kurzfristig noch weiter vergrößert. Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß die weltweite *Nachfrage von rund 14 Millionen* Tonnen auf zwölf Millionen schrumpfe. Wegen der Konkurrenz aus den neuen Schiffbauländern könnte die Situation für die europäischen Unternehmen noch prekärer werden.

Ein weiteres „Gesundschrumpfen" empfiehlt die EG-Kommission jedoch nicht. Nach ihrer Meinung sollten sich die meist mittelständischen Betriebe der EG jedoch nachhaltig um eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität bemühen. Zu diesem Zweck plädieren die EG-Experten für eine stärkere Zusammenarbeit der Werften auf nationaler und europäischer Ebene. Eine größere Spezialisierung sei in Europa oft nur durch Gruppenbildung realisierbar. Auch *im* Bereich der Forschung und Technologie biete sich eine stärkere Kooperation an.

Subventionen sollten den EG-Werften *möglichst* nur noch für Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gewährt. Betriebsbeihilfen müßten so schnell wie möglich eingestellt werden.

Mit der Schiffbaukrise hat sich gestern auch das FDP-Präsidium beschäftigt. Es sprach sich dafür aus, daß analog zur Stahlindustrie von den Werften ein Gremium von Schiffsbaufachleuten mit dem Auftrag eingesetzt werden soll, innerhalb von drei Monaten ein Strukturkonzept für die gesamte deutsche Werftindustrie vorzulegen. Das FDP-Präsidium rief die deutsche Schiffsbauindustrie auf, unverzüglich ein solches Gremium aus Vertretern von Werften aller Größenordnungen zu berufen. Die Überwindung der krisenhaften Situation in den deutschen Küstenländern dulde keinen Aufschub. Die Probleme des Großschiffbaus dürften dabei nicht durch einen Verdrängungswettbewerb zu Lasten der mittleren und kleineren Werften gelöst werden.

Ein entsprechender Moderatorenvorschlag, den der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) bereits vor einiger Zeit gemacht hatte, war vom schleswig-holsteinischen Wirtschaftsminister Jürgen Westphal (CDU) sehr skeptisch aufgenommen worden. Ähnlich hat sich bisher das Bundeswirtschaftsministerium geäußert.

Auch in der Branche stoßen solche Vorschläge zumeist auf Ablehnung, so daß kaum damit gerechnet werden kann, daß die Werften von sich aus wie die Stahlindustrie Experten mit einem Strukturvorschlag beauftragen werden. Es handele sich nicht um das Problem eines ganzen Wirtschaftszweiges, sondern um die Schwierigkeiten einzelner Firmen, die sich besonders in Bremen und Hamburg zugespitzt hätten, heißt es.

Nach Ansicht Westphals kann die Struktur der Stahlindustrie nicht mit der im Schiffbau verglichen werden. In der Stahlindustrie gehe es um Fusionen und Standorteintscheidungen einiger Großunternehmen, während die Werftindustrie aus fünf Großbetrieben und 40 kleineren und mittleren Betrieben bestehe. Nach einer Untersuchung des Bundeswirtschaftsministeriums ist die Lage bei den kleinen und mittleren Unternehmen noch verhältnismäßig gut. Dagegen konnten die Großwerften, auch verglichen mit früheren Jahren, verhältnismäßig wenig Neubauaufträge hereinnehmen.

UdSSR – JAPAN

Wirtschaftsbeziehungen sollen ausgebaut werden

FRED de la TROBE, **Tokio**

Der einwöchige Besuch einer 252-Kopf starken japanischen Industriedelegation in Moskau hat das wirtschaftliche Klima zwischen Japan und der Sowjetunion verbessert, obgleich es zu keinen bedeutenden Abschlüssen kam.

Die Besucher waren die erste japanische Industriegruppe, die seit 1979 in die Sowjetunion reiste. Wegen der sowjetischen Besetzung Afghanistans hatte sich Japan den westlichen Sanktionen gegen Moskau angeschlossen und staatliche niedrigverzinsliche Kredite für Geschäfte mit den Sowjets nicht mehr gewährt. Die japanische Delegation legte auch jetzt ihren russischen Gesprächspartnern auseinander, daß für Japan gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten vorrangig seien und daß engere Kontakte zu der UdSSR von einer Verbesserung der westöstlichen Beziehungen abhängig seien. In einem gemeinsamen Abschlußkommunique zum Ende der Moskau-Visite wird dennoch auf die Möglichkeiten eines Ausbaus der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen hingewiesen. Die Russen erklärten sich auch an japanischen Know-how interessiert.

Japan, das 1979 noch der größte sowjetische Handelspartner in der westlichen Welt war, fiel im vergangenen Jahr hinter der Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich und Italien auf die fünfte Stelle zurück. Das bilaterale Handelsvolumen zwischen der Sowjetunion und Japan belief sich 1982 auf 13,4 Milliarden Mark, 5,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Japaner liefern vor allem Stahlröhren, Maschinen, Konsumgüter und Textilien und beziehen Gold, Holz und Kohle. Die japanischen Ausfuhren von Fabrikanlagen sind seit zwei Jahren zum Stillstand gekommen. Da keine niedrigverzinslichen staaatlichen Kredite mehr gewährt werden.

Der stellvertretende Handelsminister Suschkow appellierte wiederholt an die Japaner, die Sanktionen zu beenden und verbilligte Kredite zu gewähren. Die anderen westlichen Ländern hätten die Sanktionen längst unterlaufen. Die japanischen Industriellen entgegneten, daß sich die Haltung ihrer Regierung in dieser Frage kaum ändern würde, solange sich das politische Klima zwischen Moskau und Tokio nicht bessere.

Die Sowjets äußerten auch erneut starkes Interesse am japanischen Mitwirken zur Erschließung von Bodenschätzen in Sibirien im Rahmen des 1986 anlaufenden 12. Fünfjahresplans. Die japanische Delegation wollte sich in dieser Frage aber nicht festlegen. Das einzige Projekt, das im Gespräch war, betrifft die Erschließung der Kupfervorkommen bei Udokan. Vertreter des Mitsubishi-Konzerns erklärten sich bereit, zusammen mit den Sowjets eine Studiengruppe zu bilden, die die Möglichkeiten einer japanischen Beteiligung an dem Vorhaben prüfen solle. Beide Seiten einigten sich darauf, bei dem nächsten sowjetisch-japanischen Wirtschaftstreffen im April 1984 in Tokio die Möglichkeiten für den Abschluß eines langfristigen Vertrags über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu überprüfen. (SAD)

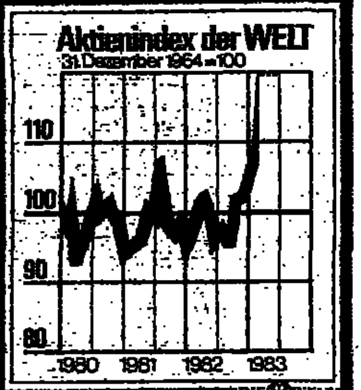
Hoffnung regiert die Börse

Von CLAUS DERTINGER

Wenn's nach der Börse ginge, dann gewinnt die Union mit oder ohne FDP die Bundestagswahl, kommt in diesem Jahr eine konjunkturelle Erholung, die diese Bezeichnung auch verdient, wird die D-Mark aufgewertet, und zwar nicht nur im Europäischen Währungssystem (EWS), sondern auch gegenüber dem US-Dollar. Diese Erwartungen sind es, die gegenwärtig die Auftriebskräfte der Aktienbörse nähren, die sich in einer schon *lange* nicht mehr erlebten Haussestimmung präsentiert.

Seit Mitte August ist das Kursniveau, gemessen am Aktienindex der WELT, um gut 25 Prozent gestiegen, im Februar allein um acht Prozent. Für viele Aktien werden täglich neue historische Höchstkurse notiert. Den WELT-Aktienindex trennen nur noch fünf Prozent von seinem überhaupt höchsten Stand im Oktober 1978. Die Aktienumsätze sind so hoch wie nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Börse.

Bedenkt man, worauf sich die hausseanfeuernden Aktienkäufe



hauptsächlich stützen, nämlich auf die Wahlprognosen der Demoskopen, so kommt man leider nicht um die Feststellung herum, daß die Börse derzeit eine höchst spekulative Veranstaltung ist. Denn Demoskopen können sich auch irren.

Aber mit dem Eintreffen ihrer Vorhersagen steigt oder fällt die Börse. Der Wahlausgang entscheidet mit darüber, ob die Unternehmer wieder mehr Mut zu Investitionen aufbringen, ohne die unsere Wirtschaft nicht wieder in Schwung kommt, eine Hoffnung, die jetzt mit steigenden Aktienkursen honoriert wird. Die Wahl wird auch darüber entscheiden, ob nach dem 6. März die Zinsen weiter sinken oder wieder steigen. Schließlich entscheiden die Kreuze auf den Stimmzetteln auch, ob die D-Mark im Ausland zu einer noch mehr geachteten und beliebten oder zu einer verachteten Währung wird.

Die Kurssteigerungen der letzten Zeit scheinen zu signalisieren, daß es an einer Bestätigung der Regierung Kohl durch die Wähler keinerlei Zweifel gibt. Doch diese Feststellung bedarf einer Relativierung. Trotz der Eindeutigkeit der Demoskopenprognosen gibt es eine nicht gerade kleine Gruppe von Anlegern, die immer noch keine Engagements an der deutschen Börse riskiert, die lieber die Klarheit nach dem 6. März abwarten will. Das spräche dafür, daß die jüngste Aktienhausse nach einem *konservativen Wahlsieg noch in* den Schatten gestellt wird.

Beim Spekulieren über das „was wäre, wenn ..." darf freilich nicht übersehen werden, daß nicht wenige der Engagements aus der jüngsten Zeit rein spekulativen Charakters sind, die aufgelöst werden, wenn ein euphorisches Sichaufbäumen der Börse ungewöhnlich fette Kursgewinne verspricht. Dafür lieferte der Markt erst gestern wieder Anschauungsunterricht. Man sollte also nicht überrascht sein, wenn es nach einem neuerlichen Auflodern des Haussefeuers nach einem „richtigen" Wahlausgang zunächst einmal einen Rückschlag an der Börse gäbe, wenn die Dispositionen der echten Anleger von Nachdenken und Abwarten bestimmt werden, wie es in der Wirtschaft weitergeht. Schließlich ist die sich anbahnende Wirtschaftsbelebung und Verbesserung der Unternehmensgewinne schon mit einigen Vorschußlorbeeren bedacht worden.

Aber selbst dann, wenn in der nun beginnenden Abschlußsaison der Unternehmen vielleicht noch manche Hoffnungen enttäuscht werden sollten, sind die Chancen für ein Wiedererstarken der Auftriebskräfte an der Aktienbörse nicht schlecht.

Neue Impulse könnten von einem weiteren Rückgang der Zinsen kommen, für den sich die Voraussetzungen in jüngster Zeit verbessert haben. Mit dem Rückgang der Inflationsrate unter die Vierprozentmarke und einer auch *im Zusammenhang mit der Ölver*billigung erwarteten Ermäßigung in Richtung 3,5 Prozent erreicht der Realzins eine im historischen Vergleich bemerkenswerte Höhe von rund vier Prozent, die Spielraum für eine Senkung eröffnet. Die Vorstellung, daß sich der langfristige Kapitalmarktzins von 7,5 auf 6,5 Prozent zu bewegt, muß keine Illusion bleiben, zumal dann nicht, wenn die D-Mark gegenüber dem Dollar erstarkt und auch die US-Zinsen sinken. Bei einem Rückgang des Zinsniveaus müßten Aktien an Attraktivität gewinnen, zumal in einer sich belebenden Konjunktur. Alle diese Überlegungen stehen freilich unter der Prämisse, daß es in Bonn keinen Machtwechsel gibt.

AUF EIN WORT



„Gelegentlich zu hörende Stimmen, die vorschnell die nachfragebelebenden Impulse für die Volkswirtschaft durch ein Zuviel an Spartätigkeit privater Haushalte gefährdet sehen, sind absolut unverständlich. Wer einen konjunkturellen Aufschwung nicht nur vorübergehend anfachen, sondern dauerhaft unterhalten will, kommt nicht umhin, dem Sparen, der vorübergehenden Konsumeinschränkung, absolute Priorität einzuräumen."

Johannes Fröhlings, Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes FOTO: DIE WELT

Stahl: Weniger Beschäftigte

dpa, VWD, **Brüssel**

Die Zahl der Stahl-Arbeitsplätze in der Europäischen Gemeinschaft verringerte sich in den vergangenen zwölf Monaten um insgesamt 35 300. Nach Angaben der EG-Kommission in Brüssel waren in der Eisen- und Stahlindustrie Ende Januar 1983 noch 511 000 Arbeitnehmer beschäftigt gegenüber 546 300 Mitarbeitern ein Jahr zuvor. 1977 beschäftigte die EG-Stahlindustrie noch 743 000 Arbeitnehmer. Die meisten Entlassungen gab es im vergangenen Jahr in Großbritannien (613 700), gefolgt von der Bundesrepublik (9100) und Italien (5900). Die Kommission rechnet in den nächsten vier Jahren mit dem Verlust von 150 000 weiteren Stahl-Arbeitsplätzen.

GROSSBRITANNIEN

Englands Unternehmer setzen nun auf Aufschwung

WILHELM FURLER, **London**

In der britischen Wirtschaft mehren sich ganz plötzlich die Anzeichen für einen Wirtschaftsaufschwung aus der schwersten Re*zession* seit den *dreißiger Jahren*. Jedenfalls gibt sich die Industrie über die Wirtschaftsaussichten so optimistisch wie seit Beginn dieser langanhaltenden Rezession nicht mehr. Zum letzten Mal äußerte sie derart positive Erwartungen über die Produktionsentwicklung im Jahre 1979.

Das geht aus der jüngsten Umfrage des britischen Industrieverbandes CBI bei mehr als 1700 Mitgliedsfirmen der herstellenden und verarbeitenden Industrie hervor. Gegenüber der letzten CBI-Umfrage stellt sich jetzt außerdem eine deutliche Verbesserung der Auftragslage heraus. Dies gilt insbesondere für den Exportbereich.

Nahezu alle Industriesparten geben an, daß die Nachfrage im Februar angezogen hat. Entsprechend wertet die sonst eher vorsichtige Verbandsspitze das jüngste Umfrageergebnis als „sehr ermutigend".

Immerhin rechnen 25 Prozent der befragten Unternehmen mit einem Anstieg der Produktion in den nächsten vier Monaten. 17 Prozent sind gegenteiliger Ansicht. Das letzte Mal, daß mehr Firmen mit einem Anstieg der Produktion rechneten als mit einem Rückgang, liegt zehn Monate zurück. Doch damals war die Differenz marginal.

Ein weiteres deutliches Anzeichen für eine unmittelbar bevorstehende Konjunkturbelebung ergibt sich daraus, daß der Lagerbestand seit Mitte 1979 nicht mehr so niedrig *bewertet wurde wie jetzt. Das* bedeutet, daß einem Nachfrage-Anstieg künftig durch eine wachsende Produktion und weit weniger als bisher durch einen weiteren Lagerabbau geantwortet werden dürfte.

SPANIEN

Rumasa-Banken öffneten wieder: Run blieb aus

rtr/AP, **Madrid**

Die zur teilweise verstaatlichten spanischen Unternehmensgruppe Rumasa gehörenden Banken haben nach einer viertägigen Schließung am Montag wieder geöffnet. Einen Run der Einleger gab es nicht.

Die Regierung hatte am Donnerstag letzter Woche anläßlich der Übernahme durch die Regierung erklärt, sie werde für die Einlagen bei den 1189 Filialen der Bank bürgen. Die Behörden ergriffen am Wochenende Maßnahmen, um einen Ansturm auf die Bank zu verhindern. Der Gouverneur der Bank von Spanien versicherte den Kunden am Wochenende im Fernsehen, ihre Einlagen würden vom Staat garantiert.

Der Vorstandsvorsitzende der Grupo Rumasa, Jose Maria Ruiz Mateos, hat am Sonntag seinen entschiedenen Widerstand gegen die Enteignung der Unternehmensgruppe angekündigt. In einem Interview widersprach Ruiz Mateos der Regierung, die die Enteignung mit der Überschuldung der Holding begründet hatte. Die Auszahlung von 8,2 Milliarden Peseten (152 Millionen Mark) der 18 Rumasa-Banken in den vier Tagen vor der Enteignung zeige, daß die Holding solvent gewesen sei.

Nach den Worten von Industrieminister Carlos Salchaga war die Verstaatlichung von Rumasa die einzige Möglichkeit zur Verhinderung eines finanziellen Bankrotts der Holding.

Der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzales hat versichert, daß die 18 von der Regierung übernommenen Banken der Rumasa-Gruppe nach einer Sanierung ihrer Geschäfte wieder in private Hände übergeben werden. Der Präsident des Verbandes der Privatbanken, Rafael Termes, sagte nach einem Treffen mit Gonzales, er sei befriedigt darüber, daß die Übernahme der Banken und rund 240 Firmen der insgesamt 400 Unternehmen der Rumasa-Holding nicht den Beginn einer Vestaatlichungspolitik sei. Der Ministerpräsident habe ihm versichert, daß die Maßnahme die Geschäfte der Banken in Ordnung bringen soll, und sie dann wieder in den Besitz des privaten Sektors zurückgegeben werden, sagte Terres vor der Presse.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Goldpreis stand stark unter Druck

Frankfurt (cd.) – Der Goldpreis, der von 504,50 Dollar je Feinunze am letzten Montag bis zum Freitagnachmittagsfixing in London bis auf 464,75 Dollar gefallen war, stürzte gestern in Hongkong zeitweilig auf nur noch 400 Dollar. In London lag der Preis später bei 420 Dollar. Ursache sind Glattstellungen der Spekulanten vor allem in den USA und neue Baissespekulationen, zu denen US-Broker ihren Kunden mit Hinweis auf das Nachlassen der Inflation als Folge der Ölverbilligung und mit der Behauptung geraten haben, Opec-Länder müßten wegen sinkender Öleinnahmen Gold verkaufen. Dabei werde freilich, so heißt es hier am Markt, übersehen, daß die goldstarken Opec-Länder auch über ausreichende Devisenpolster verfügen. Ge*stern wurden übrigens Goldkäufe* für Rechnung von Opec-Ländern beobachtet.

Banken am Zuge

Bremen (ww.) – Der Kampf um die stark leckgeschlagene Großwerft Bremer Vulkan mit 4000 Beschäftigten tobte gestern weiter. Der Senat des kleinsten Bundeslandes erklärte sich bereit, jeweils 14 Millionen Mark an Kommanditanteilen für zwei Mehrzweckfrachter und bei ihrer Indienststellung für *drei Jahre zwölf Millionen Mark* als Ausfallbürgschaft zu übernehmen. Gestern nachmittag waren damit die Banken und der Werftvorstand am Zuge. Die engagierten Kreditinstitute müssen noch einen schon gewährten Kredit für den Weiterbau der Schiffe von 14 Millionen Mark auszahlen. Zudem sollen sie nach Vorstellung des Senats noch weitere 28 Millionen Mark an Betriebsmitteln für die Mehrzweckfrachter bewilligen.

Franc gut behauptet

Paris (J. Sch.) – Der französische Franc hat sich gestern an den internationalen Devisenmärkten überraschend gut behauptet. Trotz der am Wochenende bekanntgewordenen schlechten Inflations- und Außenhandelszahlen für Januar – gegenüber Dezember stieg das Handelsdefizit von 5,9 auf 9,6 Milliarden Franc (3,4 Milliarden Mark) – wurde der Franc in Paris gegenüber den wichtigsten Devisen auf dem Niveau vom letzten Freitag notiert. Der D-Mark-Kurs lag in Paris bei 2,84 Franc, was in etwa seiner amtlichen Parität (2,834 Franc) entsprach. Bei einem obersten Interventionspunkt von 2,899 Franc verkaufte die Notenbank zur freiwilligen Kursstützung in noch nicht bekannten Umfang Devisen. Dagegen reagierte die Pariser Wertpapierbörse auf die starke Zunahme des Handelsdefizits mit einem kräftigen allgemeinen Kursrückgang von durchschnittlich 1,5 Prozent.

Kooperation erweitert

Düsseldorf (J. G.) – Der drittgrößte deutsche Stahlproduzent, Klöckner-Werke AG, Duisburg, und Australiens größter Rohstoffkonzern CRA Ltd., Melbourne, haben ihre 1981 begonnene Technik-Kooperation auf die neuen Klöckner-Verfahren zur energiesparenden und kostengünstigen Stahlherstellung ausgedehnt. CRA leistet zum Einstieg in diese Technologie an die Klöckner-Werke „eine erste Zahlung" von 25 Millionen Mark. Beide Unternehmen haben bereits mit einem Programm zum Einsatz australischer Rohstoffe bei den neuen Stahlherstellungsverfahren begonnen.

Berater aus Japan

Bonn (Mk.) – Zur Förderung des Japan-Geschäftes entsendet die Deutsche Industrie- und Handelskammer in Japan einen japanischen Mitarbeiter in die Bundesrepublik. Dieser Mitarbeiter des Instituts für Marktforschung bei der Tokioter Kammer soll vom 1. April an vorläufig für ein Jahr bei der Industrie- und Handelskammer in Stuttgart arbeiten. Die Kammer verspricht sich davon eine unmittelbare, persönliche Exportberatung und bessere Informationen über deutsche Bezugsquellen für japanische Abnehmer. Das Institut wurde 1979 auf Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums bei der deutschen Kammer in Tokio gegründet, um vor allem den mittelständischen Firmen bei der Erschließung des japanischen Marktes zu helfen.

Währungsreserven stiegen

Frankfurt (cd.) Erstmals seit längerem stiegen die Währungsreserven wieder wegen Interventionen im EWS. Darin spiegeln sich vor allem Stützungsaktionen zugunsten des belgischen Franc, die nach dem Stichtag des Wochenausweises noch verstärkt wurden.

Wochenausweis	23. 2.	15. 2.	23. 1.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	73,6	71,2	72,3
Kredite an Banken	60,6	60,5	68,6
Wertpapiere	5,9	5,8	5,7
Bargeldumlauf	92,5	94,1	93,6
Einl. v. Banken	40,0	46,8	48,5
Einl. v. öffentl. Haushalten	6,7	2,4	5,2

VENEZUELA

Abwertung und Devisenkontrollen

rtr, Caracas

Zum erstenmal seit neun Jahren hat Venezuela seine Wechselkurse verändert. Finanzminister Arturo Sosa kündigte am Montag die Einführung von drei Wechselkursen an, wobei einer der drei Kurse einer Abwertung von 28,7 Prozent gleichkommt. Nachdem der Devisenhandel für eine Woche ausgesetzt war, werden erstmals seit 18 Jahren wieder Devisenkontrollen eingeführt.

Wie Sosa nach einer Kabinettssitzung ausführte, wird der bisherige Kurs von 4,3 Bolivar je US-Dollar für die wichtigsten Transaktionen wie Bezahlung von Auslandsschulden, unentbehrliche Einfuhren und Studiengelder für venezolanische Studenten im Ausland beibehalten. Für weniger wichtige Transaktionen werde ein Kurs von sechs Bolivar je US-Dollar. Der Kurs von sechs Bolivar repräsentiert eine Abwertung von 28,7 Prozent. Schließlich werde ein freier Wechselkurs eingeführt. Die Beschlüsse müssen nach Angaben Sosas noch von der Zentralbank ratifiziert werden. Gleichzeitig erließ die Regierung einen Preisstopp für 60 Tage, um dem inflationären Druck durch die neuen Wechselkurse entgegenzuwirken.

Verminderte Einnahmen aus dem Ölgeschäft und eine unkontrollierte Kapitalflucht, die 1982 zu einem Abfluß von mindestens fünf Milliarden Dollar führte, bereiteten Venezuela in jüngster Zeit Schwierigkeiten. Im vergangenen Jahr waren die Einnahmen aus dem Ölgeschäft um 30 Prozent zurückgegangen. Dies hatte die Regierung bereits zu Ausgabenkürzungen gezwungen. Außerdem mußten Entwicklungsvorhaben zurückgestellt werden.

FINNLAND / Sinkende Erdölpreise schränken Exportmöglichkeiten in die UdSSR ein – Suche nach neuen Märkten

Außenhandel ist einseitig auf Moskau ausgerichtet

R. GATERMANN, Helsinki

Die fallenden Benzin- und Heizölpreise haben für Finnland einen bitteren Beigeschmack. Für das Land, das seinen Erdöl- und Naturgasbedarf zu über 70 Prozent aus der Sowjetunion deckt, mit der wiederum der Handel über einen längeren Zeitraum ausgeglichen sein muß, bedeutet ein fallender Ölpreis verminderte Exportmöglichkeiten. In den letzten Jahren konnte die finnische Industrie die zurückgehende Nachfrage aus dem Westen weitgehend durch Exportsteigerungen gen Osten kompensieren. Inzwischen hat sich aber ein Exportüberhang zugunsten Finnlands in Höhe von umgerechnet rund 2,6 Milliarden Mark angesammelt. Und dieser muß erst einmal abgebaut werden.

Mit den gewaltigen Ölpeiserhöhungen in den 70er Jahren nahmen auch die finnischen Ausfuhren in die Sowjetunion explosionsartig zu, schließlich mußten die Importe kompensiert werden. Der sowjetische Anteil am finnischen Außenhandel wuchs in diesen Jahren von etwa 14 auf 25 Prozent. Warnende Stimmen, die die Gefahr der Abhängigkeit kommen sahen, fanden kein Gehör, Alternativmärkte wurden vernachlässigt; es war einfacher, die sowjetischen Wünsche zu erfüllen. Erstreckten diese sich zunächst vor allem auf den Schiff- und Maschinenbau, so profitierten in den letzten Jahren auch die Textil- und Lebensmittelindustrie, von dem im Wert ständig wachsenden sowjetischen Import.

Als dann der Ölpreis auf Talfahrt ging, bekamen dies zuerst die Kleidungsfabrikanten zu spüren; aber jetzt stellen auch die Werften einen nachlassenden Auftragseingang fest. Man muß nun wieder auf die einst vernachlässigten Märkte oder auf völlig neue Länder zurückgreifen.

Die Finnen geben sich große Mühe, den Handel mit der Sowjetunion durch höhere Importe ins Gleichgewicht zu bringen, was nicht einfach ist. Die sowjetischen Lieferungen bestehen zu 85 Prozent aus Öl und Gas. Um trotz des nachgebenden Energieverbrauchs die Abnahme zu steigern, will man die Hauptstadt Helsinki ans Gasnetz anschließen, und der Alleinimporteur, die staatliche Neste Oy, versucht, sowjetisches Erdöl auch im Ausland abzusetzen.

Der hohe Exportüberschuß zugunsten Finnlands stört vermutlich auch die Pläne der Sowjetunion, da sie nun nicht mehr in dem gewünschten Umfang hoch technische Produkte ordern kann, ohne mit Devisen bezahlen zu müssen. Indirekt profitiert sie jedoch trotz allem von dem Ungleichgewicht im bilateralen Handel mit Finnland.

Der finnisch-sowjetische Handel wird über ein Konto bei der Nationalbank in Helsinki finanziell abgewickelt. Nun hat es die Sowjetunion um etwa 2,6 Milliarden Mark überzogen. Finnland gewährt ihr eine Art Handelskredit, der zinsfrei ist. Sollte der Fehlbetrag weiter ansteigen, was bei neuen Ölpreissenkungen kurzfristig unvermeidbar sein wird, hätte die Nationalbank einen nicht unbedeutenden Zinsverlust zu verbuchen. Längerfristig wäre das Problem dann höchstwahrscheinlich nur durch ein spürbares Einschränken des finnischen Ostexports zu lösen. Deshalb betrachtet man in Finnland jetzt mit eigener Sorge die Talfahrt des Ölpreises.

FRANKFURTER WERTPAPIERBÖRSE

Position noch ausgebaut

C. DERTINGER, Frankfurt

Für die deutschen Effektenbörsen war 1982 das umsatzstärkste Jahr der Nachkriegszeit. Deutsche und ausländische Aktien und festverzinsliche Papiere im Wert von 128 Mrd. DM wechselten die Besitzer. Das war fast die Hälfte mehr als im Vorjahr (86 Mrd. DM). Unter den deutschen Börsen hat die Frankfurter Wertpapierbörse ihre starke Position im letzten Jahr weiter ausgebaut. Hier stiegen die Umsätze überdurchschnittlich um 62 Prozent auf fast 67 Mrd. DM. Damit hat sich der Anteil der Frankfurter Börse an den Gesamtumsätzen aller deutschen Börsen im vorigen Jahr von 48 auf 52 Prozent erhöht.

Der Frankfurter Börsenvorstand meldet Rekordumsätze auch in den einzelnen Wertpapiergruppen. Dabei war freilich die Steigerung der Aktiengeschäfte von 15,9 auf 19 Mrd. DM, also um knapp ein Fünftel, relativ bescheiden. Ihr Anteil am gesamten Umsatz der Frankfurter Börse sank von 38,5 auf 28,5 Prozent. Entsprechend verstärkt hat sich das Gewicht der Rentenumsätze, die von 25,4 auf 47,8 Mrd. DM emporschnellten, also um 88 Prozent.

An den Umsätzen aller deutschen Börsen in deutschen Aktien war die Frankfurter Börse mit 44 Prozent beteiligt (15,5 nach 13,1 Mrd. DM), an denen in deutschen Rentenwerten mit 49 Prozent (36,0 nach 17,5 Mrd. DM). Weitaus höher war der Frankfurter Umsatzanteil mit 67 Prozent bei ausländischen Aktien (3,5 nach 2,8 Mrd. DM) und mit 82 Prozent bei ausländischen Rentenwerten (11,8 nach 7,8 Mrd. DM).

Zur amtlichen Notierung waren Ende letzten Jahres in Frankfurt 405 (Ende 81: 416) Aktien mit einem Nominalwert von knapp 107 Mrd. DM zugelassen, davon 223 inländische mit einem Nominalkapital von 39,4 Mrd. DM, dessen Börsenwert von 125,8 auf 146,7 Mrd. DM stieg. Umsatzstärkster Dividendenwert war die Siemens-Aktie mit einem ausmachenden Betrag von 1,2 Mrd. DM, was etwa einem Achtel des Siemens-Marktwerts zum Jahresende entsprach.

Auf Platz zwei folgte die Aktie der Deutschen Bank mit 869 Mill. DM, ebenfalls knapp einem Achtel des Börsenwerts.

FRANKREICH / Japan drängt verstärkt auf den Pariser Modemarkt

Tokioter Firma will Kontrolle von Courrèges

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nach den Autos, den Kameras und der Unterhaltungselektronik hat sich Japan jetzt den textilen Bereich herausgegriffen, um den Europäern (und Amerikanern) verstärkt Konkurrenz zu machen. Hauptzielrichtung der neuen Initiative ist das Modeland Frankreich.

So fiel schon beim letzten Pariser Prêt-à-porter-Salon auf, wie stark inzwischen die Position der japanischen Modeschöpfer Kenzo, Kawabuko und Yamamoto geworden ist. Inzwischen bemühen sich die Japaner aber auch um maßgebliche Beteiligungen an der französischen Haute Couture. Ein erstes Projekt betrifft die Kontrolle von Courrèges durch die Tokioter Firma Descente, die zu den weltgrößten Herstellern von Sportbekleidung gehört.

Nachdem sich schon die japanische Renown an der von Gunter Sachs gegründeten französischen Konfektionsfirma „Mic-Mac" maßgeblich beteiligt hatte, geht es Descente darum, die bekannte Courrèges-Marke seiner Konfektion nutzbar zu machen. Ein Lizenzabkommen für den Sektor „Courrèges Sport Futur" war zwischen den beiden Firmen schon vor einiger Zeit getroffen worden.

Gegenwärtig befindet sich das Pariser Modehaus zu je 50 Prozent im Besitz von André Courrèges und dem französischen Kosmetikkonzern Oréal, der gleichzeitig hundertprozentiger Eigentümer der Parfümgesellschaft Courrèges ist. An Descente abgetreten werden soll die Courrèges-Beteiligung (ohne Parfüm). Einschließlich Konfektion erzielte das Modehaus 1982 einen Umsatz von rund 90 Millionen Franc (rund 32 Millionen Mark).

In Paris erwartet man, daß die französische Regierung das Abkommen genehmigt, falls die Marke „Courrèges" in Frankreich bleibt und demzufolge die Lizenzeinnahmen nach Frankreich fließen

Schwache Nachfrage riß Ertragsloch

INGE ADHAM, Frankfurt

Ein wieder belebter Inlandsmarkt und weitere Exporterfolge (Exportquote 42 nach 39 Prozent) signalisieren nach Ansicht des Vorstandes der Schott-Zwiesel AG (Zeiss-Stiftung) ein Ende der Talsohle und damit die Chance für eine Ergebnisverbesserung bei dem Glashersteller im strukturschwachen Bayerischen Wald.

Im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) war die Rechnung für das Stiftungsunternehmen nicht aufgegangen. Die Mutter Schott in Mainz mußte aufgrund des Organschaftsvertrages 3,3 Mill. DM Verluste übernehmen. Es gelang jedoch, wie Vorstandssprecher Heinz Dieter Simon erklärte, die Beschäftigung zu sichern, „ein in einer strukturschwachen Region außerordentlich wichtiges Resultat". Zum Jahresende beschäftigte Schott-Zwiesel 1800 (1900) Mitarbeiter.

Am Inlandsmarkt büßte das Unternehmen im vergangenen Geschäftsjahr gut 5 Prozent Umsatz ein (mit der gleichen Rate schrumpfte der Markt für Gebrauchsglas). Den Ausgleich brachte die Steigerung des Exports um 7,9 Prozent auf 58,9 (54,7) Mill. DM, so daß der Gesamtumsatz mit 141 Mill. DM unverändert blieb. Die konstante Gesamtleistung bei steigenden Kosten machte jedoch die noch im vergangenen Frühjahr gehegten Gewinnhoffnungen zunichte.

Vor diesem Hintergrund werden die wenigen freien Aktionäre wohl kaum bei der Hauptversammlung am 23. März einer vorgeschlagenen Kapitalerhöhung um 5 auf 35 Mill. DM zustimmen (Ausgabekurs 100 Prozent im Verhältnis 6:1). Die jungen Aktien sind ab 1. Oktober dieses Jahres gewinnberechtigt.

INVESTMENTFONDS / Zusätzliche Aktiennachfrage

Welle von Neugründungen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

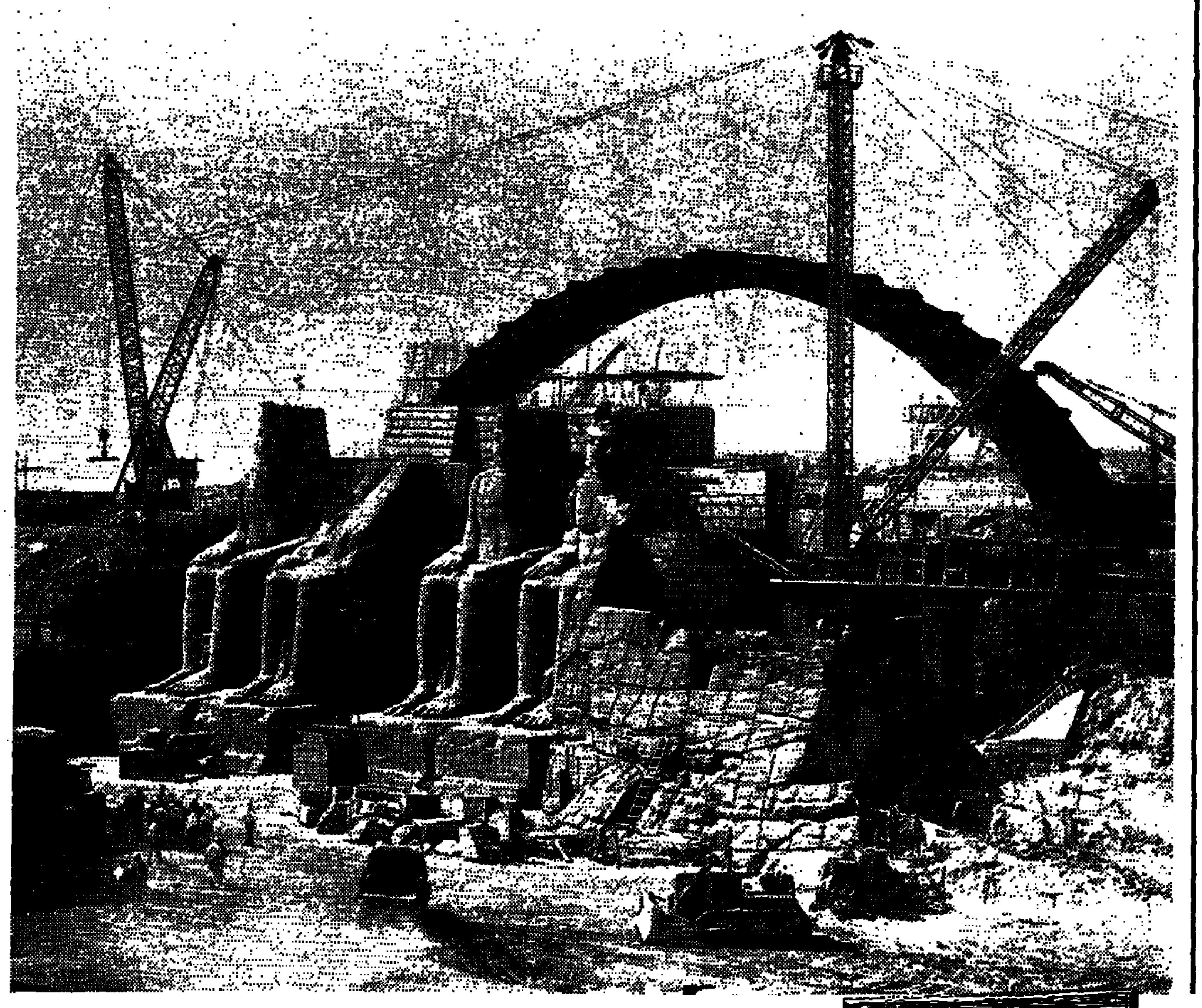
Die bevorstehende Verabschiedung des Gesetzes, mit dem erstmals Investmentfonds italienischen Rechts zugelassen werden sollen, wird Mailänder Finanzexperten zufolge eine Lawine von Neugründungen auslösen. Mit den ersten Gründungen ist im September zu rechnen, da das Gesetz 180 Tage für das gesamte Genehmigungs- und Zulassungsverfahren vorsieht. Insgesamt sind 15 neue Fonds bereits beschlossen, ein weiteres Dutzend ist in der Planung.

Allen Plänen gemeinsam ist, die von dem Gesetz gebotenen Möglichkeiten alternativer Anlageformen voll auszuschöpfen. Die dem staatlichen Finanzierungsinstitut IMI gehörende Fonds-Gesellschaft Fideuram, die die zwei größten in Italien operierenden Fonds luxemburgischen Rechts (Fonditalia und Interfund) betreibt, erwartet schon für 1983 eine zusätzliche Nachfrage von 2000 Milliarden Lire (fast 3,5 Milliarden Mark), womit sich das bisherige Fondsvermögen ungefähr verdoppeln wird. Die zehn in Italien tätigen Fonds luxemburgischen Rechts erhöhten 1982 ihr Fondsvermögen um 7,7 Prozent auf 1944 Milliarden Lire. Für 1984 rechnet Fideuram mit 5000 Milliarden Lire, auf diesem Niveau könnte sich der Markt in der Folge stabilisieren. Nach Ansicht von Finanzexperten ist diese Zahl nicht zu hoch gegriffen. Sie entspricht gerade 1,5 Prozent der heutigen Bankeinlagen und sieben Prozent der neuen Ersparnisse, die im vergangenen Jahr von den italienischen Haushalten gebildet wurden.

Insgesamt sind Aktienanlagen am gesamten Sparvolumen der italienischen Haushalte (Angaben von 1981) nur mit fünf Prozent, die sogenannten alternativen Anlagen (inklusive Fonds) sogar nur mit etwas über einem Prozent beteiligt. Eine starke Ausdehnung dieser Anteile ist aber wahrscheinlich, da die Anleger nach dem Boom der Schatzpapiere in den Jahren 1980/81 neuerdings wählerischer geworden sind und vor allem den Schatzpapieren neuerdings weniger Vertrauen entgegenbringen. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, daß die Bankeinlagen 1982 nach Jahren erstmals real nicht mehr gesunken sind. Ein Zeichen, daß viele Sparer in Erwartung neuer Anlagemöglichkeiten ihr Geld liquide halten.

Was hier an Möglichkeiten schlummert, mag daraus hervorgehen, daß der Anteil der Bankeinlagen am gesamten Sparvolumen der privaten Haushalte 63 Prozent betrug, der der Schatzpapiere einschließlich der Industrieobligationen 28 Prozent.

Im Unterschied zu den zehn Investmentfonds luxemburgischen Rechts, die auch ausländische Titel im Portefeuille führen dürfen (derzeit rund 30 Prozent des Gesamtvolumens), ist dies den italienischen Fonds verwehrt.



Lage bei Ceag hat sich gebessert

Wb. Frankfurt

Die Ceag Industrie-Aktien und Anlagen AG, Frankfurt, will bereits für 1982 einen ausgeglichenen Abschluß vorlegen. Die Lage des Unternehmens, das zum Interessenkreis der Familie Quandt gehört, habe sich 1982 „entscheidend gebessert", heißt es in einem Zwischenbericht.

Dazu dürfte in erster Linie beigetragen haben, daß die Erbengemeinschaft Herbert Quandt im vergangenen Oktober den Verlustbereich Ceag Dominit AG (Luftreinigung) übernommen hat, und das auch noch zu einem Verkaufspreis, der „weit über dem Verkehrswert" lag. Mit dem dadurch möglichen Schuldenabbau wurde die Bilanzstruktur erheblich verbessert.

Künftig will sich die Ceag ausschließlich auf das Batteriegeschäft mit den beiden Gesellschaften Deta und Mareg konzentrieren. Der Umsatz in diesem Bereich stieg 1982 um 3 Prozent auf 180 Mill. DM; seine Erträge entwickelten sich zufriedenstellend.

Umsatzminus bei Villeroy & Boch

Wb. Frankfurt

Der Verkauf ihrer italienischen Werke, aber auch Umsatzeinbußen in den bauabhängigen Bereichen Fliesen und Sanitärkeramik haben 1982 den Umsatz der Keramik-Gruppe Villeroy & Boch, Mettlach, um fast 8 Prozent auf 1,2 (1,3) Mrd. DM zurückgehen lassen. Steigerungen gab es lediglich noch im haushaltsnahen Bereich Geschirr und Kristall. Sein Umsatz wuchs um knapp 9 Prozent auf 239 (219) Mill. DM, sein Anteil am Gruppenumsatz stieg damit auf 19,5 (16,5) Prozent. Die Zuwachsrate des Bereichs liegt deutlich über den Branchenwerten der Porzellanindustrie (plus 0,3 Prozent) und der Steingutindustrie (plus 3,6 Prozent).

Wie schon 1981 war es vor allem der Export, der für das Wachstum sorge. Wichtigste Exportmärkte sind Frankreich und die USA. Nach einem Jahr der nominalen Stagnation und des realen Rückgangs am gesamten Inlandsmarkt hofft man in Mettlach jetzt aber wieder auf eine wachsende Konsumneigung der deutschen Verbraucher und auf eine „etwas großzügigere" Disposition des Fachhandels.

Wacker-Chemie mit Ertrag unzufrieden

dpa/VWD, München

Die Wacker-Chemie GmbH, München, erreichte 1982 einen Konzernumsatz von rund 1,9 (1,86) Mrd. DM. Die fehlende Inlandsnachfrage (minus 3 Prozent) wurde durch eine Steigerung von 3 Prozent im Export ausgeglichen. Der Exportanteil stieg auf rund 51 (49) Prozent. „Insgesamt unbefriedigend" sei die Ertragsentwicklung verlaufen, heißt es, doch werden nähere Angaben nicht gemacht. Für 1981 hatte Wakker einen Jahresüberschuß von 5,8 Mill. DM ausgewiesen.

Die Wacker-Chemitronic konnte ihren Umsatz 1982 deutlich ausweiten. Zufriedenstellend habe sich die US-Tochter Wacker Siltronic entwickelt. Bei der Elektroschmelzwerk Kempten GmbH habe sich die Ertragslage bei gegenüber dem Vorjahr rückläufigem Umsatz unter anderem durch Veränderungen der Produktpalette günstiger entwikkelt.

Der Personalbestand im Konzern verringerte sich per Ende 1982 um 1,5 Prozent auf 9602 Mitarbeiter. Die Investitionen beliefen sich auf rund 110 (128) Mill. DM; davon gingen etwa ein Viertel in Forschung und Entwicklung.

KUBA / Mit kapitalistischen Leistungsanreizen sollen die Arbeiter motiviert werden

Geschenkaktion zur Zuckerrohr-Ernte

WERNER THOMAS, Hannover

Insgesamt werden 87 400 Geschenke verteilt. Die 500 fleißigsten Männer und Frauen erhalten ein Auto, einen sowjetischen Lada. Die anderen können sich Nähmaschinen, Klimaanlagen oder Kühlschränke verdienen. Zu gewinnen sind auch 255 freie Reisen in „sozialistische Bruderländer", darunter die „DDR".

Die marxistischen Wirtschaftsstrategen Kubas müssen vom kapitalistischen Klassenfeind immer mehr die Methoden des materiellen Anreizes übernehmen, um die Apathie der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Gerade hat wieder ein Bericht des Zentralkomitees der kommunistischen Partei über die wirtschaftliche Lage die niedrige Produktivität beklagt.

Diplomatische Beobachter in Havana glauben, daß in kaum einem anderen Land der Welt so viel Leerlauf und Trägheit herrschen. Das System versucht schon seit den siebziger Jahren, den Arbeitswillen des bequemen Volkes mit Ködern in Form von Konsumgütern anzuspornen. Harter Einsatz wurde mit Gutscheinen belohnt, die etwa den Erwerb von Waschmaschinen und Fernsehgeräten erleichterten. Nie zuvor ist jedoch eine so massive Geschenkaktion veranstaltet worden wie diesmal, die den Arbeitern der Zuckerrohr-Ernte gilt.

Die größte Insel der Karibik (zehn Millionen Einwohner, 114 524 Quadratkilometer) befindet sich in einer schweren Wirtschaftsrezession, die niedrigen Preise für Zucker, ein Produkt, das fast 75 Prozent der gesamten Exporterlöse bringt und die hohen Auslandsschulden haben sämtliche Entwicklungspläne durchkreuzt. Jetzt will sich das Regime durch eine Umschuldung seiner Verpflichtungen an westliche Kreditgeber (insgesamt 3,5 Milliarden Dollar) Erleichterung verschaffen. Es geht um 1,2 Milliarden Dollar.

Das Los der kurzgehaltenen Konsumenten erleichtern die sogenannten „freien Märkte", wo Bauern, die nach der Erfüllung der jeweiligen Quoten überschüssige Erzeugnisse verkaufen dürfen. Die Preise liegen jedoch oft um das Drei- bis Vierfache über denen der rationierten Waren. Noch immer kommt kein Kubaner ohne das hellbraune Rationierungsbüchlein aus, „Libreta" genannt. Rationiert sind nach wie vor 30 Prozent aller Produkte. So erhält eine Person ein Paar Schuhe pro Jahr, eine Hose oder ein Kleid pro Jahr, ein Stück Seife, einen halben Liter Speiseöl, fünf Pfund Reis und vier Pfund Zucker im Monat.

Eugenio Balari war der Mann, der den Wirtschaftsstrategen die kapitalistischen Spritzen empfohlen hat. Der Chef des kubanischen „Instituts für die internen Notwendigkeiten" verkündete die unmarxistische Losung: „Jeder nach der Quantität und Qualität seiner Arbeit."

Balari, das westliche Aushängeschild des Regimes (er trägt gern Jeans und Sporthemden), ist Herausgeber der populärsten kubanischen Zeitschrift „Opina". Das Monatsblatt veröffentlicht Warenanzeigen, kritische Leserbriefe und übt mitunter selbst Kritik an Mißständen. Jedoch: Die Ideologie wird nie in Frage gestellt.

Der Exilkubaner Dr. Antionio Jorge, ein Ökonom der „Florida International University" in Miami, betrachtet Balaris Ideen und alle Initiativen des materiellen Anreizes als „kosmetische Maßnahmen". Dr. Jorge: „Die Probleme liegen in einem System, das fast alle Ansätze der Privatinitiative hemmt. Wenn man das System nicht ändert, wird es nie durchgreifende Fortschritte geben."

KHD / Leichte Aufstockung der Dividende in Sicht – Gesamtleistung stark gestiegen

Besser als die Branche abgeschnitten

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Bei einer leichten Steigerung des Gruppenumsatzes auf 5 (4,9) Mrd. DM hat die Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD), Köln, 1982 den AG-Umsatz des Stammhauses zwar nur hauchdünn auf 3,92 (3,91) Mrd. DM mit noch 61 (63) Prozent Exportanteil gesteigert. Das lag jedoch nur an dem abrechnungsbedingt um weitere 35 (19) Prozent auf rund 470 Mill. DM Umsatz zurückgefallenen Industrieanlagengeschäft, dessen Auftragsbestand sich zugleich noch auf 2,2 (2,1) Mrd. DM erhöhte. Im Seriengeschäft (Antriebe und Landtechnik) hingegen schaffte die KHD-AG ein Umsatzplus von 8 Prozent. Und die AG-Gesamtleistung wuchs um weitere 15 (7) Prozent auf nun gut 4,5 Mrd. DM. Beide Wachstumsraten heben sich positiv vom Durchschnitt der deutschen Maschinenbauindustrie ab.

Sie wurden überdies mit einer im Zuge der mehrjährigen Rationalisierungsmaßnahmen abermals um 2 Prozent auf 22 606 Mitarbeiter verringerten AG-Belegschaft erzielt. So zeigt sich denn auch der Vorstand zumal beim Blick auf die weltweit anhaltende Konjunkturschwäche mit der Entwicklung im eigenen Haus „zufrieden" und kündigt für 1982 ein „insgesamt befriedigendes Ergebnis" an. Etwas konkreter dürfen dies die Eigentümer von 265 Mill. DM Aktienkapital (gut 50 Prozent Klöckner-Familiengruppe, 23 000 Streubesitzer) als Aussicht auf leichte Aufstockung der in den letzten Jahren konstanten Dividende von 7 DM verstehen.

Stolz registriert der Vorstand zum Unternehmensbereich Landtechnik, daß KHD 1982 erstmals (seit 15 Jahren) bei den inländischen Traktorenzulassungen mit einem Marktanteil von 18,9 Prozent wieder Nummer eins der Branche geworden sei. In der umsatzstärksten AG-Sparte Antriebe profitierte der Umsatzauftrieb vor allem vom gewachsenen Mittel- und Großmotorengeschäft mit Opec-Staaten des Mittleren und Nahen Ostens.

Bemerkenswert zurückhaltend berichtet der Vorstand dagegen von der für KHD erfolgreichen Einigung im Schiedsgerichtsstreit mit Fiat über die Abgabe des 20prozentigen KHD-Anteils am Iveco-Nutzfahrzeugverbund. Die für diesen Anteil gegründete holländische ITH-Zwischenholding wurde nach Abgabe nun als künftig 100prozentige Tochter in „KHD Nederland BV", Rotterdam, umbenannt, was zugleich Fortsetzung der Iveco/KHD-Kooperation im Bereich der luftgekühlten Deutz-Dieselmotoren bedeute. Mit vornehmem Schweigen übergeht der Vorstand dabei, daß die Einigung über die Abgabe des Iveco-Anteils (Buchwert 324 Mill. DM) einen Buchgewinn von bis zu 0,5 Mrd. DM gebracht haben dürfte, der bei der (im KHD-Abschluß nicht konsolidierten) holländischen Tochter bleibt.

In seiner Prognose für das KHD-Geschäft in 1983 bleibt der Vorstand „wegen der weltweiten wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten" zurückhaltend. Man plane ungefähr den gleichen AG-Umsatz wie 1982 und werde die Rationalisierung „konsequent weiterführen".

LBS HANNOVER / Erneuter Rückgang bei Abschlüssen

Neugeschäft zieht wieder an

D. SCHMIDT, Hannover

Die Landesbausparkasse Hannover/Braunschweig, die 1981 im Neugeschäft Einbußen von über 20 Prozent hinnehmen mußte, hat das schwierige Jahr 1982 besser als erwartet überstanden. Mit 86 793 (95 496) neuen Bausparverträgen konnte der Rückgang (9,1 Prozent) in Grenzen gehalten werden. Gemessen an der Bausparsumme (2,38 nach 2,6 Mrd. DM) liegt das Minus bei 8,6 (23) Prozent. Damit, so LBS-Geschäftsführer Dieter Boening, sei die Entwicklung des Neugeschäfts in Niedersachsen günstiger verlaufen als im Branchendurchschnitt.

Für 1983 rechnet Boening wieder mit einem Anstieg des Neugeschäfts. In den beiden ersten Monaten sei im Zuge des staatlichen Zinsverbilligungsprogramms stückzahlmäßig ein Plus von knapp 30 Prozent und der Summe nach um über 40 Prozent zu verzeichnen. Für das gesamte Jahr rechne die LBS indes mit deutlich geringeren Zuwachsraten. Gestützt auf die in den letzten Wochen kräftig gestiegenen Baugenehmigungen, könne 1983 von einer stärkeren Wohnungsbautätigkeit ausgegangen werden.

Angesichts der Branchenentwicklung zeigt sich die LBS mit den 1982 erzielten Ergebnissen durchaus zufrieden. Zum Jahresende betreute die Bausparkasse 975 720 (965 152) Verträge mit einer auf 25,14 (24,6) Mrd. DM gestiegenen Bausparsumme. Bei unveränderten Wartezeiten wurden 78 346 (77 718) Verträge mit einer Bausparsumme von 1,67 (1,62) Mrd. DM bereitgestellt. Die Darlehensbewilligungen nahmen auf 47 579 (45 054) Verträge mit einem Volumen von 1,16 (1) Mrd. DM zu. Nach den Worten von Boening rechtfertigt der derzeit gute Liquiditätszufluß die Hoffnung, daß die bisherigen Wartezeiten beibehalten werden könnten.

PHILIPS / Start für Compact Disc

Keine System-Vielfalt

JAN BRECH, Hamburg

Der Philips-Konzern wird im März den Startschuß für die vor drei Jahren erstmals vorgestellte Compact-Disc geben. Zu diesem Zeitpunkt sollen drei verschiedene Abspielgeräte auf den Markt kommen. Diese Geräte lesen die in digitaler Form in der Compact Disc gespeicherte Musik mit einem Laserstrahl berührungslos ab. Dadurch treten bei der nur 12 Zentimeter kleinen Platte weder Verschleiß noch Qualitätsverschlechterungen der Musikaufnahme ein. Das kleinste Abspielgerät für Compact-Disc ist nicht viel größer als ein Din-A-4-Briefbogen und 7,5 Zentimeter hoch.

Bei Philips wird davon ausgegangen, daß die Compact-Disc aufgrund ihrer Systemvorteile die herkömmliche Schallplatte innerhalb der nächsten 10 Jahre ablösen wird. Die Preise für die neuen Geräte liegen zwischen 2000 und 2200 DM. Auf dem deutschen Markt erwartet Philips für 1983 ein Absatzvolumen von rund 70 000 Stück. Zum Verkaufsstart stehe eine anspruchsvolles Plattenrepertoire zur Verfügung, das von jetzt 250 Titeln bis zum Jahresende auf knapp 600 Titel erweitert werden soll.

Das Philips-System ist inzwischen weltweit von 40 Geräte- und Schallplattenfirmen in Lizenz übernommen worden. Dadurch sei sichergestellt, so wird bei Philips betont, daß es Verunsicherungen durch andere Systeme nicht geben werde. Das Geräteangebot soll noch in diesem Jahr um ein viertes Gerät erweitert werden. In den nächsten Jahren ist zudem vorgesehen, Hifi-Gerätekombinationen mit Compact-Disc-Spielern, Plattenwechsler und tragbare Geräte einzuführen.

Hypo Hamburg erhöht den Bonus

JAN BRECH, Hamburg

Eine höhere Ausschüttung und eine Erhöhung des Grundkapitals aus Gesellschaftsmitteln schlägt die zur Dresdner-Bank-Gruppe gehörende Hypothekenbank in Hamburg AG der Hauptversammlung am 29. April vor. Wie einem ersten Überblick zu entnehmen ist, sollen aus dem um 6,1 Prozent auf 20,7 Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß 10,3 Mill. DM den Rücklagen zugeführt werden und an die Aktionäre unverändert 10 DM Dividende sowie ein Bonus von 2,50 (2) DM ausgeschüttet werden. Aus dem dann noch verbleibenden Bilanzgewinn sind weitere 4,2 Mill. DM für die Rücklagendotierung vorgesehen. Das Grundkapital soll durch Berichtigungsaktien im Verhältnis 10:1 um 2,5 auf 27,5 Mill. DM aufgestockt werden.

Der Geschäftsverlauf im Jahr 1982 war bei der Hypo Hamburg durch umfangreiche Tilgungsrückflüsse im Aktiv- und Passivgeschäft gekennzeichnet, wodurch günstig laufende Margen fortgefallen sind. Der Bank sei es aber gelungen, heißt es, durch margenbewußte Politik für einen Ausgleich zu sorgen, ohne das Zusagevolumen des Vorjahres erreichen zu müssen. Im Vergleich zu 1981 gingen die Darlehenszusagen um rund 40 Prozent auf 1,23 Mrd. DM zurück; allein die Kommunaldarlehen reduzierten sich um knapp 1 Mrd. auf 732,5 Mill. DM.

Der Rückgang des Zinsüberschusses um 1,9 Prozent auf 53,2 Mill. DM sei im Betriebsergebnis durch hohe Einmalerträge ausgeglichen worden, heißt es. In der außerordentlichen Rechnung hätten sich die stark gestiegenen Zinsrückstände von 2,6 Mill. DM negativ bemerkbar gemacht.

Neue Aktien der Kerkerbachbahn

cd. Frankfurt

Die seit 1979 im Immobilien- und Bauträgergeschäft tätige Kerkerbachbahn AG will den Kreis der freien Aktionäre (bisher 20 Prozent) im Zuge einer Kapitalerhöhung von 1,8 auf 2,45 Mill. DM erweitern. Über ein Konsortium (PM Portfolio Management, Fürst Thurn und Taxis Bank, Bank Robert Meyerdings, Marcard & Co, Rothschild Bank AG) werden dem Publikum bis zum 3. März 13 000 stimmrechtslose Vorzugsaktien zum Kurs von 250 DM je 50-DM-Aktie angeboten, die zunächst im Münchener und Düsseldorfer Telefonverkehr gehandelt werden und später in den Freiverkehr eingeführt werden sollen. Die Nachfrage nach dieser kleinen Neuemission ist sehr groß. Denn bei der für 1983 in Aussicht gestellten Dividende von 26,50 DM je Aktie zuzüglich Steuerguthaben ergäbe sich eine Rendite von 16,56 Prozent. Laut Verkaufsangebot ist für dieses Jahr mindestens ein Gewinn von 41 DM je Aktie (nach DVFA-Formel) zu erwarten. Die alten Vorzugsaktien wurden zuletzt mit 540 DM je Aktie bewertet.

NAMEN

Ernst Thielenhaus, geschäftsführender Gesellschafter der Maschinenfabrik Ernst Thielenhaus GmbH, Wuppertal, wird heute 70 Jahre.

Dr. Werner Siebourg, Vorstandsmitglied der Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG, Wesseling, beendet nach 35jähriger Tätigkeit am 28. Februar 1983 den aktiven Dienst. Seine Nachfolge tritt **Dr. Horst J. Köhler** an, der vom bisher stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt wurde.

Dr. Immo Reinhold (38), bisher Vertriebsleiter/Inland der Krohne Meßtechnik GmbH & Co. KG, Duisburg, übernimmt am 1. März 1983 die Position eines Vertriebsdirektors bei der Danfoss Handelsgesellschaft mbH, Offenbach/Main. Gleichzeitig wird er als zweiter Geschäftsführer bestellt.

Pierre Bähr, bisher Generaldirektor von Peugeot Talbot Niederlande, wurde zum Generaldirektor der Peugeot Talbot Deutschland GmbH, Saarbrücken, ernannt. Er ist Nachfolger von **Michel Besanceney**, der die Geschäftsleitung der Peugeot Talbot Italia SPA übernimmt.

Bruno Reis, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats und stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzender bei der Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, feiert heute das 40jährige Firmenjubiläum.

TIEFKÜHLGEMÜSE / Enge Kooperation von Landwirten und Industrie

Noch weitere Wachstumschancen

H. HILDEBRANDT, Reken

Auf etwa 5300 Hektar und somit auf rund 12 Prozent der Gesamtanbaufläche für Freilandgemüse baut die deutsche Landwirtschaft Gemüse für die Tiefkühlindustrie an. Als Voraussetzung für solchen Anbau werden nicht nur günstige Klima- und Bodenverhältnisse, sondern auch ein hohes Grundwasserangebot gefordert, da für die Tiefkühlkost-Produktion extrem viel Wasser benötigt wird. So sind beispielsweise nur für das Waschen von einem Kilogramm Spinat 30 Liter Wasser erforderlich. Wichtig sind jedoch auch größere, zusammenhängende Anbauflächen, die eine maschinelle und damit rationelle Bearbeitung zulassen. Diese Voraussetzungen sind zum Beispiel in den Gemüseanbaugebieten Wunstorf bei Hannover gegeben, wo vorwiegend Erbsen angebaut werden, ebenso im münsterländischen Kreis Borken, wo Spinat dominiert.

Eine entscheidende Rolle spielt aber auch die Bereitschaft der Vertragslandwirte, ihre Produktion mit dem Bedarf und den Organisationsabläufen der Industrie abzustimmen. So stellt das Tiefkühlwerk das Saatgut zur Verfügung, bestimmt den Zeitpunkt der Aussaat sowie der Ernte und sorgt für den erforderlichen Maschinenpark. Der Vertragslandwirt ist dagegen für die Aussaat und die Pflege der Kulturen verantwortlich, Düngung, Pflanzenschutz und Beregnung eingeschlossen.

Diese Zusammenarbeit ermöglicht eine volle Auslastung der Industriekapazitäten in den Erntemonaten April bis Dezember, aber auch einen optimalen Produktionsablauf. So wird das Tiefkühlwerk Reken, Kreis Borken, von der Langnese-Iglo GmbH betrieben, Spinat etwa eine Stunde nach der Ernte bereits schockgefroren. Bei Erbsen liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Erntekolonnen stehen dabei mit dem Werk in Funksprechverbindung.

Das ständig erweiterte Angebot an Tiefkühlkost umfaßt inzwischen nicht nur mehr als 50 Gemüsesorten, sondern auch zahlreiche Artikel mit hohem Conveniencegrad – zum Beispiel Rahmspinat und Apfelrotkohl, Pfannen- und Suppengemüse. 1981 wurden rund 163 000 Tonnen Gemüseprodukte im Wert von etwa 3,3 Mrd. DM auf dem deutschen Markt abgesetzt. das waren 28 Prozent des Gesamtabsatzes an Tiefkühlkost.

Im letzten Jahrzehnt ist der Gesamtverbrauch damit um 86 Prozent gestiegen, wobei die größten Impulse aus dem Bereich der Gemeinschaftsverpflegung kamen. Die vorläufigen Zahlen für 1982 lassen zwar erkennen, daß die Wachstumskurve erheblich abflachte. Die mengenmäßige Steigerung dürfte nur noch bei zwei bis drei Prozent gelegen haben, damit allerdings immer noch erheblich über dem insgesamt stagnierenden Gesamt-Lebensmittel-Index.

Die anbauende Landwirtschaft und die verarbeitende Industrie sind trotz allem von weiterem Wachstum überzeugt. Dafür spricht die hohe Akzeptanz ihrer Produkte gerade in den nachwachsenden jungen Haushalten, aber auch die steigende Nachfrage nach zubereiteten Gemüseprodukten, deren Anteil am Gesamtangebot im letzten Jahrzehnt von 8 auf 36 Prozent anstieg.

Kurswunder bei AEG/Telefunken

Standardaktien litten unter zunehmenden Gewinnmitnahmen

DW. – Gegenüber der Wochenschlußbörse wurde der Kurs von AEG/Telefunken um 22,50 DM auf 60 DM heraufgesetzt. Damit hat sich der Wert der AEG-Aktie innerhalb einer Woche verdoppelt. Ausgelöst wurde die Kaufwelle durch die Verwaltungsprognose, wonach der im Vergleich befindliche Elektrokonzern möglicherweise schon in diesem Jahr eine ausgeglichene Bilanz vorlegen wird. Käufer von AEG/Telefunken-Aktien waren in erster Linie private Bankkunden. In den meisten anderen Standardaktien verstärkte sich das Angebot. Es wurde, da aus dem Ausland nur noch geringe Kaufaufträge vorlagen, in den meisten Fällen erst bei sinkenden Notierungen untergebracht.

Inländisches Interesse bestand nach wie vor für Stahlaktien, von denen Klöckner (plus 1,40 DM) und vor allem Hoesch (plus 2 DM) ihren Anstieg fortsetzten. Bei den Autoaktien sorgten im Verlaufe aufkommende Rückkäufe für eine Begrenzung der Tagesverluste auf höchstens 3 DM. Kaufhausaktien bereits am Wochenende favorisiert, setzten ihren Anstieg teilweise sogar noch fort. Großchemietitel gaben bis zu 1,50 nach. Bankaktien konnten sich in der zweiten Börsenstunde stabilisieren und schlossen bis zu 1 DM niedriger als am Freitag.

Düsseldorf: Balcke Dürr erhöhten um 7 DM auf 162 DM und Bonner Zement verminderten um 1 DM auf 115 DM. Edelstahl Witten stockten um 4 DM auf 155 DM auf und Ford erhöhten um 30 DM auf 950 DM. AEG Kabel verbesserten sich um 5 DM auf 210 DM. Bei den Versicherungen gaben Allianz Leben um 50 DM auf 1850 DM nach und Colonia um 1 DM auf 229 DM.

Frankfurt: Im Mittelpunkt des Interesses stand erneut die AEG-Aktie, die bei lebhaften Umsätzen und doppelter Plusankündigung auf 61 DM plus 22,50 DM anzog. Auch Großbankrestquoten waren fest und konnten sich bis zu 2 DM verbessern.

Hamburg: Conti Gummi wurden mit 76,50 DM (minus 2,30). Phoenix mit 78,10 DM (minus 1,40) gehandelt. Triton lagen 1 DM schwächer. Doag-Warenhandel stieg auf 206 DM (plus 6) an. Hapag legten 0,40 DM zu. Holsten Brauerei waren 5 DM schwächer, Elbschloß 1,50 DM fester und Hypothekenbank Hamburg verbesserten sich um 20 DM auf 430 DM.

München: Augsburger Kammgarn verminderten um 1 DM auf 78 DM. Verbessern konnten sich Dekkel AG um 3,50 DM auf 99,50 DM. Dywidag um 5 DM auf 273 DM und Großkraft Franken um 4,50 DM auf 235 DM. Grünzweig stockten um 7 DM auf 178 DM auf und NAK St. um 4 DM auf 76 DM.

Berlin: AEG zogen um 21,50 DM und Rheinmetall um 8 DM an. Herlitz Stämme konnten sich um 4 DM, Berthold um 3,50 DM, DeTeWe um 3 DM erholen. Engelhardt lagen um 1,50 DM und Herlitz Vorzüge um 1 DM freundlicher. Orenstein schwächten sich um 8,50 DM. Schering um 4,50 DM und Adca um 4 DM ab. Berliner Kindl und Siemens lagen um je 2,50 DM leichter.

Nachbörse: behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München

Kurswert in 1000 DM

Aktien-Umsätze

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Pioneer Fund $*	21,85	19,97	
dgl. II $*	16,17	14,50	
Schweizeraktien sfr.	297,50	279,25	
Sit-Immob. sfr	1685,00B	1680,00G	
Sit 63 sfr	1500,00B	1290,00G	
Swissimmob. N S sfr	2610,00	2410,00	
Swissimmob. 1961 sfr.	1525,00	1225,00	
Swissvalor sfr.	235,75	224,00	–
Technology $*	15,01	15,73	
Templeton Growth $*	8,97	8,21	
Universal B.S sfr	69,75	66,75	
Universal Fund sfr.	88,81	85,79	
Ussec	720,00	675,00	

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Fremde Währungen

Junge Aktien

28. 2. 83: BMW 265; Bavaria 183; ... Spinnerei 148; Philips Komm. 250 B; ... 122; Herlitz St. 230; Herlitz Vz. 215 ... verkehr: Reag 385 G.

WELT-Aktienindex vom 28. 2.: 118,4 (119,3); WELT-Umsatzindex vom 28. 2.: 3665 (4995).

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

	28. 2.	25. 2.
Delta Airlines	45,25	44,75
Digital Equipm.	125,375	125,25
Dow Chemical	31,25	31,25
Du Pont	40,125	40
Eastern Gas Fuel	20,90	21,25
Eastman Kodak	88,75	90
Exxon	29,75	29,25
Faberge	21	21,375
Firestone	18,375	18,625
Fluor	21,25	21,50
Ford	39,375	40
Foster Wheeler	14	15,50
Fruehauf	33	31,125
GAF Corp	14,875	15,375
General Dynamics	41,625	45,125
General Electric	108,50	109,25
Pfizer	70,50	69,375
Phibro	67,75	68,75
Philips Petroleum	31,875	30,875
Philip Morris	61,625	62
Pittston	15,375	13,625
Polaroid	27,375	27,625
Prime Computer	44,75	44,25
Procter & Gamble	58	57,75
RCA	25,625	23,25
Revlon	34,50	33
Reynolds Ind	47,50	47
Rockwell Int	49	48,50
Rorer Group	24,75	24,50
Schlumberger	42,75	42,625
Sears Roebuck	31,25	31,125
Shell Oil	39	38,375

Toronto

	28. 2.	25. 2.
Bell Canada	24,875	24,875
BP Canada	42,75	43,50
Bluesky Oil	2,87	2,90
Brenda Mines	14,50	14,50
Brunswick M. & Sm	16,625	17,50
Can Cement	13,875	14
Can. Imperial Bk.	31,50	31,50
Can Pacific Ltd	43,875	43,375
Can Pacif Enterpr	21,50	21,375
Cominco	51,50	51,625
Coseca Res	3,65	4,05
Denison Mines	33,75	33,625
Dome Petroleum	3,60	3,70
Domtar	23	22,25
Falconbridge Nickel	59	58
Great Lakes Paper	75,50	75,25
Gulf Canada	13,625	13,50

London

	28. 2.	25. 2.
Babcock Int	132	131
Barclays Bank	440	431
Beecham	368	366
Bowater	192	194
B. A. T. Industries	670	665
Br. Leyland	19	21
British Petroleum	302	306
Burmah Oil	129	132
Cadbury Schweppes	119	121
Charter Cons.	233	231
Cons. Gold Fields	504	504
Cons. Murchison	440	440
Courtaulds	88	88
De Beers $	7,40	7,30
Distillers	241	237
Driefontein $	33,25	32,50
Dunlop	45	45

Mailand

	28. 2.	25. 2.
Italgas	1270	1300
Lepetit St.	29840	29600
Magneti Marelli	769	750
Mediobanca	67000	67600
Mondadori	3810	3815
Montedison	141	139
Olivetti Vz	2607	2750
dgl. St	2665	2750
Pirelli SpA	1588	1592
Rinascente	360	359
RAS	140500	140000
S. A. I.	15800	15906
SIP	1930	1939
Snia Viscosa	970	957
STET	1840	1848
Index	–	203,2

Amsterdam

Tokio

	28. 2.	25. 2.
Teijin	236	230
Tokyo Marine	506	500
Tokyo El. Power	1170	1150
Toray	353	348
Toyota Motor	983	989
Index	592,78	589,22

Wien

	28. 2.	25. 2.
Creditanstalt-Bv. Vz.	209	209
Gösser-Brauerei	–	195
Länderbank Vz.	201	204
Österr. Brau AG	205	200
Perlmooser	268	270
Reininghaus	248	–
Schwechater Br.	135	134
Semperit	–	–
Steyr-Daimler P.	152	149
Universale Hoch-Tief	–	–
Veitscher Magnesit	176	176
Index	49,33	48,99

Kopenhagen

	28. 2.	25. 2.
Den Danske Bank	245,5	247
Jyske Bank	380	380
Kopenh. Handelsbk.	237	236,75
Novo Industri	2210	2189
Privatbanken	232	232
Ostasiat. Komp.	102,75	100
Dan. Sukkerfabr.	446	443,75
For. Bryggener St.	692	685
Kgl. Porc. Fabr.	232	230

Zürich

Brüssel

	28. 2.	25. 2.
Arbed	1150	1116
Brux. Lambert	1665	1660
Cockerill Ougree	94	94
Ebes	2070	2045
Gevaert	1870	1875
Kreditbank	4545	4550
Petrofina	4670	4695
Soc. Gén. d. Belg.	1446	1436
Sofina	4120	4145
Solvay	2430	2365
UCB	2880	2900
Index	–	107,34

Madrid

Hongkong

	28. 2.	25. 2.
Wheelock - A -	3,98	–

Singapur

	28. 2.	25. 2.
Cycle - Car	4,00	4,00
Cold Storage	4,90	4,92
Dev. Bk. of Sing.	8,00	8,10
Fraser – Neave	7,80	7,75
Kl. Kepong	2,46	2,50
Mal. Banking	7,00	7,00
Nat. Iron	7,60	7,55
OCBC	9,75	9,50
Sime Darby	2,40	2,40
Singapur Land	7,40	7,50
Un. Overs. Bank	4,14	4,17

Sydney

	28. 2.	25. 2.
Bk. New S. Wales	–	–
Brok. Hill South	3,50	3,50
Brok. Hill Prop.	4,34	4,40
Coles	2,38	2,40
CRA	4,08	4,20
CSR (Thessa)	–	–
Metals Expl.	–	0,34
MIM-Holdings	4,00	4,15
Myer Emporium	1,30	1,32
North Broken Hill	2,32	2,40
Oakbridge	1,13	1,12
Peko Wallsend	5,90	6,30
Poseidon	4,45	5,78
Thomas Nat. Tr.	1,58	1,55
Waltons	0,70	–
Western Mining	3,75	3,65
Woodside Petr.	0,69	–
Index	498,3	506,4

Paris

	28. 2.	25. 2.
Air Liquide	443	443,5
Alsthom Atlant.	145	144,4
Boghin-Say	252	253
BSN-Gerv.-Danone	1435	1451
Carrefour	1342	1420

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28. 2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅝–8⅞	5¼–5⅜	2⅞–3⅛
3 Monate	8¾–9	5¼–5½	3 –3¼
6 Monate	8⅞–9⅛	5⅜–5⅝	3⅜–3⅝
12 Monate	9⅛–9⅜	5½–5¾	3⅝–3⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 28. 2.: Tagesgeld 5,9–6,0 Prozent; Monatsgeld 5,5–5,6 Prozent; Dreimonatsgeld 5,6–5,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 28. 2.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 28. 2.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 28. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West

Goldmünzen

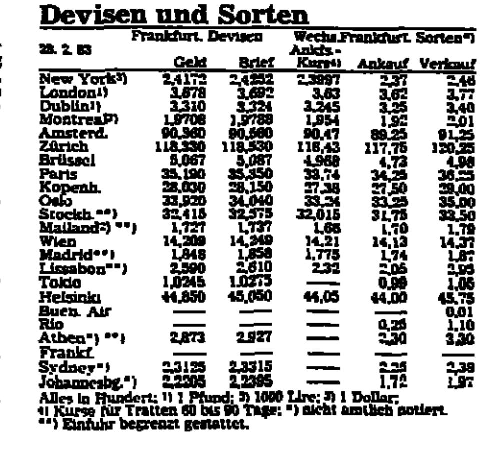
In Frankfurt wurden am 28. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1330,00	1624,55
10 US-Dollar (Indian) **)	918,00	1172,94
5 US-Dollar (Liberty)	403,00	528,94
1 £ Sovereign alt	237,00	290,41
1 £ Sovereign Elizabeth II	234,00	287,02
20 belgische Franken	177,00	233,91
10 Rubel Tscherwonez	251,00	311,88
2 südafrikanische Rand	234,00	287,02
Krüger Rand, neu	1045,00	1228,05
Maple Leaf	1044,00	1224,93
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	242,00	307,00
20 schweiz. Franken „Vreneli"	211,00	266,68
20 franz. Franken „Napoléon"	206,00	261,03
100 österr. Kronen (Neuprägung)	965,00	1158,25
20 österr. Kronen (Neuprägung)	196,00	244,08
10 österr. Kronen (Neuprägung)	103,00	133,34
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	448,00	545,79
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	144,64

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Nach einem zögernden Beginn, der für den US-Dollar unter dem Eindruck eines sehr schwachen Geldmarktes einen leichten Kursgewinn verschaffte, kam es am 28. 2. nach der amtlichen Notierung von 2,4212, die ohne Beteiligung der Deutschen Bundesbank zustande, zu einem kräftigen Nachschlagschub, der einen Anstieg bis zu 2,4340 bewirkte. Nicht einig darüber war man sich, wie die Schwebesituation am Ölmarkt nach der ergebnislosen OPEC-Konferenz zu beurteilen ist. Der SFRS gab gegen DM um 45 PFG auf 118,43 nach und der Yen um 20 Punkte auf 1,0260. Stabil lag das Englische Pfund, das sich mit 3,685 gut behaupten konnte. Dollar in: Amsterdam 2,6765; Brüssel 47,70; Paris 6,8630; Mailand 1398,55; Wien 17,0070; Zürich 2,0444. Pfund/Dollar 1,5220.



Devisenterminmarkt

Bedingt durch Hoffnungen auf eine baldige Rücknahme des US-Diskontsatzes, die durch die Senkung der Prime-Rate am Freitag neuen Auftrieb erhielten, gaben die Euro-Zinssätze am 28. Februar etwas nach und sorgten damit für kleinere Deports beim US-Dollar.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,81/0,71	2,20/2,10	4,25/4,05
Pfund/Dollar	0,39/0,35	0,99/0,94	1,63/1,58
Pfund/DM	2,70/1,30	6,10/4,70	10,70/9,30
FF/DM	65/49	164/148	270/254

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,98) – 8,50 (7,21)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,60, 2 Jahre 6,48.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 100, Rendite 7,25.

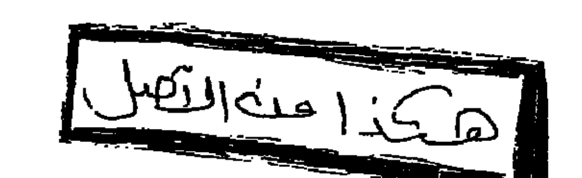
Devisen und Sorten

28. 2. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurse⁴⁾	Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York³)	2,4172	2,4252	2,3997	2,37	2,46
London¹)	3,678	3,692	3,63	3,62	3,77
Dublin¹)	3,310	3,324	3,245	3,25	3,40
Montreal³)	1,9708	1,9788	1,954	1,92	2,01
Amsterd.	90,360	90,560	90,47	89,25	91,25
Zürich	118,330	118,530	118,43	117,75	120,25
Brüssel	5,067	5,087	4,968	4,73	4,98
Paris	35,190	35,350	33,74	34,25	36,25
Kopenh.	28,030	28,150	27,38	27,50	29,00
Oslo	33,920	34,040	33,24	33,25	35,00
Stockh.**)	32,415	32,575	32,015	31,75	33,50
Mailand²) **)	1,727	1,737	1,68	1,70	1,79
Wien	14,209	14,249	14,21	14,13	14,37
Madrid**)	1,848	1,858	1,775	1,74	1,87
Lissabon**)	2,590	2,610	2,32	2,05	2,95
Tokio	1,0245	1,0275	—	0,99	1,06
Helsinki	44,850	45,050	44,05	44,00	45,75
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,873	2,927	—	2,30	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,3125	2,3315	—	2,25	2,38
Johannesbg.*)	2,2205	2,2385	—	1,72	1,97

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 28. 2.: 839 Optionen, 54 950 (44 080) Aktien. Kaufoptionen: AEG 6-14,50, 3-11, 2-8, BASF 6-... 3-7,40, 2-6,50, Bayer 6-6,30, 3-5, 2-5,50, BMW 6-23, 3-... 2-12,20, Bewag 6-6,50, BBC 6-20, Conti 6-7,60, 2-4 ... Daimler 2-20, Deutsche Babcock 6-17, 2-10, Deutsche Babcock Vorzüge 6-17, Degussa 6-25, Harpener 6-19 ... Hoechst 6-8,40, 3-6,50, 2-6,20, Hoesch 6-7, 3-4,70, 2-3 ... Karstadt 6-25, 2-13, Kaufhof 6-18,80, 3-15, Klöckner 6-6,60, 3-5,20, 2-4,80, Lufthansa Vorzüge 3-9, Mannesmann 6-12,60, 3-8, 2-7, Mercedes 6-28,50, Metallgesellschaft 3-23, 2-20, Preussag 6-22, RWE 6-18, 3-12, ... RWE Vorzüge 6-17, 2-9, Schering 6-25,580, Siemens 6-17, 3-14, 2-11,50, Thyssen 6-6,90, 3-6,50, 2-5, V... 6-9,60, 2-6,80, VEW 6-11,95, 3-11, VW 6-15,90, 3-12 ... 2-10,60, Commerzbank 6-11,80, 3-8,40, 2-7,50, Deutsche Bank 6-19, 3-12,90, 2-11, Dresdner Bank 6-13,50, ... 2-7,80, Chrysler 6-5,90, Sperry Rand 3-4,90, Xe... 6-10,20, Philips 3-1,90. Verkaufsoptionen: Bayer 3-8 ... BMW 6-15, BBC 2-7,60, Conti 3-3,80, 6-4,90, Daimler 2-14,50, 6-20, Deutsche Babcock 2-8, 3-10,40, Hoechst 2-4,50, Hoesch 2-4, 3-4,50, Klöckner 2-4,20, 3-5 ... Lufthansa 3-4,40, Mannesmann 2-5,20, Preussag 2-5 ... Siemens 2-8,10, Veba 2-4,45, VW 2-9, 3-9,70, 6-... Commerzbank 2-3,30, 6-4,80, Deutsche Bank ... Dresdner Bank 2-4,90, Chrysler 3-2,90.



Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Nachfrage nach Renten

Angeregt durch Zinssenkungen in den USA hat sich die Stimmung auf dem Rentenmarkt weiter verbessert. Im öffentlichen Bereich konzentrierte sich die Nachfrage auf mittlere und längere Laufzeiten. Hier wurden die Kurse bis zu 0,40 Prozentpunkte heraufgesetzt. Am Pfandbriefmarkt wurden Neuemissionen mit leicht verringerter Rendite angeboten. Das Geschäft blieb jedoch gering. DM-Auslandsanleihen waren kaum verändert.

Sonderinstitute

	28. 2.	25. 2.
5 DSLB Pf 55	74,5	74,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 65	92bG	92bG
8 dgl. Pf 118	102	102
5 dgl. KO 36	97	97
5½ dgl. KO 45	96,5	96,5

	28. 2.	25. 2.
7¼ D. GiroKO 101	101,25	101,25G
10 dgl. KO 125	103,85G	103,85G
9 dgl. KO 179	106G	106G
9¾ dgl. KO 180	109G	109G
9½ dgl. KO 181	108,9G	108,9G
9 dgl. IS/K	101,15G	101,15G
6 D.Hyp.Brem.Pf118	82G	82G
7 dgl. Pf 123	98,45	98,45
6½ dgl. KO 125	95,6G	95,6G

	28. 2.	25. 2.
8¼ dgl. Pf 174	102,65	102,65
8½ dgl. Pf 175	103	103
9½ dgl. Pf 178	105	105
6 dgl. KO 39	83	83
7¾ dgl. KO 170	99	99
9 dgl. KO 180	104,1	104,1
6½ MD.Hyp. Pf. 100	87,5bG	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	97,5	97,5
7 dgl. KO 25	94,5	94,5
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	97,15	97,15

Bankschuldverschreib.

Wandelanleihen

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Anmerkungen
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Um das Limit niedriger schlossen die Gold- und Silbernotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Kassa-Gold gab um 26,90 auf 443,00 Dollar und der verfügbare Silberkontrakt um 88,2 Cents auf 12,50 Dollar je Feinunze nach. Weniger ausgeprägt als bei den Edelmetallen waren die Verluste bei Kupfer. Schwächer ging auch Kaffee aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	25. 2.	24. 2.
März	323,50	327,25
Mai	336,00	341,00
Juli	347,00	350,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif	25. 2.	24. 2.
St. Lawrence 1 CW	233,76	230,86
Amber Durum	206,31	209,26

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	25. 2.	24. 2.
Terminkontr. März	124,90	126,40
Mai	120,30	121,99
Juli	119,25	120,75

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. März	1700	1782

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Internationale Edelmetalle

Messingnotierungen

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse



Wie man Information unterhaltsam verkaufen kann: TV made in USA

Über Kabel 24 Stunden Sport ins Haus

Werner Baecker, Autor von „New York, New York" im Deutschen Fernsehen, möchte mit der eilfertigen Darstellung aufräumen, daß am amerikanischen Fernsehsystem so ziemlich alles falsch ist. – Dem Artikel des prominenten Journalisten liegt ein Vortrag zugrunde, den er auf einer Vertriebstagung des Axel Springer Verlages gehalten hat. Wir veröffentlichen den zweiten Teil des Aufsatzes am kommenden Donnerstag.

Ganz böse Leute behaupten immer wieder, Amerikas Fernsehprogramme seien im Grunde nur eine Entschuldigung dafür, alle paar Minuten Reklame zu machen, Autos zu verkaufen oder Haarwaschmittel anzupreisen. Der Kampf um die Einschaltquoten, um das Rating, den sich die drei kommerziellen Giganten NBC, CBS und ABC liefern, ist kein Kampf um Qualität, sondern ein erbittertes Ringen um die Gunst der Zuschauer.

Die Serie „Dallas", in den USA nach wie vor an der Spitze, hat sich in der Bundesrepublik nur zögernd durchgesetzt, trotz heftiger Ablehnung durch viele Kritiker. Da haben die Verantwortlichen, die die Serie eingekauft haben, ganz einfach Glück gehabt. In diesem Zusammenhang muß man sich darüber wundern, daß die Erfahrungen, Ansichten oder Vorschläge der in Amerika ansässigen Korrespondenten des Fernsehens nur höchst selten oder gar nicht in Anspruch genommen werden.

„Dallas" hat in den USA immer noch ein Rating von 32 Prozent. Das bedeutet, daß jeder dritte amerikanische Haushalt, der über ein TV-Gerät verfügt, am Abend der Sendung auf CBS eingeschaltet ist. Das bedeutet außerdem, und das ist das Wichtigste, daß die Minutenpreise für Reklame, die die Millionengewinne garantieren, bei CBS zur Zeit höher sein dürften als bei NBC.

Aber es sind nicht nur die Situationskomödien, die Sportübertragungen oder die „Seifenopern", die die hohen Ratings erreichen. Die Sendung „Sixty Minutes", 60 Minuten, eine Art Wochenmagazin, das Tatbestände schildert, Mißstände anprangert und korrupte Leute bloßstellt, gehört nun schon seit Jahren zu den meistgesehenen News-Programmen der USA.

Die Frage, was ist drüben besser, läßt sich hier vorweg beantworten. In der Präsentation von News und Dokumentarsendungen gibt es immer neue Beispiele, an denen auch wir uns orientieren könnten, vielleicht sogar sollten. In New York beginnen auf dem Kanal 4 der NBC die lokalen Nachrichten bereits um 17 Uhr. „Live at Five" heißt diese Sendung, ein Zwei-Stunden-Magazin, das von der Weltstadt lebt. Interviews mit interessanten Leuten, Sportnachrichten, Live-Übertragungen aus dem Rathaus mit dem schlagfertigen Oberbürgermeister Koch, Berichte über Unglücksfälle oder Verbrechen von Ort und Stelle, Modefeatures und vor allem die täglichen Wetterberichte, die ihre eigenen Stars hervorgebracht haben.



Seit mehr als 20 Jahren ARD-Korrespondent in New York: Werner Baecker (65) FOTO: DPA

Bei Kanal 4 sieht man nicht eine eintönige Wetterkarte mit Regenschauern und wenig Sonnenschein, in New York heißt es „Frank's Weather", womit Dr. Frank Field gemeint ist. Besonders lustig wird es, wenn ihm eine Prognose arg mißlungen ist, wenn statt Sonnenschein viel Regen kam. „Schade", sagt er dann, „ich habe mich geirrt. Bewerber um meinen Job können sich nach Schluß der Sendung bei unserem Programmdirektor melden." Dieser lockere Ton im Umgang mit den Zuschauern hat nicht verhindert, daß die seriösen Journalisten in den abgetrennten News-Departments, also in den Nachrichtenabteilungen, gelegentlich ihren Willen durchsetzen können.

Klamauk und Schlagerparaden müssen weichen, wenn es um brennende Tagesthemen geht. Eine Dokumentation über das Verhältnis Schwarz und Weiß in den USA lief Mitte September 1981 im Haupt-Abendprogramm der NBC. Das Endergebnis war deprimierend: Schnelle oder endgültige Lösungen sind bei der Erörterung des Rassenproblems kaum zu erwarten. Ein solcher Abend zeigt, daß auch eine kommerzielle Fernsehgesellschaft ein staatsbürgerliches Gewissen haben kann. Will man im Ernst behaupten, von einem künftigen privaten TV-Betrieb in der Bundesrepublik sei ein ähnlich verantwortungsbewußter Journalismus nicht zu erwarten?

Das Dilemma für die herkömmlichen Fernsehmacher Amerikas liegt auf der Hand. Sie müssen nicht nur jüngere Zuschauer erobern, sondern auch mit der Konkurrenz des Kabelangebots fertig werden – obwohl das explosionsartige Anwachsen der Kabelprogramme inzwischen eingedämmt wurde; man hatte den Bedarf wohl überschätzt. Amerikas Jugend läßt sich nicht länger für Bob Hope und die übrige Garde der alt gewordenen Entertainer begeistern, aber wie soll man sie ersetzen, wo sind die neuen Konzeptionen, die Ideen, die überzeugen und zünden? Fragen, die auch wir uns übrigens stellen müssen.

Das alte Rezept der unverbindlichen Massenunterhaltung, Komiker, Sketche, Musikeinlagen, die Traumfabrik für den Bildschirm ohne jede Beziehung zur Wirklichkeit des amerikanischen Alltags, dieses Rezept ist fragwürdig geworden. Die Erweiterung der Möglichkeiten der Kabelnetze und Pay-TV reduziert die Zuschauer-Million der herkömmlichen kommerziellen Giganten. Bob Hope ist ein freundliches Requisit aus der Vergangenheit. Junge Leute schalten sich mehr und mehr auf den Sender ein, der über Kabel neuerdings 24 Stunden Sport ins Haus schickt. Neben einem ausschließlich Nachrichten präsentierenden Sender aus Atlanta. Tagesschau, Tag und Nacht. Aber in einer Aufbereitung und Lockerheit, die überzeugend demonstrieren kann, daß auch Nachrichten, wo immer möglich, informieren und unterhalten können.

Fröhlich und unbeschwert durch den Alltag zu laufen, das, glaube ich, kann man nicht lernen. Leichte Unterhaltung, die keine höheren Ansprüche stellt, ist hierzulande immer etwas herablassend behandelt worden. Im öffentlich-rechtlichen System sind die Einschaltquoten zwar nicht uninteressant, aber existenzbedrohend sind sie ja nicht.

WERNER BAECKER

KRITIK

Ein ganzes Leben lang frieren

In seiner dramaturgischen Geschlossenheit und fesselnder Psychologie mochte sich der Roman des bosnischen Dichters Ivo Andric für das Fernsehen geradezu angeboten haben. Und doch mußte mit Leopold Ahlsen erst ein gewichtiger Dramatiker her, um „Das Fräulein" (ARD) dem Fernsehen zur Glanzstunde und dem Publikum zum Erlebnis werden zu lassen. Wie die Kaufmannstochter Rajka, stets die letzten Worte ihres bankrott gegangenen Vaters in den Ohren, der „tödlichen Krankheit, den Menschen angenehm zu sein", widersteht, wie sie sich ein neues Vermögen erknausert und erwuchert und sich mit eisern anerzogener Härte durch ein Leben ohne Glück und Liebe friert – das ist ungeheuer zupackend. Andrics scharfen Realismus treffend auf den Bildschirm gemalt.

Hinter all diesem Geschehen, auf dem Ahlsen auch die nationalen Akzente des bosnischen Anti-Österreichers Andric gewahrt sein läßt, schimmern immer wieder die Zuckungen einer unterdrückten Menschlichkeit durch. Rajka indes, der Menschen entwöhnt, hat alle Maßstäbe für Vertrauenswürdigkeit verloren. Und so fällt sie, als sie nur ein einziges Mal von ihrer harten Konsequenz abweicht, auf einen Hochstapler herein. Gerade hier hat es Ahlsen virtuos verstanden, die Eigenmechanik der antrainierten Härte faßbar zu machen: Die Betrogene, von Heidelinde Weis erregend dargestellt, sieht ihren ursprünglichen Weg bestätigt und verstrickt sich noch tiefer in Mißtrauen, Geiz und Unbarmherzigkeit.

HERMANN A. GRIESSER

Reformen sind unvermeidlich

Die Zukunft der Sowjetunion (Teil zwei) hat bereits begonnen. Die kommunistische Führungsmacht ist auf dem Wege zur ökonomischen Mittelmacht. Sie wächst in immer geringere ökonomische Spielräume hinein: Von 13 Prozent 1970 schrumpfte ihr Anteil an der Weltwirtschaftsleistung auf momentan zehn Prozent und unter der Voraussetzung, daß dieser Trend anhält – wofür alle Anzeichen sprechen –, bringt sie es 1990 bestenfalls noch auf sieben bis acht Prozent. Damit kann sie eine imperiale Politik nicht mehr im notwendigen Maße finanzieren.

Dieses Fazit zog Rüdiger Proske (**Auf der Suche nach der Welt von morgen**, ARD), und er setzte die entscheidende Ursache dafür eindrucksvoll ins Bild: Es sind die Machtstrukturen der Kommunistischen Partei, die die Lernfähigkeit des Landes behindern, wenn nicht gar blockieren! Umstritten blieb jedoch bei den befragten Experten, welche ostpolitische Strategie der Westen bei dieser eindeutigen Sachlage betreiben soll. Kooperation, westliche Kredite und Handel jedenfalls zögern die unvermeidlichen Reformen nur hinaus.

WERNER OBST

STUDIO

Einen Monat lang, beginnend am 8. März, zeigt das **Rundfunk- und Fernsehmuseum in New York** einen Überblick über das Fernsehprogramm in der Bundesrepublik Deutschland. In Zusammenarbeit mit der ARD, dem ZDF und dem New Yorker Goethe-Institut sind ein Einblick in den Gesamtbereich des Deutschen Fernsehens und Diskussionen geplant. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen stehen amerikanische Premieren von Werken Rainer Ferner Fassbinders und Wolfgang Petersens. Petersens Werk „Das Boot" ist der finanziell bisher erfolgreichste deutsche Film, der jemals in den USA gezeigt worden ist. Er wurde erst kürzlich für einen Oscar nominiert.

Das Festival widmet sich auch dem Drama im deutschen Fernsehen und den Programmen, die sich mit der Nazi-Ära befassen. In diesem Zusammenhang ist eine Aufführung des Films „Die Geschwister Oppermann" geplant. Ein Programmpunkt der Veranstaltungsreihe konzentriert darauf, wie das deutsche Fernsehen über Vorgänge in den USA berichtet. Schließlich sind Vorführungen mehrerer Opernproduktionen, anderer klassischer Filme und für das Kinderprogramm produzierter Sendungen geplant.

In einer Reihe von Seminaren wollen Vertreter des deutschen und des amerikanischen Fernsehens über Werke von Fassbinder und Petersen diskutieren und die Kinderprogramme beider Länder vergleichen. (AP)

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
Nur über HR, NDR, RB, SFB, WDR
10.00 heute
10.03 Notsignale
Innige Verbundenheit
11.40 Globus – Die Welt von der wir leben (5)
12.10 Kontakte
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau

16.15 Die schnellen Sieger
Film über vierbeinige Athleten
John Bassett gibt einen faszinierenden Einblick in Entwicklung und Aufzucht von Rennpferden. Die Ergebnisse umfangreicher Studien veranschaulichen, wie aus Pferden die „schnellen Sieger" werden. Die Geschichte des Pferdes und seine „gelenkte Evolution" in der Neuzeit sind Themen des Films, der bis an die Grenzen der Entwicklungsmöglichkeiten führt. Oder sollten die Pferde der Zukunft auch die heute noch anerkannten physiologischen Barrieren durchbrechen können?

17.00 Denkste?!
Johnny Murano & Co.
17.50 Tagesschau
Anschl.: Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl.: Parteien zur Wahl

20.15 Vor der Entscheidung
Diskussion mit den Generalsekretären bzw. Bundesgeschäftsführern der vier im Bundestag vertretenen Parteien und einem Vertreter der Grünen. Den Fragen von Horst Schättle und Martin Schulze stellen sich für die FDP: Irmgard Adam-Schwaetzer, für die SPD: Peter Glotz, für die CDU: Heiner Geißler, für die CSU: Edmund Stoiber und für die Grünen: Lukas Beckmann
Eine Gemeinschaftssendung von ARD und ZDF

22.15 Dallas
Vater und Sohn
J. R. ist wieder sehr aktiv. Unter dem scheinheiligen Vorwand, er wolle ihr helfen, ihre Ehe mit Ray zu retten, versucht er, Donna für seine Zwecke einzuspannen.
23.00 Tagesthemen
23.30 „Arena"
Thema: Was ist Glück?
Durch die Sendung führt statt des erkrankten Peter Langer Hans E. Pries. An der Diskussion nehmen teil: Margot Werner, Karin Struck, Professor Ulrich Hommes und Professor Rolf Stoedter.
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute

16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Thema: Geld
Früher wurde Erspartes einfach „auf die hohe Kante gelegt". Heute plagen sich nicht nur Wohlhabende damit, ihr Geld sinnvoll bei Banken in Wertpapieren anzulegen. André Kostolany, international bewundertes Börsengenie, wird sicherlich manch brauchbaren Tip geben.
Anschl. heute-Schlagzeilen

WELT Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

16.35 Die Vogelscheuche
Wurzel und der Meistertänzer
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Katja Ebstein
17.50 Das kann ja heiter werden
Verrückte Sachen mit Peer Augustinski
Die Renovierung
Anschl.. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase
Trickreiches mit Bugs Bunny
Zeichentrickfilm
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
Anschl.: Parteien zur Wahl

19.30 Geliebte Wencke
Show-Variationen mit Wencke Myhre
Folgende Szenen aus ihren fünf Shows sind zu sehen: Miss Milly Mabbles Damen-Dixie-Band / Wenn du mich berührst / Die brave Tochter / Die Wahl der Disco-Queen / Wie verführt man einen Mann / Dasselbe noch mal / Im Westernsaloon ist heut was los

20.15 Vor der Entscheidung
Diskussion mit den Generalsekretären bzw. Bundesgeschäftsführern der vier im Bundestag vertretenen Parteien und einem Vertreter der Grünen
22.15 heute

22.20 Aspekte extra
33. Filmfestspiele Berlin
23.35 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Tierreport
21.00 Klimbim (26)
21.45 Landesspiegel
Marktplatz Ruhr-Szene
22.15 Deutscher Alltag
Was kommt nach dem Tanz?
23.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Fochi
Sahara-Oase der Kanuri
19.15 Science Report (9)
19.30 Das Jahr im Garten: März
20.00 Tagesschau
20.15 Ladies mit weißer Weste
Amerikanische Krimikomödie (1978)
21.45 Schauplatz: Spielcasino
Von Peter Rosinski
22.50 Sport III extra
Akrobatik der Zwerge
Mädchenturnen in Rumänien
23.00 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Doctor Snuggles
18.50 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars (5)
19.00 Verehrt – Gefürchtet – Verfolgt
19.45 Praktische Tips
20.00 Tagesschau
20.15 Der Junge mit dem Cello
Italien. Fernsehfilm
21.40 Drei aktuell
21.55 Angst und Hoffnung
22.40 Zeitgeschichte im Fernsehen

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
19.00 Les Gammas!
19.30 Die Sprechstunde
Für Baden-Württemberg
20.20 Frauen im Hause Württemberg
20.40 Herzfalten
Für Rheinland-Pfalz
20.20 Umweltkunst gegen Kunstumwelt
21.05 Juden in Deutschland 85
Für Gesamt Südwest 3
21.35 Die schreckliche Wahrheit
US-Spielfilm (1937)

BAYERN
18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Wege
19.30 Rock aus dem Alabama
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Direktion City
22.35 Im Gespräch
23.35 Rundschau



In dem Sketch „Die Wahl der Disco Queen" ist Klaus Dahlen der Partner von Wencke Myhre – „Geliebte Wencke", um 19.30 Uhr im ZDF FOTO: URSULA RÖHNERT

Musik und Zeitstil

Nea. – „Musik im Nationalsozialismus" hieß die Titelgeschichte in der Januar-Ausgabe der „Neuen Zeitschrift für Musik". Über so etwas scheint niemand mehr zu stolpern: Ist denn der Nationalsozialismus bereits ein kultureller Epochenbegriff, der sich über all ihre Bereiche wölbt und jeweils alle Interpretationen mitbestimmt? Müßte man nicht vielmehr von „Nationalsozialismus in der Musik" sprechen?

Die Verquickung von politischer, durch Macht und Machtwechsel geprägter Geschichtseinteilung mit Dingen wie etwa Zeitstil oder kultureller Strömung ist höchst beliebt. Aber sie trübt den Blick. Junge Menschen, die Hitlers oder Goebbels' „geschwollene" Art zu reden, einfach dem Irrsinn des Faschismus zurechnen, sind höchst verwirrt, wenn sie auf einer alten Schallplatte hören, daß Ernst Thälmann sich akustisch ganz ähnlich anhört.

Ein ganz triviales Beispiel solcher Verquickung macht zur Zeit bei uns Schlagzeilen. In einer Garnison im Westerwald hat ein junger Bundeswehrsoldat sich geweigert, das „Panzerlied" mitzusingen, und ist deswegen strafversetzt worden. Seine Begründung – sie wird auf der Linken natürlich mit Begeisterung begrüßt – lautet: Das sei ein Nazi-Lied, das singe er nicht mit.

Nun ist das „Panzerlied" tatsächlich im Jahre 1935 entstanden und in einigen Passagen auf eine ziemlich entsetzliche Art pathetisch. Die Bundeswehr sollte sich überlegen, ob derlei wirklich erhaltenswerte Tradition ist. Aber typisch nationalsozialistisch ist dieses Lied nun auch wieder nicht. Es ist Zeitstil. In diesem Ton klangen halt die Soldatenlieder auf der ganzen Welt. Das „Lied der Partisanen von Amur", mit dem die Rote Armee heute noch zur Feldübung ausrückt, enthält ganz ähnliche Passagen. Dafür ist es dann aber in einem Sammelband zu lesen, der unter dem Titel „Das sind unsere Lieder" als Traditionsgut der deutschen Arbeiterbewegung unters Volk gebracht wird.

Nun gut, man braucht da noch nicht zu singen. Aber eine etwas gelassenere Betrachtungsweise von Zeit, Zeitstil, Geschichte und kulturellem Geschichtsausdruck wäre doch am Platz.

Herzinfarkt: Auf der Suche nach Risiko-Faktoren

Das Projekt „Monika"

Seit 1945, besser: seit der Währungsreform, hat der Herzinfarkt seuchenartige Verbreitung gefunden, und zwar in der ganzen sogenannten zivilisierten Welt. Trotz großer Aufwendungen ist es bislang noch nicht gelungen, diese Geißel in den Griff zu bekommen.

Der wohl größte Fortschritt im Kampf gegen die koronare Herzkrankheit, die so häufig im Infarkt gipfelt, war die Isolierung von einigen Risikofaktoren: Wer raucht, überhöhte Blutfette und hohen Blutdruck hat, wer an Diabetes leidet, so die Lehrmeinung, ist ein Infarktkandidat. Diese simple Gleichung bestimmte bislang die Anti-Infarkt-Strategien. Inzwischen akzeptieren auch strenggläubige Schulmediziner den psychosozialen Streß als weiteren möglichen Risikoindikator, wenn auch immer noch unter Vorbehalten (der Streß läßt sich eben nicht so einfach objektivieren wie der Bluthochdruck).

Die wissenschaftliche Berechtigung dieser präventivmedizinischen Grundgesetze wird meistens auf den auffälligen Rückgang der Herzinfarkt-Todesfälle in den USA zurückgeführt. Innerhalb der letzten zehn Jahre sank diese Mortalitätsquote (bei weißen Amerikanern) um rund 20 Prozent, eine Entwicklung, die in keinem anderen Land so imposant verlief. Freilich vergessen unsere Experten in der Regel den unvergleichlich hohen Ausgangswert in den USA.

Wie der amerikanische Erfolg erzielt wurde? Um diese Frage ist ein müßiger Streit entbrannt. Wie Epidemiologen nachweisen konnten, setzte der Rückgang schon ein, bevor der Jogging-Boom ausbrach, die Bypass-Chirurgie Umleitungen in die verstopften Koronargefäße baute, weniger tierische Fette und dafür mehr Pflanzenfette verzehrt wurden, bevor auch die kardiologischen Intensivstationen wirkungsvoller zu arbeiten lernten und schließlich bevor die herzschützenden Betablocker modern wurden.

Immer klarer zeigt sich allerdings, daß das Dogma der bekannten Risikofaktoren zur Erklärung der Infarkthäufigkeit nicht ausreicht. Dies ist wohl auch das Hauptmotiv für ein neues WHO-Projekt unter dem Decknamen „Monika". In Herzzentren der westlichen und östlichen Welt soll herausgefunden werden, ob und inwieweit Mortalitäts-Trends von den Risikofaktoren abhängen.

Professor Thomas Strasser, Herz-Kreislauf-Beauftragter der WHO in Genf, stellte die neuen Initiativen kürzlich in Baden-Baden der Presse vor. Wie sinnvoll und wichtig das neue Projekt ist, verdeutlicht auch eine Aussage des bundesdeutschen Epidemiologen, Privatdozent F. W. Schwartz, Leiter des Zentralinstituts für kassenärztliche Versorgung in Köln. Seiner Meinung nach wird „oft übersehen, daß die Gesamtzahl aller Risikofaktoren nur 40 Prozent der späteren Infarkte vorhersagen kann. Eine Individualisierung der Vorhersage ist auch nicht möglich."

Die Suche nach weiteren Risikofaktoren oder Infarkt-Ursachen muß also weitergehen. Wir sind erst auf dem halben Weg zum Ziel und müssen umdenken. Mit künstlich hochgespielten Problemen, wie sie uns der „Butter-Margarine-Krieg" täglich aufs Brot schmiert, sollten wir uns nicht mehr aufhalten.

Einen für europäische Verhältnisse eher merkwürdigen Zusammenhang versucht derzeit die WHO in China aufzuklären. Professor Strasser berichtete von einer Studie an über 10 000 Chinesen, die sich vor zehn Jahren aus Gründen der Geburtenkontrolle den Samenstrang haben unterbinden lassen. Tierversuche haben nun den Verdacht erregt, daß dieser Eingriff (Vasektomie) zum Herzinfarkt prädisponieren könnte. Für die Dritte Welt eine außerordentlich wichtige Studie. Denn sollte sich der Verdacht bestätigen lassen, dürften alle Vasektomie-Großaktionen vermutlich zum Scheitern verurteilt sein.

JOCHEN AUMILLER

Berlinale: Bilanz des Forums des Jungen Films

Prügel für Neuenfels

Der Appetit kommt beim Essen, auch auf Festivals, trotz grippaler Infekte, die nicht ausbleiben bei den Wechselbädern, die die naßkalte Witterung und die zugigen Forum-Kinos ihrem Publikum zumuten. Trotz der Androhung, man müsse, um den österreichischen Beitrag kennenzulernen, 285 Minuten mit den Bewohnern des Bergdorfes St. Anna zwischen „Himmel und Erde" verbringen.

Aber man muß ja nicht. Man hat bei fast hundert Forum-Filmen notgedrungen die Freiheit der Wahl, zu naschen, sich sattzuessen oder sich zu überfressen. Im Falle der Ostberliner Fernsehproduktion „Busch singt" genügen zum tiefen Hutziehen die beiden Teile, die der 1982 verstorbene Regisseur Konrad Wolf, der Initiator dieser sechs Filme, über die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts selbst montiert hat.

Manchmal ist man vom Naschen schon satt, bei „Canale Grande" zum Beispiel. Wer trotz der falschen Schreibweise an Venedig denkt, irrt gewaltig, es handelt sich in dem Film der Wienerin Friederike Pezold um eine Frau, die den Kanal nicht vollbekommen kann, den Fernsehkanal nämlich, und die deshalb ihr eigenes „Radio Freies Utopia" gründen will.

Aber daneben gibt es die großen bestürzenden Begegnungen – etwa mit „Ashes and Embers" (Asche und Glut) des in Washington arbeitenden Äthiopiers Haile Gerima, einem ebenso grellen wie still intensiven Film über einen farbigen Vietnam-Veteranen, weniger über oder gegen den Krieg als über die soziale und psychologische Situation, nicht in die Heimat, sondern in die Heimatlosigkeit zurückkehren zu müssen. Sicherlich ein Höhepunkt des Forum-Mammutprogramms.

Ein wichtiges Forumkapitel war der Wechselwirkung von Film und Theater gewidmet. Neben Filmen über die Choreographen Pina Bausch und Moses Pendelton, neben amerikanischen Jazz- und Musical-Streifen stand die Uraufführung des ersten Films des Theater- und Opernregisseurs Hans Neuenfels, „Heinrich Penthesilea von Kleist", zur Debatte. Dieser Theaterfilm hat seine Meriten als Dokument jener genialischen Inszenierung, die Hans Neuenfels für das Berliner Schiller-Theater schuf.

Man genießt, wenn man darf, grandiosen Kleist und die grandiose Sprache des Dichters. Aber man darf nicht immer. Hans Neuenfels schiebt sich und Gags, die dem Anspruch seiner Inszenierung nicht gerecht werden, gar zu häufig ins Bild. Was bringt es ein, wenn der junge Kleist in einem Berliner Café von heute sitzt und Wilhelm Busch liest? Die im Titel behauptete Identität von Kleist und Penthesilea bedürfte eines stärkeren Beweises als jenes läppischen, wenn am Schluß die private Penthesilea-Darstellerin sich die Nase plattdrückt am Schaufenster einer Buchhandlung, in der die gesammelten Werke Kleists nebst Sekundärliteratur ausgestellt sind. Recht hat sie, die Nicole Heesters, die im besten Einlage-Gag als Theaterbesucherin den Neuenfels verprügelt, weil seine Aufführungen immer viel zu lang geraten.

Zwei Entdeckungen noch, aber keineswegs am Rande: Daß ein Liebesfilm extrem strapaziös und dennoch schön und wahrhaftig sein kann, beweist der Franzose Philippe Garrel mit „L'enfant secret" (Das verheimlichte Kind). Daß ein Dokumentarfilm wie ein Spielfilm wirken kann, indem er mit Dokumentarischem sehr ernsthaft spielt, beweist der Schweizer Bruno Moll in seinem Porträt einer lesbischen Frau, „Das ganze Leben" – es muß ja nicht immer der farbige Abglanz sein, an dem wir dieses haben.

BERND PLAGEMANN

Köstlicher Thesaurus: Kölns Wallraf-Richartz-Museum zeigt irische Kunst aus drei Jahrtausenden

Ein Buch, ganz wie von Engeln gemacht

Jedes Kulturvolk hat, so scheint es, sein „Goldenes Zeitalter". In Irland lag es zwischen dem 7. und 9. Jahrhundert nach Christus. Zeugnisse menschlicher Existenz und Tätigkeit gibt es auf der grünen Insel seit der Mittelsteinzeit; künstlerischen Charakter gewinnen sie frühestens in der Jungsteinzeit und Bronzezeit, also ab 4000 vor Christus etwa. Die herrliche Ausstellung im Kölner Wallraf-Richartz-Museum, in der Irland zum ersten Mal in solcher Pracht und Reichhaltigkeit seine Kunstschätze – den „Thesaurus Hiberniae" – in Deutschland zeigt, umfaßt drei Jahrtausende, vom Neolithikum bis ins Mittelalter.

Die Ankündigung der beiden Museen – des Römisch-Germanischen und des Wallraf-Richartz-Museums –, die das anspruchsvolle Unternehmen gemeinsam tragen, bestätigt sich vollauf: Es handelt sich in der Tat um eine der kostbarsten Ausstellungen, die in den letzten Jahren in Deutschland zu sehen waren. Sie kam zustande durch weltberühmte Leihgaben des Irischen Nationalmuseums, des Trinity College Dublin und der Irischen Akademie der Wissenschaften, so daß nahezu alle irischen Nationalschätze, die in der Heimat getrennt verwahrt werden, bis zum Sommer in Köln versammelt sind.

Es gehört so ziemlich zur Allgemeinbildung, irische Kunst mit abstrakter Ornamentik in Zusammenhang zu bringen; man denkt an das Liniengeflecht der Buchmalerei, an die Schneckenspiralen auf Hochkreuzen und Schmuckstükken. Der Ausstellungsbesucher ist dennoch überrascht, die gleichen ornamentalen Motive schon auf einem Schwellenstein zu einer Grabanlage aus dem vierten Jahrtausend vor Christus zu finden, ebenso auf einer schätzungsweise viertausendjährigen Steinskulptur. Diese Art von motivischer Tradition und Konsequenz ist mit der Bezeichnung „Eigensinn" gewiß unbefriedigend apostrophiert, aber schwerlich anders zu erklären. Natürlich spielt dabei auch die Insellage des Landes eine Rolle.



Vom Eigensinn der Kelten geprägt: Bronzeplatte mit Kreuzigung (spätes 11. Jh.), aus der Kölner Ausstellung FOTO: KATALOG

Die alten Geschichtsschreiber kennzeichnen die Kelten – denn um solche handelt es sich hier – immer wieder als „torquati"; das heißt: mit einem Halsreif oder Halskragen geschmückt. Dieser charakteristische Halsschmuck – offene oder geschlossene Ringe aus Gold, Silber oder Bronze – findet sich in vielfachen Beispielen, „Torques" genannt, auch in der Ausstellung; die frühesten stammen aus der Bronzezeit. Daneben gab es einen anderen Halsschmuck, der wie ein kleiner, sichelförmiger Halbmond umgelegt wurde; man nannte ihn deshalb „Lunula". Auch diese goldenen Lunulae sind, wie die gleichaltrigen Armreifen, Anhänger, Ohrringe, Gürtelschnallen, Gewandschließen und Dosen, mit den gleichen dekorativen Mustern verziert, die schon von alten Streitäxten und Tongefäßen bekannt sind und uns später auf Waffen, Bronzeschilden und Kesseln, Bronzehörnern und steinernen Stelen wiederbegegnen.

Zu einem spezifisch irischen Schmuck wurde die Ringbrosche, die ursprünglich eine römische Erfindung war und von den Römern als schmuckloser Gebrauchsgegenstand nach England gebracht wurde. Die irischen Goldschmiede machten daraus, ohne ihre praktische Funktion einzuschränken, ein Schmuckstück, das in seinen besten Exemplaren – und diese werden in Köln gezeigt – an technischer Vollendung und dekorativer Schönheit schwerlich zu übertreffen ist. Goldschmieden, Juwelieren und Schmuck-Designern sei deshalb dringend ein Besuch dieser Ausstellung empfohlen.

Als die schönste irische Ringbrosche gilt die sogenannte Tara-Fibel; sie schmückt deshalb auch den Katalogdeckel und prangt auf den Ausstellungsplakaten in vielfacher Vergrößerung, die sie mühelos aushält. In der Vergrößerung wird ihr ganzer Reichtum in aller Deutlichkeit sichtbar: das kunstvolle Goldfiligran mit Tierornamenten und Flechtwerk, die winzigen Menschköpfe aus Glasfluß, die Bernstein-Einlagen und Silberfelder, der gestrickte Silberdraht der Kette, die stilisierten Tier- und Vogelköpfe auf der Nadel – der Motiv- und Einfallsreichtum ist unerschöpflich. Das gilt, mit unterschiedlichen Abstrichen, für alle Broschen oder Fibeln aus der Hoch-Zeit der irischen Kunst wie für die gleichzeitigen Bronzegefäße, Silberkelche, sogar für die geschnitzten Holzfunde und Knochenschnitzereien.

Es gilt nicht minder für die alles überragende Buchmalerei Irlands, die in Köln mit ihren kostbarsten Handschriften vertreten ist, dem Book of Durrow, dem Book of Dimma, dem Book of Armagh, dem Stowe Missale und dem hochberühmten Book of Kells, das auch in Irland Ausnahmerang besitzt. Man hört und liest immer wieder, die ornamentalen Handschriften „erinnerten" an das Flechtwerk der Webtechnik, an die dekorativen Muster der Steinskulpturen und des Kunsthandwerks; das ist zu zaghaft ausgedrückt. Die Ableitung von der Weberei darf man ohnehin vergessen; im übrigen aber zeigt sich hier ganz deutlich die Wechselwirkung der verschiedenen Gattungen, die sich ja gleichzeitig vollzogen hat. Es fand ein lebhaftes Geben und Nehmen zwischen Buchmalern, Bildhauern und Goldschmieden statt. Bildmotive, ganze Szenen und dekorative Muster korrespondieren miteinander in Stein, auf Pergament und Metall. Dabei sind äußere Einflüsse zunächst fast völlig ausgeschlossen.

Irland ist nie von den Römern erobert und besetzt worden. Spätantike oder koptische Motive sind allenfalls bei akribischer Untersuchung da und dort zu entdecken. Es war ein absoluter Neubeginn aus der eigenen Substanz, der auf Naturnachahmung nicht den geringsten Wert legte; dergleichen kam diesen Künstlern erst gar nicht in den Sinn. Sie schöpften aus ihrer Formenphantasie, die sich allein in Linien und Farben erging.

Wo Personen oder Szenen der Heiligen Schrift dargestellt wurden, sind sie, jedes naturalistischen Charakters entkleidet, nur Bestandteil eines kunstvollen Linien- und Farbengefüges von raffinierter Schönheit, abstrakte (nicht abstrahierte!) Elemente der komplizierten Ornamentik und Buchstabengestaltung. Daher erscheinen uns die Seiten ohne figürliche oder gegenständliche Motive – hier mit Recht „Teppichseiten" genannt – womöglich als die vollendetsten Meisterwerke irischer Buchkunst. Sie gehören, wie Kenneth Clark uns bestätigt, „zum Reichsten und Kompliziertesten, das es jemals an abstrakter Dekoration gegeben hat; sie sind ausgearbeiteter und verfeinerter als alle islamische Kunst". Bereits dem Normannen Giraldus Cambrensis erschien das Book of Kells eher als „das Werk eines Engels und nicht eines Menschen". (Bis 2. Juni; Katalog: 20 Mark.)

EO PLUNIEN

Frankfurt: Neues Ballett von Forsythe und Simon

Großes Abrakadabra

„Gänge. Ein Stück über Ballett" – so nennen William Forsythe und Michael Simon die dreieinhalbstündige Performance der Ballettcompagnie im Frankfurter Opernhaus. „Gänge. Ein Stück zum Abhauen" – so tauft das Publikum das, was es sieht, ohne zu zögern um und votiert, von Anfang an buhrufend, mit den Füßen gegen das hampelnde Bühnengeschehen. Es läuft einfach fort und braucht dazu, anders als Forsythe und seine Mannen, keine acht Monate Proben. Das Frankfurter Ballett beschert planvoll seinem Publikum einen kümmernisreichen Abend.

Er ist glänzend ins Bild gesetzt. Die Compagnie arbeitet mit der Präzision und Schärfe von Hackmessern, die Bewegungsabläufe zu Ragout zu verarbeiten haben. Die Technik flutscht meisterhaft. Die Lichtregie ist phantastisch. Ein großes Theater setzt seine reichen Mittel daran, ein Produkt künstlerischer Formgebung angemessen auf die Bühne zu hieven.

Nur, in sich ist dieses Produkt selbst immer herausfordernd und belanglos zugleich, ironisch und wehleidig, angeberisch und verzagt. Was es sagen will, ist viel. Was es zu sagen hat, wenig. Es quasselt mit Hand und Fuß und nimmermüdem Mund pausenlos vor sich hin – und noch dazu meist in englischer Sprache. Man hat das Gefühl, auf allen Sprechbühnen am Broadway zusammen wird nicht derart viel Englisch geredet wie in diesem Tanzstück auf einem deutschen Theater.

Natürlich redet man dabei nur Berlitz-School-Blech. Der gute, alte Ionesco der „Kahlen Sängerin" kräht ins Getümmel. Was Marlene Dietrich in ihren Shows spektakulär absolvierte, choreographische Ordnungen aufzubauen, nur um sie mit einem Fingerschnipp umzustoßen, wird immer noch mal bis zum Überdruß durchexerziert. Die Dietrich brauchte dazu drei Minuten, Forsythe geschlagene dreieinhalb Stunden.

Wenn sich mitunter ein bißchen Witz blicken läßt, meint man, aus dem ganzen Seelen- und Sehnengehader spränge vielleicht ein Fünkchen „No No Nanette" heraus. Wozu dann aber im Programm gleich wieder den Strukturalismus, Roland Barthes, Handke und Robbe-Grillet bemühen?

Zu drei langen Akten schließt sich das Stück zusammen. Miniaturszenen häufeln sich, säuberlich durch schnelle Blackouts voneinander getrennt. Man rennt immer wieder gegen sich öffnende Türen. Mädchen werden wie Tanzfliegen gegen die Wände geklatscht. Ein laubfroschgrüner Junge wird fortwährend auf ein orangefarbenes Riesensofa geschleudert.

Ist das nun ein Meisterwerk? Oder nur choreographischer Krempel? Öffnen sich die vielen Türen zu den Lichtkorridoren, in denen die Truppe aufmarschiert, etwa ins Soziologisch-Metaphysische, die Mischung zum Selberdrehen? Oder sind es nur die Luken eines Adventskalenders, die sich irrtümlich auftun zur Vorosterzeit? Man darf rätseln. Aber an Vieldeutigkeit ist in der Aufführung sowieso kein Mangel. Das große Abrakadabra rollt ab, das sich in Frankfurt natürlich „Äbräkädäbrä" spricht.

Es mag ja sein, daß sich Forsythe bei seiner Arbeit bei dem Stuttgarter Ballett (für das er meisterhafte Choreographien entworfen hat) inzwischen zu Tode langweilt. Daß er neue Ideen entwickeln will, seinen eigenen Weg zu gehen versucht jenseits der Hierarchien und der Herkömmlichkeit. Sein Stück, auf eine Dreiviertelstunde zusammengestrichen, könnte dann vielleicht Wirkung üben.

KLAUS GEITEL

R. Bolts Stück „Thomas More" in Hildesheim

Schaurige Schlußmoral

Als Drehbuchautor genießt der Engländer Robert Bolt (59) bereits seit vielen Jahren großen internationalen Ruf. Schließlich stammen Film-Hits wie „Lawrence von Arabien" (1962), „Dr. Schiwago" (1965) und „Ryans Tochter" (1979) aus seiner Feder. Als Dramatiker ist Bolt hingegen, zumindest in der Bundesrepublik, weniger bekannt. Und doch hat Bolt, der sich mit Vorliebe großer historischer Stoffe annimmt, mit seinem 1957 in Edinburgh uraufgeführten Schauspiel „Thomas More" (unter dem Original-Titel „A Man for all Seasons" 1966 von Fred Zinnemann mit Orson Welles und Vanessa Redgrave verfilmt) internationalen Erfolg einheimsen können.

Dieses Stück, vor 20 Jahren in München erstaufgeführt und dann bald vergessen, hat nun das Stadttheater Hildesheim wieder ausgegraben. Die „Amici Thomae Mori", die eigens angereist kamen, konnten zufrieden sein. Denn Intendant Pierre Leon inszeniert so folgerichtig, daß man über die Aktualität betroffen ist. Beispielsweise wenn Thomas More (Wolfgang Werthenbach) die seinen Charakter, seine moralische Autorität kennzeichnende Erkenntnis formuliert: „Wenn Politiker ihr privates Gewissen dem Staate zuliebe verleugnen, führen sie ihr Land auf dem kürzesten Weg ins Chaos."

Diese Bemerkung, schon mehr ein Glaubensbekenntnis des bis zur Stunde seines Todes an die Gerechtigkeit glaubenden Moralphilosophen Thomas More, ist denn auch der Kernsatz dieses Stückes. Der Routinier Bolt erzählt darin, episch nüchtern, den Aufstieg und Fall des unter Heinrich VIII. vom einfachen Juristen zum Lordkanzler avancierten Thomas More, der nur deshalb dem Henkerbeil zum Opfer fällt, weil er weder die Scheidung Heinrichs von Katharina von Aragonien billigt noch Heinrich als Oberhaupt der von Rom abgesprungenen anglikanischen Kirche anerkennt.

Die Hildesheimer Inszenierung machte eines besonders deutlich: Bolts „Thomas More" ist kein abenteuerliches, kostüm- und maskenträchtiges Historien-Spiel, in dem die Häupter der Andersdenkenden nur so purzeln. Es ist ein politisches Stück mit einer schaurigen, unwiderlegbaren Schlußmoral: In Diktaturen, gleich welcher ideologischen Couleur, werden gerade jene Männer und Frauen liquidiert, die ihrem Land und ihrem Gewissen treuer geblieben sind als die, die herrschen.

Ein bemerkenswerter Theaterabend, der zudem beweist, daß sich die sogenannte Provinz schon längst nicht mehr als Zulieferer in Sachen Nachwuchs für die Metropolen versteht, sondern mit wachsendem Selbstbewußtsein die Metropolen selbst herausfordert – und sei es mit der Wiederentdeckung von Stücken, die einst erfolgreich waren.

AXEL MICHAEL SALLOWSKY

MUSIKKALENDER

- **6. Braunschweig,** Großes Haus; Borodin: Fürst Igor (ML: Esser, R: Veznik)
  Wuppertal, Opernhaus; Binder/Nestroy: Tannhäuser und die Keilerei auf der Wartburg (ML: Haas, R: Schleiffer)
  Wuppertal, Stadthalle; Tourneestart Nouvelle Orchestre Philharmonique de Radio France unter M. Janowski
- **11. Darmstadt,** Großes Haus; Janacek: Katja Kabanowa (ML: Drewanz, R: Horres)
- **12. Stuttgart,** Großes Haus; Berg: Wozzek (ML: D. R. Davies, R: Kupfer)
  Nürnberg, Opernhaus; U. Zimmermann: Die wundersame Schustersfrau (ML: Gyler, R: Chundela)
- **13. Wien,** Staatsoper; Verdi: Rigoletto (ML: Muti, R: S. Sequi)
  Wien, Volksoper; Adam: Giselle (ML: Märzendorfer, Ch: Coralli/Perrot/Petipa, A: Wakhewitsch)
- **18. Düsseldorf,** Opernhaus; Strawinsky: Orpheus/Appolon Musagète/Petruschka
- **20. Köln,** Oper; Wagner: Parsifal (ML: Pritchard, R. u. A: Ponnelle)
  Hamburg, Staatsoper; Zemlinsky: Der Kreidekreis (ML: A. Fischer, R. u. A: Wernicke)
- **26. Karlsruhe,** Großes Haus; Offenbach: Hoffmanns Erzählungen (ML: Wächter, R: Knell)
  Berlin, Deutsche Oper; Nicolai: Die lustigen Weiber von Windsor (ML: P. Schneider, R: Bauernfeind)
- **29. Gelsenkirchen,** Großes Haus; Verdi: Die Macht des Schicksals (ML: Mayrhofer, R: Järvefelt)
- **31. Lübeck,** Großes Haus; Kounadis: Lysistrate (UA) (ML: Aeschbacher, R: Thoenies)



Künder des Südens: Gustav René Hocke FOTO: ERIKA LOOR

Gustav R. Hocke wird 75

In neuerer Zeit ist man dem Namen Gustav René Hocke immer häufiger als Verfasser von Monographien und Vorworten zu den Ausstellungen moderner Maler begegnet, so von Fabrizio Clerici, Werner Holz, Ljuba, Oliviero Leonardi, Erich Fuchs, Peter Prokosch oder jüngst den Brüdern Angerer. Dabei ist nicht zu leugnen, daß Hocke, der heute 75 Jahre alt wird, von der Literaturwissenschaft herkommt und daß Ernst Robert Curtius in Bonn vor genau fünfzig Jahren sein Doktorvater war.

Hocke begann seine Laufbahn als Journalist, an der ehrwürdigen „Kölnischen Zeitung". Er gehörte zu den deutschen Soldaten, die in der amerikanischen Kriegsgefangenschaft die Zeitschrift „Der Ruf" herausbrachten und eine Zeitlang in München fortzusetzen suchten. Dann war er im außenpolitischen Ressort der „Neuen Zeitung" tätig, bis er als Korrespondent mehrerer Blätter nach dem Italien ging, dem ohnehin seine Sehnsucht galt.

Auf italienischem Boden sind denn auch Hockes Hauptwerke, „Die Welt als Labyrinth" (1957) und „Der Manierismus in der Literatur" (1959), entstanden, mit denen er jener von den Barockliebhabern als Gegenspieler aufgebauten und verketzerten Kunstrichtung auf allen musischen Gebieten Gewicht und Wert zumaß. Hockes Arbeiten, in mehrere Sprachen übersetzt, bilden deshalb noch heute die Grundlage aller weiteren Untersuchungen.

Wenige Jahre später erschien mit dem lapidaren Titel „Das europäische Tagebuch" eine über tausend Seiten starke mit Kommentaren durchsetzte Anthologie aus Tagebuch-Stellen von der Renaissance bis zur Gegenwart. Darunter vieles, das zum erstenmal auf deutsch gedruckt worden ist. Aber Hocke ging es nicht so sehr um vollendet durchgeformte Texte, sondern um das Herausarbeiten eines europäischen Menschenbildes durch die Jahrhunderte anhand überlieferter Selbstbekenntnisse. Wie die meisten Werke Hockes ein unkonventionelles, gewagtes, aber doch mehr oder weniger gelungenes Unternehmen.

HELLMUT JAESRICH

JOURNAL

Haftverschärfung für Prof. Orlow

DW. Moskau

Der Physiker und Gründer der Moskauer „Helsinki-Gruppe", Prof. Jurij Orlow, ist im Sinne einer Haftverschärfung aus dem Perm-Lager Nr. 37 in das Gefängnis Tschistopol überstellt worden, wo er bis Ablauf seiner Haftzeit bleiben soll. Orlow war 1978 zu 7 Jahren Lagerhaft und 5 Jahren Verbannung verurteilt worden. Wie erst jetzt bekannt wurde, war der Wissenschaftler am 28. Oktober vergangenen Jahres vor den Augen der Wachmannschaft von einem Häftling zusammengeschlagen worden.

Am 8. Februar wurde der 45jährige Moskauer Künstler und Karikaturist Wjatscheslaw Sysojew verhaftet. In Orga (Lettland) wurde am 6. Januar die Baptistin Lydia Doronina und am 8. Februar in Riga der Lutheraner Gedert Melngajlis in Haft genommen. Mehreren sowjetischen politischen Häftlingen, unter ihnen dem Bürgerrechtler und Ingenieur Wjatscheslaw Bachmin, dem Baschkiren Nisametdin Achmetow und dem Ukrainer Myroslaw Simtschitsch, droht vor Ablauf ihrer Haftzeit ein erneutes Verfahren wegen „Verleumdung der Sowjetunion".

Neuer Intendant des Theaters in Straßburg

DW. Straßburg

Jacques Lassalle ist von Jack Lang, dem französischen Kulturminister, zum neuen Leiter des Nationaltheaters in Straßburg (TNS) ernannt worden. Er löst damit Jean-Pierre Vincent ab, der das TNS, eines von fünf Staatstheatern in Frankreich, seit 1975 geleitet hat und fortan die Intendanz der Comédie Française in Paris übernimmt. Lassalle, 1936 in Clermont-Ferrand geboren, hat 1967 das Studio-Theater in Vitry gegründet und lehrt seit 1982 am Nationalkonservatorium für Schauspielkunst. Er tritt seine neue Stelle am 1. August an.

Neuregelung der Honorare in Ungarn

rst. Budapest

Die Bezahlung künstlerischer Leistungen und kultureller Dienstleistungen soll in Ungarn neu geregelt werden. Damit soll auch dieses Gebiet den Prinzipien der Wirtschaftsreform angepaßt werden. Die Monopolstellung zentraler Institutionen wird deshalb schrittweise abgeschafft. Zugleich wird den örtlichen Bildungseinrichtungen mehr Entscheidungsgewalt übertragen. In der Filmindustrie sollen die Honorare und Prämien künftig von der Besucherzahl abhängig sein.

Hofschen in der Reihe Präsenz der Zeitgenossen

DW. Nürnberg

In der Reihe „Präsenz der Zeitgenossen" stellt das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg Werke von Edgar Hofschen vor. Wie immer bei diser Reihe werden auch diesmal die modernen Kunstwerke mit mittelalterlichen Skulpturen, Gemälden und Arrhitekturen konfrontiert, indem sie in den Sammlungsräumen alter Kunst gezeigt werden. Die Hofschen-Auwahl ist bis zum 4. April zu sehen. Der Katalog kostet 9 Mark.

Depardieu ist sauer oder Der Stein der Weisen

AFP, Paris

Gérard Depardieu, einer der höchstbezahlten männlichen Filmstars Frankreichs, hat sich mit seinen Kollegen anläßlich der Entscheidung über die französischen Filmpreise 1982 offen angelegt. Als feststand, daß „Danton" des polnischen Regisseurs Andrzej Wajda mit Depardieu in der Hauptrolle der große Verlierer der Preisverleihung war, ließ er seiner Enttäuschung freien Lauf: „Es ist an der Zeit, daß die alle Jahre wieder unverändert selben Juroren endlich verschwinden. Die sind doch total versteinert." Zweifel an der Fähigkeit dieser Jury-Elite sind in der französischen Filmbranche wiederholt angemeldet worden.

Nobel-Hotel im Pleite-Bau bietet „Stand-by"

SABINA SARTER, Berlin

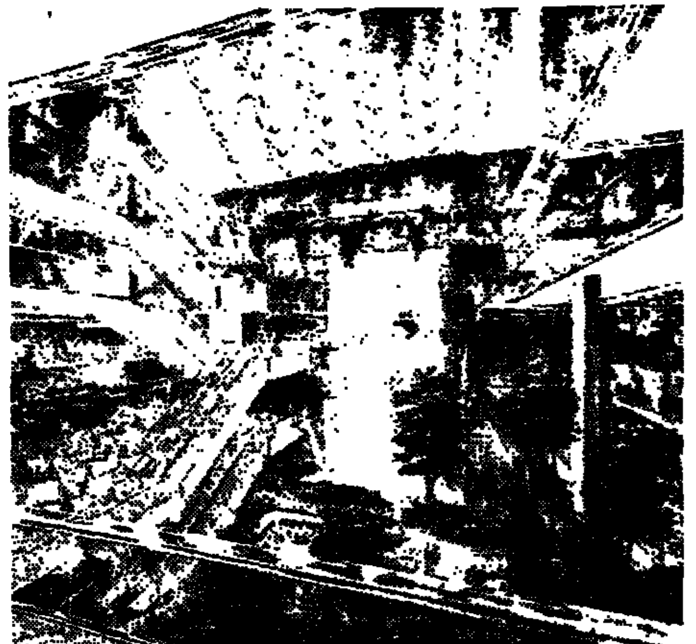
Zum ersten Mal in der Geschichte der Hotellerie übernachteten am Wochenende in Berlin Gäste eines erstklassigen Hotels zum Stand-by-Tarif und sparten damit eine Menge Geld.

Die Idee dazu hatte der 40jährige Berliner Klaus-Volker Stolle, Hotelier des 440-Betten-Hotels Steglitz International im Steglitzer Kreisel: Wer von 19 Uhr an an der Rezeption nachfragt, bekommt das Einzelzimmer für 50 Mark, das Doppelzimmer für 60 Mark. Frühstück kostet extra. Die normalen Preise: ab 97,50 Mark für das Einzel- und 130 Mark für das Doppelzimmer.

Die Zimmer in diesem Hotel sind ungewöhnlich groß. Denn ursprünglich sollte sich in diesem Gebäude ein Warenhaus etablieren. Aber mit der Pleite des Steglitzer Kreisels der Architektin Sigrid Kreßmann-Zschach platzte auch dieses Projekt. Dann mietete in dem damals noch an Betten-Not leidenden Berlin der Wienerwald-König Jahn die Räume für zwanzig Jahre und eröffnete ein „tourotel".

Um diese Zeit residierte Klaus-Volker Stolle als Generaldirektor der First-Class-Hotels Schweizerhof und InterContinental mit zusammen fast 2000 Betten. Als das tourotel im Kreisel in den Konkurssog der Wienerwald-Kette geriet, griff Stolle zu. Gemeinsam mit einem Bremer Busunternehmer sicherte er sich im Oktober 1982 das Hotel abseits der City-Bettenburgen. Der Kompagnon sorgte dafür, daß bei den Kaffeefahrten nach Berlin die Busse dieses Hotel ansteuern.

Ein weiterer Einfall des findigen Hotelchefs, der die oft vor leeren Betten stehenden Berliner Kollegen aufhorchen läßt: Das Hotel Steglitz International verteilt Scheckhefte an die Berliner Taxifahrer. Wer 19 Fuhren mit Logisgästen abgeliefert und den Stempel dafür bekommen hat, wird mit einer Begleitperson zum Schlemmen in das Restaurant eingeladen.



Noch muß sich der Betrachter mit einer fotographierten Zeichnung des neuen Luxus-Towers begnügen: Ein Traum von Licht und Spiegelglas (Bild rechts). Die Atriumhalle im Innern präsentiert sich mit Wasserfällen und Urwaldpflanzen.

FOTOS: KATHERINE YOUNG



Trump Tower: Neuer Skycraper als Dernier cri des Luxuriösen

Die New Yorker lieben ihre Stadt nicht zuletzt wegen der unendlich vielen Neuheiten, die immer wieder alles bisher Dagewesene vergessen lassen. Dernier cri dieser Tage ist der luxuriöse Trump Tower, ein schlankes Glashochhaus, benannt nach dem 32jährigen Bauherrn, New Yorks jüngstem Immobilienfürsten. Dem eleganten Bauwerk sieht man es kaum an, daß 90 000 Tonnen Beton zu seiner Errichtung verbaut wurden.

Im nobelsten Teil Manhattans gelegen, an der Fifth Avenue, direkt neben Tiffany und schräg gegenüber vom Plaza Hotel, ist der Skycraper, der in den oberen Etagen Eigentumswohnungen, darunter Büroräume und im unteren Teil ein Shopping Center beherbergt, zur Zeit die schickste Adresse in der Metropole am East River und Hudson. Selbst die britische Königsfamilie hat eine der Eigentumswohnungen erstanden, die mehrere Millionen Dollar gekostet hat. Denn selbst die kleinste Wohnung, ein Zwei-Zimmer-Appartment, kostet schon 500 000 Dollar, umgerechnet 1,25 Millionen Mark.

Raffinierteste Sicherheitssysteme schützen die Hausbewohner nicht nur vor den Blicken der Neugierigen. Diese müssen sich mit dem sechsstöckigen Shopping Center begnügen, freilich dem elegantesten, das New York zu bieten hat.

Den Eingang zu dem Shopping Center flankieren zwei „Palastwärter", nicht unähnlich denen des Buckingham-Palastes. Sie geleiten den Passanten in das raffiniert verwinkelte Marmorinterieur, das 40 der bekanntesten und teuersten Geschäfte der Welt beherbergt.

Über freischwebende Rolltreppen gleitet der Besucher durch die *Halle aus Glas, Spiegeln, Bronze,* Messing und rötlichem Breccia-Marmor. Hängende Gärten und ein 27 Meter hoher Wasserfall lenken den Blick auf die ungewöhnliche Konstruktion des Atriums.

Asprey aus London, der traditionsreiche Lieferant des Königshauses, hat es sich nicht nehmen lassen, einem alten Prinzip untreu zu werden und hier erstmalig eine Zweitniederlassung zu eröffnen. Zu Ehren der zweiten „Wahlheimat" fertigte der Juwelen- und Silberwarenhändler einen Fischadler, Amerikas Wappentier, aus Silber, Kristall, Gold und Edelsteinen an. Er ist für 570 000 Mark erhältlich. Loewe, Spaniens vornehmstes Lederwarengeschäft, eröffnete hier ebenfalls seine erste amerikanische Niederlassung. Für drei Millionen Dollar kaufte er ein über drei Stockwerke reichendes Geschäft.

Die Eleganz und der Luxus des Shopping Centers haben viele andere *bekannte Namen angezogen.* Die Juweliere Harry Winston, Cartier und Falconer wollten hier nicht fehlen. Andere Geschäfte, die seit Jahren an der Fifth Avenue lagen, zogen es vor, im Trump Tower eine neue Residenz aufzuschlagen: Charles Jourdan, Buccelati, das feine Silberwarengeschäft, Andrea Carrano, Botticelli und Napoleon. Erstmalig hier zu sehen sind Lina Lee aus Beverly Hill, Ludwig Beck aus München und Laura Biagiotti aus Italien. Konfisserien, Delikatessen- und Blumengeschäfte; ein vornehmes Spezialgeschäft für den privaten Schreibbedarf erfreuen den verwöhnten Geschmack.

Donald Trump, ein Selfmademan, kann stolz über sein ehrgeiziges Unterfangen sein. Er erfüllte sich damit den Kindertraum, in dieser Lage New Yorks einmal ein Hochhaus zu errichten. Nicht nur irgendeins, sondern im Augenblick das aufregendste und anspruchsvollste Bauwerk der Stadt: 58 Stockwerke hoch, *150 Millionen* Dollar teuer – eine Arbeitsstätte für 5000 Arbeiter.

GABRIELE JAHN

Bio-Ingenieure arbeiten an künstlichem Blut

SAD, Chicago

Eine neue Art synthetischen Blutes ist an der University of Illinois in Chicago entwickelt worden. Es befördert Sauerstoff mit bisher unerreichter Effizienz. Dies synthetische Blut, bis jetzt nur experimentell vorhanden, hat als Basis menschliches und tierisches Hämoglobin. Unter Zuhilfenahme eines künstlichen Plasmas hat der Bioingenieur Irving F. Miller eine Kunstblut-Substanz geschaffen, die jedem Menschen – unabhängig von seiner Blutgruppe – übertragen werden kann. Zudem sind die künstlichen Blutzellen nur ein Micron (eintausendstel Millimeter) lang, haben also nur ein Zehntel der Größe einer normalen roten Blutzelle, so daß sie Körpergebiete erreichen können, die normalen Blutzellen verschlossen bleiben. Hier sehen die Mediziner für die Zukunft Anwendungsmöglichkeiten bei Patienten, die einen Herzanfarkt oder einen Schlaganfall erlitten haben.

Fünf Tote durch Lawine

AP, Chur

Beim bislang schwersten Lawinenunglück dieses Winters in der Schweiz sind am Sonntagmittag im Kanton Graubünden fünf Mitglieder einer neunköpfigen deutschen Skitouristengruppe ums Leben gekommen. Zwei Mitglieder der Gruppe wurden sofort getötet. Drei weitere, die noch lebend geborgen werden konnten, starben im Krankenhaus.

Silikon-Zunge implantiert

SAD, San Francisco

Eine neuartige künstliche Zunge, die die Sprache eines Patienten zu 80 Prozent verständlich macht, ist von Robert Gillis vom University of California Medical Center entwickelt worden. Diese Zunge, aus Silikon gefertigt, wurde einer Krebspatientin implantiert.

Neuartige Raumfähre

dpa/UPI, Tokio

Japan hat mit den Entwicklungsarbeiten für eine Raumfähre begonnen, die mit einem neuartigen Antriebssystem ausgestattet ist. Im Gegensatz zum amerikanischen „Space Shuttle" besteht die japanische Raumfähre aus einem einzigen Teil und kann ohne Unterstützung von Zusatzraketen ins All geschossen werden. „Space Shuttle" dagegen benötigt zwei Startraketen.

Brand forderte zwei Opfer

dpa, Stuttgart

Beim Brand in einem Achtfamilienhaus in Kornwestheim sind gestern nacht ein 32jähriger Mann und seine vierjährige Tochter umgekommen. Die 28jährige Mutter wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht. Der Sachschaden beträgt schätzungsweise 120 000 Mark. Die Brandursache ist ungeklärt.

Strauß-Sohn zum Bund

dpa, München

Franz Georg Strauß – der jüngste Sohn des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten – muß am 6. April seinen Wehrdienst antreten. Franz Georg war zunächst durch die Wehrerfassungsmaschen geschlüpft, weil ein Computer der Landeshauptstadt München auf „Vollsperre für Prominentensöhne" programmiert war.

Existenz-Probleme

AFP, Tel Aviv

Zweieinhalb Monate alt ist der kleine Gabriel, aber für das israelische Innenministerium existiert er dennoch nicht. Die Mutter hatte ihn zu Hause ohne ärztliche Hilfe zur Welt gebracht, also auch keinen Geburtsschein erhalten. Ohne Geburtsschein aber fehlt der „Existenznachweis" des Kleinen.

Spende für Krebshilfe

DW. Frankfurt

Die Präsidentin der Deutschen Krebshilfe, Mildred Scheel, hat heute auf der Frankfurter Frühjahrsmesse von dem Leiter der Firma Villeroy und Boch, Wendelin von Boch, eine Spende in Höhe von 300 000 Mark entgegengenommen. Die Summe war von dem Unternehmen durch den Verkauf von Sammeltellern zugunsten der Deutschen Krebshilfe erzielt worden.

ZU GUTER LETZT

Tor geschossen – tot, Zahn gezogen – tot, meldet der Springer-Auslandsdienst.

Giscard vor der Scheidung?



Der französische Ex-Präsident Valery Giscard d'Estaing (57) lebt in Paris mit einer Geliebten zusammen und will sich, wie die englische Zeitung „The Mail on Sunday" unter Berufung auf „enge Freunde in Paris" meldete, von seiner Frau, Anne-Aymone de Brantes (Foto), scheiden lassen. Der Entschluß, die seit Jahren nur noch auf dem Papier bestehende Ehe aufzugeben, fiel, so die Zeitung, Weihnachten, am 30. Hochzeitstag des Paares. Giscard und Anne-Aymone haben zwei Söhne und zwei Töchter. Wie inzwischen aus Paris zu erfahren war, soll Giscard Scheidungsnachrichten als „völlig grotesk" bezeichnet haben.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Von Nordwesten her fließt frische Meeresluft nach Deutschland. Eingelagerte Schauerstaffeln führen wiederholt zu Niederschlägen.



Vorhersage für Dienstag, gesamtes Bundesgebiet

Wechselnde, überwiegend starke Bewölkung und wiederholt schauerartige Niederschläge, die in den Niederungen als Regen oder Schneeregen, in höheren Lagen durchweg als Schnee fallen. Tagestemperaturen 3 bis 7 Grad, in den Kammlagen der Mittelgebirge um null Grad, in den Lagen in *2000 m Höhe nahe minus 7 Grad.* Nachts Abkühlung auf 2 bis null Grad, gebietsweise auch leichter Frost. Mäßiger Wind um Nordwest.

Weitere Aussichten:

Allmähliche Wetterberuhigung, Nachtfrost

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	5°	Kairo	15°
Bonn	7°	Kopenh.	3°
Dresden	5°	Las Palmas	18°
Essen	5°	London	7°
Frankfurt	7°	Madrid	10°
Hamburg	5°	Mailand	1°
List/Sylt	4°	Mallorca	16°
München	5°	Moskau	–16°
Stuttgart	8°	Nizza	14°
Algier	18°	Oslo	–2°
Amsterdam	6°	Paris	7°
Athen	11°	Prag	3°
Barcelona	10°	Rom	8°
Brüssel	6°	Stockholm	–3°
Budapest	3°	Tel Aviv	14°
Bukarest	11°	Tunis	16°
Helsinki	–10°	Wien	7°
Istanbul	9°	Zürich	5°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch:** 7.06 Uhr, Untergang: 18.03 Uhr, **Mondaufgang:** 22.08 Uhr, Untergang 8.48 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Neue Methode senkt Sterblichkeit nach Herzinfarkt

dpa, Bonn

Mediziner-Teams in Göttingen und Hamburg haben bei der Behandlung des Herzinfarkts einen wichtigen Fortschritt erreicht: Mit Hilfe eines neuen Verfahrens, der sogenannten intrakoronaren Thrombolyse, kann das lebensgefährliche Blutgerinnsel in einem Herzkranzgefäß, das den Herzmuskel mit Blut versorgt, in kurzer Zeit aufgelöst werden. Die Krankenhaus-Sterblichkeit von Infarkt-Patienten sank von 22 auf sechs Prozent. Über Einzelheiten dieses Verfahrens berichtete jetzt Prof. Walter Bleifeld, Direktor der Kardiologie-Abteilung der zweiten Medizinischen Klinik in Hamburg-Eppendorf, in der Zeitschrift „Bild der Wissenschaft".

Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems bilden noch immer die Todesursache Nummer eins in der Bundesrepublik. Ein Infarkt ist der Verschluß eines Herzkranzgefäßes durch ein Blutgerinnsel, das sich an einer verengten Gefäßstelle bildet. Nach klinischen Studien in den 60er *Jahren mit dem Ziel, über das intra*venöse Einspritzen bestimmter Präparate ein Auflösen dieses Pfropfens zu erreichen, dauerte es bis 1979, als es gelang, das Verfahren zu entwickeln, das der Wissenschaftler jetzt der Öffentlichkeit vorstellte.

Wie Bleifeld erläuterte, geht es darum, dem Patienten ein Medikament auf der Basis von Streptokokken-Bakterien über einen Katheter direkt in das betroffene Herzkranzgefäß zuzuführen, das das Blutgerinnsel auflöst, und so die Blutströmung zum Herzmuskel wiederherzustellen. Der Zeitfaktor spielt hier*bei eine entscheidende Rolle, da bei* Fortbestehen des Gerinnsels binnen drei Stunden der größte Teil des Herzmuskels zerstört sein kann. Das Ziel der möglichst frühen Wiedereröffnung einer verschlossenen Herzarterie sei also nicht allein die Wiederherstellung der Blutströmung selbst, sondern die Rettung nicht-durchbluteter Herzmuskulatur.

Sucht und Neurose durch fehlenden Lebenssinn

Psychotherapeut greift nach Rezept der alten Philosophen

dpa, Aachen

Der Mensch sucht stets nach einem Sinn für seine Existenz. Wer dabei fündig wird, ist glücklich. Wer seinem Leben keinen Sinn geben könne, ende in Verzweiflung. Das Gefühl der Sinn- und Nutzlosigkeit des eigenen Lebens betrachtet der Wiener Psychotherapeut und Mediziner Viktor E. Frankl *als eine der wesentlichen* Ursachen für die Entstehung von Depression und Neurosen.

Für Prof. Frankl, der als Erfinder der „Logotherapie" Weltruf genießt, liegt in der Lösung der „Sinnfrage" der Schlüssel zur Existenzbewältigung. Geistig-seelisch gefährdet sei beispielsweise eine Generation, die „no future" an die Mauern schreibe. „Sie haben genug, wovon sie leben, aber nicht, wofür sie leben können", betonte Frankl am Wochenende auf dem 8. Westdeutschen Psychotherapie-Seminar in Aachen. Die moderne Industriegesellschaft erfülle alle *Bedürfnisse – bis auf die wichtig*sten und menschlichsten, nämlich im Leben einen Sinn zu finden.

Drogensucht, zunehmende Aggressivität und Selbstmordgefährdung sieht Frankl als Ergebnisse „soziogener Neurosen", die durch die fehlende Daseinsmotivierung unserer gesellschaftlichen Umgebung entstehen. Die Logotherapie des Wiener Therapeuten, die bei der Behandlung psychischer Störungen infolge ungelöster Lebensprobleme auf der Existenzanalyse aufbaut, basiert auf der Annahme eines „Willen zum Sinn".

Diese Sinnorientierung ist für Frankl eine Tätigkeit, die „Überlebensqualität" hat – für Alte wie Junge in gleicher Weise. In Grenzsituationen zeige es sich, daß das Überleben davon abhänge, ob es auf eine Aufgabe in der Zukunft ausgerichtet sei.

Das „Leiden am sinnlosen Leben" zeigt sich nach Frankl in seinen zerstörerischen Auswirkungen heute zum Beispiel bei den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen. Verlust der Arbeit bedeute für viele Verlust an Selbstidentifikation – etwa nach der Gleichung: arbeitslos = nutzlos = sinnlos. „Der Mensch lebt eben nicht von der Arbeitslosenunterstützung allein", sagte Frankl, der das Phänomen der „Arbeitslosenneurose" vor 50 Jahren beschrieben hat.

Der Zweifel am eigenen Selbstwert steht nach Ansicht des in Wien und in den USA lehrenden Wissenschaftlers und Arztes am Beginn der seelischen Krankheit. Tatsächlich aber sei Sinn auch möglich trotz unaufhaltbaren Leidens. Frankl zitierte ein Beispiel: Ein junger Amerikaner, der seit einem Taucherunfall vom Kinn ab gelähmt ist, hat sich nach der Lektüre seiner Schriften an ihn gewandt. Er, der nur mit einem zwischen den Zähnen eingeklemmten Stab die Schreibmaschine bedienen kann, studiert und möchte Psychologe werden – ein besserer als alle *anderen:* „Der *Unfall* brach mein Genick, aber nicht mich."

Grundsätzlich, sagt Frankl, kann jeder Sinn im Leben finden, unabhängig von Alter, Geschlecht, Beruf, Religion: „Das Leben ist bedingungslos sinnvoll." Allerdings, Sinn könne nicht gegeben werden (etwa von einem Therapeuten), sondern er muß als aktive Leistung gefunden werden.

„Sinn finden aber kann man dadurch, daß man Hand anlegt an die Wirklichkeit, indem man etwas tut, eine Tat setzt, ein Werk schafft, aber auch dadurch, daß man jemanden oder etwas erlebt." 90 bis 95 Prozent der Potenz- und Orgasmusstörungen sind, wie Frankl sagte, durch das Streben allein nach eigenem Glück verursacht. Wer aber in einer Art „Selbsttranszendenz" darüber hinauswachse und nicht nur sein eigenes „Wohlsein" im Auge habe, werde glücklich, bis hin zur Selbstaufgabe im Opfer für andere.

KLAUS DALLIBOR

Muttermilch für Mäxchen belastet Etat in Hannover

AP, Hannover

Zwischen der Bezirksregierung Hannover und einer 30jährigen Lehrerin ist ein erbitterter Rechtsstreit um die Muttermilch entbrannt. Die auf gesunde Ernährung, ökologische Lebensweise und die Wahrung ihrer Rechte bedachte Pädagogin will ihren zweieinhalb Jahre alten Sohn Max bis über das sechste Lebensjahr hinaus mit der eigenen Milch stillen und fordert deshalb täglich eine bezahlte Freistunde vom Unterricht. „Wir haben bisher rund 18 000 Mark an Stillgeld bezahlt, damit müßte es genug sein", kommentierte ein Sprecher der Bezirksregierung diesen ungewöhnlichen Fall.

Die Lehrerin konnte bis jetzt mit Erfolg ihren Anspruch auf eine von der Regierung vergütete Stillzeit verteidigen. Dazu mußte die Bezirksregierung als zuständige Schulinstanz der Lehrerin und besorgten Mutter täglich mindestens eine Lehrer-Freistunde gewähren. Der amtliche Kostensatz in der Besoldungsgruppe der Lehrerin be*trägt zur Zeit* 24 Mark.

Als die Bezirksregierung die Stillzeit auf zweieinhalb Jahre beschränken wollte, ging die Lehrerin vors Arbeitsgericht und bekam recht. Der Arbeitsrichter stellte fest, der Sohn Max habe Anspruch auf die Milch seiner Mutter bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr. Die Mutter aber meinte, ob das Stillen mit sechs Jahren zu beenden sei, habe allenfalls sie selbst, aber keineswegs die Justiz und erst recht nicht die Regierung zu entscheiden. Die Bezirksregierung hielt dieser Ansicht das Argument entgegen, ein Kind bis zur Einschulung und noch länger mit Muttermilch zu stillen, sei nicht nur ungewöhnlich, sondern erfülle auch den Tatbestand des Mißbrauchs aller sozialen Gesetze. Die normale Stillzeit liegt zwischen drei und neun Monaten.

Sowohl die Mutter als auch die Regierung klagen nun vor dem *Landesarbeitsgericht* (AZ: VIII/SA/ Vi/83)

